Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

kommunistische volkszeitung

1. Januar 1974 Jg. 2 Nr. 1 50 Pfennig

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Tel. 0621 / 37 92 21 – Druck: Caro-Druck, 69 Heidelberg, Lutherstr. 44a – Die KVZ erscheint regelmäßig 14-tägig mittwochs, Auflage: 35 000 – Diese Nummer erscheint am Mittwoch, 9.1.1974 – Zuschriften an die Redaktion der KVZ: 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29. Die Redaktion ist telefonisch zu erreichen unter Nr. 0621 / 37 91 21 – Jahresabonnement: 24 Nummern incl. Porto 18,00 DM. Förderabonnement: 24 Nummern 20,00 DM und mehr. Abonnement-Einzelbestellungen durch Einzahlung auf Konto Ernst Ehlert, Volksbank Mannheim, KtoNr. 57 34 18 oder: PschA Karlsruhe, KtoNr. 112 985-758 – Die Zeitung wurde am 6.1.1974 fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Neue Schikanen der Regierung

FAHRVERBOT FÜRS GANZE WOCHENENDE/ REGIERUNG U. KAPITALISTEN RÜSTEN ZUM ANGRIFF AUF DEN REALLOHN

In einer schwarz-gelben Broschüre, die in Postämtern und Sparkassen ausliegt, "informiert" die Bundesregierung, "Wie wir durch die Krise kommen". Inhaltlich enthält die Broschüre "23 Tipps, wie wir gemeinsam Energie sparen können", zum "Bitte an die Wand heften". Die Bundesregierung gibt dort so wichtige Tips wie: "Nicht überheizen", "nur kurz lüften" und beim Autofahren "sanft beschleunigen".

Der Bundeskanzler erklärt "zur Lage": "Vor allem im privaten Verbrauch müssen wir uns einschränken. Denn die Industrie muß genügend Energie bekommen, sonst geraten die Arbeitsplätze in Gefahr." Daß es aber bereits 450 000 Arbeitslose und 150 000 Kurzarbeiter gibt, davon kein Wort. Kein Wort auch davon, daß diese Arbeitslosigkeit nichts mit der Ölversorgung zu tun hat, sondern mit der Krise des Kapitalismus.

Wie die Bundesregierung mit dieser Krise fertig werden will, das verschweigt sie auch. Mit der Krise des Kapitalismus nämlich will sie dadurch fertig werden, daß sie sich rüstet, mit dem Widerstand der Lohnabhängigen fertig zu werden. Ende November fand eine Konferenz der Länderinnenminister mit Bundesinnenminister Genscher statt, bei der die Aufgaben der Polizei und Justiz und die Zusammenarbeit der verschiedenen Polizeieinheiten und des Bundesgrenzschutzes festgelegt wurden, um "Streitigkeiten in Krisen vorzubeugen", wie die Braunschweiger Zeitung am 1.12.73 schrieb.

Die Politik des kapitalistischen Staates beruht auf seiner Fähigkeit, sie notfalls mit Gewalt gegen die Lohnabhängigen durchzusetzen. Das wird umso deutlicher, je weniger die Lohnabhängigen diese Politik hinnehmen können, je weniger es der Regierung gelingt, mit abgestuften Krisen- und Notstandsmaßnahmen die Notgemeinschaft mit den Kapitalisten durchzusetzen.

Die Empörung über das Sonntagsfahrverbot wird immer größer. Die Ausdehnung des Fahrverbots auf Samstag Nachmittag und die neue Regelung mit den Endziffern der Nummernschilder zeigt eindeutig, gegen wen die Beschränkungen gerichtet sind, und wer auf größere Opfer vorbereitet werden soll. Während die Kapitalisten ihre Zweit-, Dritt- und Fünftwagen benutzen können, wird die Wochendfreizeit der Lohnabhängigen nun lückenlos erfaßt.

Obwohl nun eindeutig feststeht, daß das Öl weiterfließt, soll die Ölversorgungskrise weiter herhalten, um die Preistreiberein der Ölkonzerne zu decken und die allgemeinen Krisenerscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft auf die Ölkrise zu schieben. Mit dem Fahrverbot wird vorgegaukelt, die Energieversorgung der Industrie und damit die Arbeitsplätze zu sichern. Da die Arbeitslosigkeit aber unbeeindruckt von diesen Manövern zunimmt, heißt es, ohne diese Maßnahmen würde alles noch schlimmer kommen.

Beides zusammen aber, die tatsächliche Krisenentwicklung und die Maßnahmen der Regierung werden benutzt, um den erpresserischen Angriff auf den erreichten Stand der Lebenshaltung der Lohnabhängigen in den bevorstehenden Tarifrunden vorzubereiten (siehe Seite 5 zum Tarifkampf). Dagegen werden sich die Lohnabhängigen nur wehren können, wenn sie ihr Recht auf Kampf durchsetzen. Praktisch ist nämlich das Streikrecht aufgehoben. Selbständige Kämpfe der Arbeiterklasse, die nicht von der Gewerkschaftsführung genehmigt sind, werden von den Kapitalisten und ihrem Staat schlicht für illegal erklärt. Die rechten Gewerkschaftsführer aber werden alles daransetzen, Streikkämpfe zu verhindern. Das Recht auf Kampf muß nicht nur gegen die Gewerkschaftsführer, sondern gegen den kapitalistischen Staat und seinen Polizeiapparat durchgesetzt werden. Das war die Erfahrung in den selbständigen Streiks im Frühjahr, Sommer und Herbst. Das gilt nun in besonderem Maße. Aber da die Arbeiterklasse nicht aus Mutwillen, sondern um ihre notwendigen Lebensbedürfnisse kämpft, wird sie auch Mut und Fähigkeiten entfalten, um ihre Rechte durchzusetzen.

- bb -

In der Krise erst recht keine Gemeinsamkeit mit den Kapitalisten und ihrem Staat. Das ist der vollständige Satz unten auf der Stelltafel, die nicht mehr ganz auf unserem Photo zu sehen ist. In vielen Städten der Bundesrepublik (hier in Frankfurt) debattierten Mitglieder des KBW in den Dezemberwochen öffentlich über die Notstands- und Krisenmaßnahmen der Regierung.
In vielen Gesprächen konnten wir feststellen, daß die öffentliche Meinung gegen den Kapitalismus breiter wird und die Illusionen in jedwede Regierung des Kapitals schwinden. Die öffentliche Debatte stärkt den Widerstandsgeist gegen alle Versuche, die Lohnabhängigen vor den Krisenkarren der Kapitalisten zu spannen.

Vetter reiht sich ein in die Front der Imperialisten u. Oelkonzerne

In einem Interview mit der "Welt der Arbeit" bezeichnet Vetter die Ölpolitik der arabischen Staaten als "Zusammenwirken von Terrorismus und politischer Erpressung". Im Leitartikel des DGB-Organs wird die demagogische Frage gestellt, ob künftig "in Beduinenzelten und auf dem Pfauenthron in Theheran" über Vollbeschäftigung, Einkommen und Inflation mit entschieden werden sollte.

Vetter weiß ganz genau, daß die westdeutschen Arbeiter zurecht für reaktionäre Regime in den arabischen Ländern und im Iran nichts übrig haben. Aber gegen diese Regime richtet sich die Hetze Vetters gar nicht, denn sonst würde der DGB die revolutionären Bewegungen in diesen Ländern unterstützen, die gegen diese Regime kämpfen. Das aber tut der DGB keineswegs. Seine Hetze richtet sich einfach gegen die Tatsache, daß die Erdölländer sich nicht mehr beliebig durch die Erdölkonzerne ausbeuten lassen, sondern jede Möglichkeit wahrnehmen, ihre eigenen Interessen wirksam zur Geltung zu bringen. Soweit dies durch reaktionäre und ihrem Wesen nach volksfeindliche Regime geschieht, handeln diese in diesem einen Punkt durchaus im Interesse ihrer Länder. Bisher sind diese Länder gezwungen worden, ihre Rohstoffe zu Schleuderpreisen an die Erdölkonzerne abzugeben. Das hat es den Erdölkonzernen ermöglicht, diese wichtigen Naturschätze in übler Weise zu verschwenden und Riesenprofite zu machen. Gleichzeitig hat der westdeutsche Staat durch die Mineralölsteuer zwischen 1950 und 1972 rund 114 Milliarden Mark verdient – "etwa soviel wie die gesamten Staatsausgaben Bonns im Jahre 1973". (Der Spiegel, Nr.73, 31.12.73, S.68)

Wenn die Erdölländer jetzt ihre Preise erhöhen, dann schadet das den westdeutschen Arbeitern an sich überhaupt nichts, denn diese Preise bilden nach wie vor nur einen geringen Bruchteil der Preise, die die westdeutschen Verbraucher bezahlen müssen. Den Verbrauchern in Westdeutschland schadet vielmehr, daß die Erdölkonzerne und der westdeutsche Staat nach wie vor die gleichen Profite aus dem Erdöl ziehen gen wollen und deshalb die Preiserhöhungen der Erdölländer benutzen, um aus den Verbrauchern in Westdeutschland noch mehr Geld herauszuholen. Da Vetter diese Tatsache verschweigt, schlägt er sich auf die Seite der Erdölkonzerne und des Imperialismus. Fortschrittliche und revolutionäre Staaten ließen sich nämlich die bisherige Ausbeutung ihrer Länder noch viel weniger gefallen als die jetzigen Regime.

–G.S.–

BRD-Oelimperialisten

HOECHST SETZT AUF ÖLBOOM IN PORTUGALS KOLONIEN

Nach Berichten der Stuttgarter Zeitung vom 22.11. hat der Vorstandsvorsitzende der Farbwerke Hoechst, Frankfurt, bei der Einweihung neuer Industrieanlagen in Mem Martins bei Lissabon eine Erhöhung der Investitionen der Farbwerke in Portugal und in den portugiesischen Kolonien Angola und Mozambique angekündigt. Wie der Ankündigung des Vorstandsvorsitzenden, die in Anwesenheit des portugiesischen Staatschefs Caetano erfolgte, zu entnehmen ist, sollen an der Küste Angolas umfangreiche Öllager entdeckt worden sein. Der amerikanische Konzern Gulf Oil Corporation soll die Schürfrechte erhalten haben. Die Londoner Wochenzeitschrift "Observer" berichtet, daß Vertreter des Unternehmens von einem "neuen Kuweit" gesprochen hätten. Der Kuweit am arabischen Golf zählt zu den bedeutendsten Förderländern.

Die Farbwerke Hoechst erwarten jetzt einen Aufschwung der petrochemischen Industrie in Portugal und in den portugiesischen Kolonien. Auf diesem Gebiet jedenfalls soll investiert werden. Allerdings sei die Ausbeutung des Angola-Öls noch nicht sicher, bemerkt der Londoner "Observer" weiter. Denn in dem betreffenden Gebiet würden "Aufständische" operieren!

Die Befreiungsbewegung Angolas und das Volk von Angola werden eine Ausplünderung ihrer Naturreichtümer nicht zulassen!

Dreimal teurer
Die Sowjetunion kaufte Öl im Irak und verkaufte das gleiche Öl zum dreifachen Preis in der Bundesrepublik./ Seite 2

450 000 Arbeitslose Ende Dezember
Die Bundesregierung rechnet mit weiterem Ansteigen der Arbeitslosigkeit. Wie können die Lohnabhängigen gegen die Erpressung mit der Arbeitslosigkeit kämpfen? Was ist im Fall von Entlassung beim Arbeitsamt zu beachten?/ Seite 4

Tarifverhandlungen rausgezögert
Kapitalisten und Bundesregierung wollen gemeinsam mit der Gewerkschaftsführung in der Krisenlage den Abbau des Reallohns durchsetzen./ Seite 5

Jugendvertreter in Bremen entlassen . . .
14. SPD-Großdruckerei stillgelegt . . .
Trotz schwerer Vergiftungen müssen Kollegen weiterschaffen . . .
Korrespondenzen aus Betrieb und Gewerkschaften Seite 6, 7, 8.

Drastische Erhöhung der Kassenbeiträge
Die Beiträge für die Krankenversicherung werden in nächster Zeit drastisch steigen, da durch die Krankenhausreform 800 Millionen DM staatl. Zuschüsse an die Krankenhäuser entfallen. Das sollen die Krankenhäuser nun direkt aus der Krankenversicherung rausholen. Die Pflegesätze wurden bereits an manchen Krankenhäusern um über 100 % angehoben./ Seite 10

Pastor soll gefeuert werden
In einem kleinen Ort bei Hamburg wehrt sich die Bevölkerung erfolgreich gegen die Versetzung ihres Pfarrers, der sich für ihre Interessen eingesetzt und sich mit dem örtlichen Oberkapitalisten angelegt hat./ Seite 11

Keine nennenswerten Verluste
9 Tote gab es beim Bundeswehrmanöver "Bellende Meute". Im abschließenden Manöverbericht steht dazu: "Keine nennenswerten Verluste."/ Seite 12

Dreitagewoche in England
Zur Durchsetzung ihrer Lohnforderungen verweigern die Bergleute die Überstunden. Obwohl noch ausreichend Kohle vorhanden ist, verkündete die Regierung Heath den Notstand und führte die Dreitagewoche ein. Sie will damit den Widerstand der Arbeiter gegen die ständige Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen brechen. Die englische Arbeiterklasse läßt sich nicht einschüchtern./ Seite 13

Terrorurteile in Spanien
Nach dem erfolgreichen Attentat gegen den faschistischen Ministerpräsidenten Carrero Blanco schlägt das Regime wild um sich. Gegen eine Gruppe spanischer Arbeiterrevolutionäre wurden Gefängnisstrafen bis zu 20 Jahren verhängt, weil sie Mitglieder der verbotenen demokratischen Gewerkschaftsorganisation Comisiones Obreras seien./ Seite 13

8 Lehrer entlassen
In Baden-Württemberg wird zur Zeit die politische Gesinnung von 800 Lehrern vom Verfassungsschutz überprüft. 8 fortschrittlichen Lehrern wurde vor Weihnachten der Anstellungsvertrag verweigert, nach 16-monatigem Schuldienst./ Seite 9. **Mehr vom Kampf an Schulen und Universitäten Seite 14 und 15.**

Benzin und Heizöl noch teurer

ANZEIGENSERIE DER ERDÖLKONZERNE

Auf die neuerlichen Abgabeerhöhungen der arabischen Staaten auf die Erdölförderung der Ölkonzerne hin haben die Ölkapitalisten angekündigt, daß Benzin nun zwischen 90 Pfennig und 1 Mark kosten soll.

In der Kommunistischen Volkszeitung Nr.8 haben wir dokumentiert, wieviel Abgaben die arabischen Staaten an einem Liter Öl bekommen. Nach der Erhöhung der Abgaben im Oktober waren dies 4,5 Pfennig. Nach der neuerlichen Erhöhung werden es jetzt ca. 9 Pfennig pro Liter sein, bei einigen Ländern, Iran, Libyen, Nigeria, bis zu 14 Pfennig. Die Regierungen der Erdölstaaten sagen: Wir wollen den Marktpreis für unser Öl erhalten. Sie tun dies, da ihr Öl meist noch im Besitz der ausländischen Ölkonzerne ist, indem sie die Abgaben auf die Ölförderung erhöhen. Da auf die bisherigen Abgabenerhöhungen der Förderstaaten hin die Ölkonzerne ihre Preise für Heizöl und Benzin weit mehr erhöhten, und die Mineralölsteuern in den Abnehmerländern mitgestiegen sind, besteht nach Meinung der Regierungen der Erdölstaaten noch ein großer Spielraum für ihre Forderungen. In der Bundesrepublik zum Beispiel betragen die Steuern auf Benzin 52 Pfennig – drei bis fünf mal soviel wie die Abgaben an die Erdölstaaten. Und die Ölkonzerne haben bisher nicht einen Pfennig der Abgabenerhöhungen im Preis aufgefangen. Im Gegenteil, sie haben ihre Preise, insbesondere für Heizöl, um ein Vielfaches mehr gesteigert.

Die Ölkonzerne entfalten derzeit eine aufwendige Augenwischerei mit riesigen ganzseitigen Anzeigen in den Zeitungen. Sie sagen dort, der Rohölpreis sei um 70 % gestiegen, das seien 4,3 Pfennig pro Liter. Der Witz daran ist, daß der Rohölpreis ebenfalls von den Konzernen bestimmt ist. Es ist der Preis, zu dem die Konzerne das Öl an ihre Tochtergesellschaften abgeben. Er liegt weit höher als die Abgaben an die Erdölstaaten. Die Abgaben der Erdölstaaten waren an der Preissteigerung für einen Liter Rohöl nur mit weniger als 2 Pfennig beteiligt. Ganz unverschämt ist die Aussage über die Heizölpreise. Die Konzerne behaupten, Anfang Dezember das Heizöl "an ihre Vertriebspartner" für 21,5 Pfennig abgegeben zu haben, als der Verbraucher über 50 Pfennige zahlte. Ihre Vertriebspartner sind ihnen angeschlossene Unternehmen. Übel an der Anzeigenkampagne ist besonders, daß der Gesamtbetriebsratsvorsitzende der Deutschen Shell AG seine Unterschrift mit unter diese Anzeige gesetzt hat. Er wird für diese Interessenvertretung sicher seinen Judaslohn in Form einer Extraentschädigung von den Shell-Kapitalisten erhalten haben.

Mit welchen Anzeigen werden die Ölkonzerne nun kommen, wo die Erdölstaaten ihre Abgabesteuern nocheinmal mehr als verdoppelt haben? Die Ölkonzerne werden sicher sagen: Seht wie bescheiden wir sind, wir erhöhen unsere Preise nur um nochmal 20 %, während die Scheichs ihre Preise um über 100 % erhöht haben. Aber in Pfennigen ausgerechnet werden die Ölkonzerne nochmal mehr aufschlagen und der Staat wird kräftig mitverdienen durch die indirekten Steuern.

Die Steuern auf Mineralölprodukte machen ein Siebtel aller indirekten Steuern in der BRD aus!
Weg mit der Mineralölsteuer!
Weg mit allen indirekten Steuern!

STATT URLAUB STADTRANDERHOLUNG

Hans Wertz (SPD), Finanzminister von Nordrhein-Westfalen und Sprecher der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, äußerte auf den Stuttgarter Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag, über Urlaubsgeld brauche man schon deshalb nicht zu reden, weil die Arbeiter und Angestellten 1974 wegen der Ölkrise über die Stadtranderholung kaum hinauskommen würden. (nach: ÖTV-Nachrichten vom 15.12.1973)

Dreifacher Preis

SOWJETUNION SCHACHERT MIT IRAK–ÖL

Die "Süddeutsche Zeitung" berichtet am 29.12.73 von einem profitablen Ölgeschäft der Sowjetunion mit der Bundesrepublik. Die Sowjetunion hat vom Irak Rohöl zu einem Vorzugspreis für insgesamt 6 Millionen Pfund Sterling bezogen und anschließend für 18 Millionen Pfund an die BRD verkauft – also zum dreifachen Preis. Dies hat im Irak solche Empörung ausgelöst, daß ein Regierungsvertreter nach Bonn gesandt wurde, um eine Annullierung des mit der Sowjetunion geschlossenen Vertrages zu verlangen.

Bei diesem Geschäft sollte man sich an die Erklärungen der DKP erinnern, die wir in der letzten Ausgabe der Kommunistischen Volkszeitung auf Seite 2 wiedergegeben hatten. Die DKP empfiehlt nämlich, langfristige Verträge mit der Sowjetunion zu schließen, um die Energieversorgung durch "die "schier unerschöpflichen Quellen" der Sowjetunion sicherzustellen. Diese "schier unerschöpflichen Quellen" sind nichts anderes als die Ergebnisse der Ausplünderung anderer Völker, nach alter Imperialistenart.

Schikanen beim Sozialamt

AMT GESCHLOSSEN – MENSCHEN SOLLEN HUNGERN

Bremen. Unter dem Vorwand der sogenannten Energiekrise hatten in Bremen die Ämter in der Zeit von Weihnachten bis Neujahr geschlossen. Vor dem Sozialamt stauten sich am 27. und 28.12. die Menschenmengen, die ihr Geld für den Monat Januar abholen wollten.

Beim Sozialamt wird das Geld jeweils ab 25. für den nächsten Monat gezahlt. So kamen alte Leute, Frauen mit Kindern und Arbeitslose, die man wieder nach Hause schickte, mit dem Hinweis, sie könnten am 2.Januar wieder vorbeikommen. Weil sie über eine Woche von nichts nicht leben können, ließen sich viele nicht beschwatzen. Sie haben heftig geschimpft. Einige wurden auf die Bruderschaftshilfe verwiesen, wo es angeblich 100 DM gibt. Einige wenige bekamen nach langem Hin und Her 20 DM Vorschuß.

Sie kamen also am 2. Januar wieder. Hier konnten sie drei bis vier Stunden und noch länger warten, mit Kleinkindern, die nicht zu beruhigen waren, neben alten und kranken Leuten, die gerade noch den Weg zum Sozialamt geschafft haben. Die Wartezimmer und Flure waren überfüllt. Hier wurde heftig diskutiert, wobei Teile der Sozialamtsangestellten, die unter den unmöglichsten Bedingungen arbeiten mußten, offen Sympathien mit den Wartenden bekundeten.

Einreiseverbote für iranische Studenten

SCHIKANEN GEGEN CISNU–KONGRESS / DEMONSTRATION AM 9.JANUAR

Im folgenden drucken wir eine Presseerklärung der Confoederation Iranischer Studenten ab, die wir in ihrem Protest gegen die Einreisebehinderungen durch die Bundesregierung voll unterstützen:

Der Kongress der CISNU (Confoederation Iranischer Studenten Nationale Union), der jährlich von Vertretern persischer Studenten aus aller Welt in der BRD abgehalten wird, wird derzeit offenbar auf Anweisung der Bundesregierung von bundesrepublikanischen Grenzbehörden, vor allem dem Bundesgrenzschutz, behindert. Delegierte aus dem europäischen Ausland und Westberlin, aus Nordamerika und Japan wurden ebenso wie persische Touristen daran gehindert, bundesrepublikanisches Territorium zu betreten. Die Einreiseverbote begründete die Grenzbehörde mit der Beeinträchtigung der Belange der BRD durch den CISNU-Kongress.

Ungehindert einreisen und arbeiten dürfen dagegen ausländische Geheimdienste. Schon 1967 betraten zahlreiche Agenten des persischen Geheimdienstes SAVAK bundesrepublikanischen Boden und setzten iranische Oppositionelle unter Druck. Bald darauf verschleppten Angehörige des südkoreanischen Geheimdienstes zahlreiche in der BRD studierende Südkoreaner, und im Herbst 1972 beteiligte sich der israelische Geheimdienst an der Ausweisungsaktion und Verhören deutscher Sicherheitsbehörden gegen palästinensische Studenten.

Bei den angeblichen Belangen der BRD, die jetzt dafür herhalten, daß gewählte Vertreter persischer Studenten, die unter der despotischen Diktatur des Schah extremster Verfolgung ausgesetzt sind, bei der Einreise in die BRD behindert werden, handelt es sich wesentlich um ökonomische Interessen der westdeutschen Industrie in Persien: 12 % der bundesrepublikanischen Ölimporte stammen aus dem Iran. Das Engagement westdeutscher Firmen in Persien ist seit Jahren erheblich. Bereits 1971 hatte die BRD mehr als eine Milliarde DM privat im Iran investiert. Zahlreiche Großprojekte besonders der Stahl- und Chemieindustrie sind derzeit unter Federführung oder Mitwirkung deutscher Konzerne in Arbeit. In keinem Nicht-EWG-Land sind deutsche Banken so zahlreich vertreten.

Die BRD ist der wichtigste Handelspartner Persiens und kaum ein Land außerhalb Europas erhielt so märchenhafte Summen bundesdeutscher Entwicklungshilfe. Seit sich die Verknappung des Öls auf den internationalen Märkten abzeichnet, ist die extrem von Ölimporten abhängige BRD auch zu politischen Zugeständnissen bereit. Die Beziehungen zu ihren Banken in Teheran hat sich nach dem Besuch des Schah 1967, der Anlaß für eine breite Aufklärung der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit über die Verfolgung der politischen Opposition im Iran und von Massendemonstrationen war (bei einer Demonstration wurde in Berlin der Student Benno Ohnesorg erschossen), rapide verschlechtert. Sie wurde aber seit der Persienreise von Bundeskanzler Willy Brandt im Frühjahr nach und nach "bereinigt". Mit dieser Reise waren die umfangreichen deutsch-persischen Ölverhandlungen eingeleitet worden, die nun im Ölvertrag zwischen Bonn und Teheran ihren Abschluß gefunden haben.

Der Preis für die ungestörte Abwicklung der bundesrepublikanischen Ölimporte war ein politischer: Schon vor der Persienreise des Bundeskanzlers hatte der iranische Ministerpräsident via "Stern" und "Welt am Sonntag" wissen lassen, "... daß die iranische Regierung nicht etwa das Ölgeschäft, sondern die Ausschaltung der persischen Opposition in der BRD als Hauptanliegen der Teheraner Gespräche betrachtet." Die deutsche Delegation stellte daraufhin eine Verschärfung der Ausländergesetze in Aussicht. Berichte über die politische Situation im Iran verschwanden seither aus den bundesrepublikanischen Publikationsorganen. Stattdessen wurde das Bild eines Regimes, unter dem die offiziell bekanntgegebenen Hinrichtungen in letzter Zeit nur von den Massenmorden der faschistischen Junta in Chile übertroffen wurden, in immer rosigeren Farben gezeichnet. Die derzeitigen Einreiseverbote sind eine Spielkarte mehr im internationalen Ölgeschäft.

Die CISNU wird ihren gegenwärtigen Kongress trotz der Verfolgung persischer Studenten in der BRD, trotz der Einreiseverbote, beenden und ihren Kampf gegen das faschistische Schahregime fortsetzen.

CISNU Vorstand
Frankfurt/M

Aus Anlaß ihres Kongresses und aus Protest gegen das Schah-Regime und die Verfolgungsmaßnahmen der Bundesregierung gegen iranische Studenten ruft die CISNU für Mittwoch, den 9.1., Opernplatz 16 Uhr, zu einer Demonstration in Frankfurt auf. Diese Demonstration wird von verschiedenen deutschen Organisationen, so auch dem Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW), unterstützt. Die Ortsgruppe Frankfurt des KBW und der Kommunistische Studentenbund Frankfurt nehmen an der Demonstration teil.

Erneut fortschrittliche Türken verhaftet

SOFORTIGE FREILASSUNG DER VERHAFTETEN!

Köln. Am 17.12. wurden zwei türkische Studenten verhaftet, gegen einen dritten wurde Haftbefehl erlassen.

ATÖF, die Studentenföderation der Türkei in Deutschland e. V., teilt mit: "Im Haftbefehl gegen drei Studenten heißt es: 'Aufgrund der glaubhaften Aussagen der Zeugen' seien die Beschuldigten 'dringend der Körperverletzung verdächtig'. 'Wegen Fluchtgefahr' bestehe gegen die Beschuldigten der Haftgrund."

Die Zeugen sind, wie ATÖF weiter mitteilt, "faschistische Studenten aus der Türkei in Köln". Sie beschuldigten die Studenten Mehmet Amanat, Jülymann Ates und Mehmet Dirim, um die es sich bei den Haftbefehlen handelt, sich bei einer Schlägerei in der Kölner Mensa beteiligt und "einen Faschisten verletzt" zu haben.

Zwei der drei, gegen die Haftbefehl erlassen wurde, sind Vorstandsmitglieder des türkischen Studentenvereins in Köln. Das ist eine fortschrittliche Organisation. ATÖF schreibt: "Ihre demokratischen Organisationen sollen durch die Illegalisierung ihrer Vorstandsmitglieder illegalisiert und zerschlagen werden. Die Patrioten aus der Türkei in der BRD und Westberlin sollen mundtot gemacht werden, damit die westdeutsche Bourgeoisie ihre Geschäfte mit der faschistischen Militärdiktatur in der Türkei ungestört weiterführen kann."

Die in Köln widerrechtlich verhafteten Patrioten aus der Türkei sind momentan von Ausweisung bedroht.

Wir rufen alle Demokraten auf:

Gegen diese Drohung haben wir eine starke Waffe: die Solidarität mit den verhafteten Patrioten aus der Türkei.

Wir rufen alle Demokraten und Antifaschisten auf:

Schickt sofort Protestbriefe und -telegramme an folgende Adressen:

Polizeipräsidium Köln, 5 Köln 1, Am Weidenbach

Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, 4 Düsseldorf.

Unsere Forderungen lauten:

Sofortige Freilassung von Mehmet Amanat und Süleyman Ates!

Sofortige Aufhebung der Haftbefehle gegen die Patrioten aus der Türkei!

Schluß mit der Hilfe der SPD–FDP-Regierung an türkische Faschisten!

POLIZEI GEGEN SAMMLER

Hamburg. In der Nacht des 24. Dezember sammelten mehrere Genossen der Ortsgruppe Hamburg und des Indochina-Komitees vor den Hauptkirchen Hamburgs für das kämpfende Volk von Vietnam. Die zum Mitternachtsgottesdienst gehenden Leute spendeten so zahlreich, daß am Schluß der Sammlung über 400 DM zusammenkamen. Die Polizei ging mit äußerster Brutalität gegen die Sammler vor. 3 Genossen wurden verhaftet.

Deutsche Polizei in der Türkei

"TOURISTENBEWACHUNG" ALS SPEZIALAUSBILDUNG

Ludwigshafen. Nach einem Bericht in der "Rheinpfalz" vom 3.10.1973 verhandelte der derzeitige Vorsitzende der Bundesinnenministerkonferenz und Innenminister von Rheinland-Pfalz, Schwarz, Anfang Oktober in Istanbul mit dem türkischen Innenminister Öztekin über 'Probleme eines erweiterten polizeilichen Informationsaustausches'. Schwarz erklärte, die türkischen Behörden seien interessiert an Informationen über diejenigen ihrer Landsleute, die in Deutschland straffällig werden. Die Weitergabe solcher Informationen sei politisch unbedenklich, wenn es sich nur um rein polizeiliche Mitteilungen handle.

Was damit gemeint ist, zeigt der Artikel in der KVZ Nr.8. Das faschistische Regime in der Türkei will mit Hilfe der deutschen Polizei vor allem solche Türken in der BRD verstärkt überwachen, die hier als Gegner und Kritiker der Verhältnisse in ihrem Heimatland auftreten.

Außerdem befürchtet das Regime, daß die türkischen Arbeiter durch ihre aktive Beteiligung an den Klassenkämpfen in der BRD, wie in den spontanen Streiks im Sommer 1973, an Kampfkraft gewinnen und dies nach ihrer Rückkehr in die Türkei erfolgreich gegen das Regime anwenden könnten. Die verstärkte Unterdrückung der türkischen Kollegen hier, die Ausweitung der Bespitzelung, ist deshalb in seinem Interesse. Die enge Zusammenarbeit mit dem türkischen Terrorregime, der Einsatz des türkischen Geheimdienstes zeigen, wie sehr die westdeutsche Kapitalistenklasse bei der Verfolgung ihrer eigenen Interessen auf die Unterdrückung des türkischen Volkes in der Türkei baut. Schwarz sagt ganz offen: "Auf Grund unserer jüngsten Vergangenheit sind wir weder qualifiziert noch berechtigt, anderen Ländern in Sachen Demokratie ungebetene Ratschläge zu erteilen."

Die erbetene Hilfe bei der Unterdrückung wird erteilt.

DEUTSCHE POLIZISTEN SOLLEN IN DER TÜRKEI EINE SPEZIELLE AUSBILDUNG ERHALTEN

Aus dem "Rheinpfalz"-Bericht geht weiter hervor, daß geplant ist, deutsche Polizisten mit türkischen Sprachkenntnissen während der Urlaubssaison zur Betreuung deutscher Touristen in der Türkei einzusetzen. So soll der "Dienst" am deutschen Urlauber als Vorwand dafür dienen, daß deutsche Polizisten in Istanbul die Kenntnisse erwerben, die notwendig sind, um hier besser an die türkischen Kollegen heranzukommen. Außerdem kann natürlich dort viel besser studiert werden, was Einsatz unter schärferen Bedingungen bedeutet. Das Anschauungsmaterial und die Praxis der türkischen Polizei ersetzen manche Notstandsübung in der BRD.

Dabei wird zur Tarnung der eigentlichen Absichten das Verkehrsproblem genannt: "In der Türkei beginne jetzt die Eroberung der Straße in Stadt und Land durch das Auto. Da benötige die Türkei die Erfahrung der BRD." Unter demselben Vorwand bildet das Land Rheinland-Pfalz seit drei Jahren im Auftrag des Bundes türkische Polizei des gehobenen und höheren Dienstes aus. Die Ergebnisse dieser "Ausbildung" spürt das türkische Volk in Gestalt der Unterdrückung mit Folter, Mord und Verfolgung in seinem Land tagtäglich am eigenen Leib.

Deutlich wird hier sichtbar, wie die BRD ihre Rolle als imperialistischer "Entwicklungshelfer" versteht. Zur Sicherung ihrer Herrschaft wendet die westdeutsche Bourgeoisie nicht nur im eigenen Land verfeinerte und umfassendere Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Arbeiterklasse und das Volk an. Immer klarer wird, wie notwendig die Aufrechterhaltung dieser Herrschaft auch an die Unterdrückung anderer Völker gebunden ist.

–KAJB-Aufbauzelle
Ludwigshafen–

Sozialismus und Kommunismus sind keine Utopie

SONDERN UNVERMEIDLICHES ERGEBNIS DER KAPITALISTISCHEN GESELLSCHAFT UND DES KLASSENKAMPFES

Viele Arbeiter und fortschrittliche Menschen halten den Sozialismus für eine gute Sache. Aber sie sind nicht einverstanden mit dem, was unter dem Namen des Sozialismus in der DDR, der Sowjetunion und in den von der Sowjetunion abhängigen Ländern gemacht wird. Damit haben sie vollkommen recht. In diesen Ländern herrscht aufs Neue Ausbeutung und Unterdrückung. An der Macht ist nicht die Arbeiterklasse, sondern eine neue Bourgeoisie. Diese hat die Partei und den Staatsapparat in der Hand, verfügt mit deren Hilfe über die Produktionsmittel. Die DDR und die Sowjetunion, sowie die von der Sowjetunion abhängigen Länder sind keine Beispiele für den Sozialismus, sondern Beispiele für die Wiederherstellung der Macht der Bourgeoisie und die Wiedererrichtung des Kapitalismus. Das Beispiel Chinas aber, wo die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen auf dem Weg der Revolution und des Aufbaus des Sozialismus erfolgreich fortschreiten, ist für viele Arbeiter und fortschrittliche Menschen in Westdeutschland und Westberlin "zu weit weg". Sie sehen zwar, daß dort tatsächlich alles anders ist als in den kapitalistischen Ländern. Sie erkennen auch gut den Unterschied zur DDR, zur Sowjetunion und den von der Sowjetunion abhängigen Ländern. Aber sie meinen: China ist ein Entwicklungsland und deshalb ist dort alles ganz anders.

Es ist richtig: China ist ein Entwicklungsland. Die Chinesen selbst sagen das immer wieder. Entscheidend ist aber: In China hat die Arbeiterklasse die Macht und baut unter Führung ihrer kommunistischen Partei und im Bündnis mit den Bauern den Sozialismus auf, um dann zur klassenlosen Gesellschaft, zum Kommunismus weiterzuschreiten. In der Volksrepublik China entscheiden die werktätigen Massen selber über ihr Schicksal. Deshalb sind sie in der Lage, ihr großes Land tatsächlich zu entwickeln und aufzubauen. Obwohl China noch arm ist und teilweise in der Produktion noch hinter den kapitalistischen Ländern zurückgeblieben ist, ist es in einem all diesen Ländern weit voraus: Dort hat die Arbeiterklasse die Herrschaft der Ausbeuter und Unterdrücker gestürzt. Dort herrschen die Arbeiter und haben die Arbeiter und Bauern Demokratie und verfügen über die Produktionsmittel.

Was ist der Sozialismus? Der Sozialismus ist eine Etappe auf dem Weg zum Kommunismus, zur klassenlosen Gesellschaft.

In ihm gibt es schon keine Ausbeuter mehr, aber noch zahlreiche Überbleibsel des Kapitalismus. Die Arbeiterklasse verfügt schon über die Produktion, aber die Produktion kann noch nicht alle Bedürfnisse befriedigen. Es gibt noch Klassen und Klassenkampf, aber die Arbeiterklasse hat die Macht und die breiten Volksmassen haben Demokratie. Das befähigt sie, fortzuschreiten in der Revolution und die klassenlose Gesellschaft aufzubauen, für die als Leitsatz gilt: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen. Der Kapitalismus bedeutet für die Arbeiterklasse und die Volksmassen Ausbeutung und Unterdrückung. Der Sozialismus bedeutet für die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen Freiheit von Ausbeutung und Unterdrückung.

Warum haben dennoch viele Arbeiter und fortschrittliche Menschen, die den Kapitalismus hassen, Zweifel in den Sozialismus und die Ziele der Kommunisten?

Sie sind sich nicht sicher, ob der Sozialismus und dann der Kommunismus nicht vielleicht bloß eine schöne Utopie sind. Sie sind sich nicht darüber im Klaren, auf welchem Weg die Arbeiterklasse die Ausbeuterordnung stürzen und ihre eigene Ordnung verwirklichen soll.

Worin besteht die Ausbeuterordnung? Sie besteht in der ökonomischen Verfügung der Kapitalisten über die Produktionsmittel und in der politischen Herrschaft der Kapitalisten über die Arbeiterklasse. Die Kapitalisten haben die Fabriken und sie haben den Staat, um die Ordnung zu verteidigen, in der sie die Fabriken besitzen. Wenn die Arbeiterklasse diesen Zustand verändern will, dann muß sie den bürgerlichen Staat zerschlagen und selbst die politische Macht erobern. Sie muß diese Macht benützen, um die Fabriken in Besitz zu nehmen und die Produktion unter ihr eigenes Kommando zu stellen.

Woher wird die Arbeiterklasse die Kraft nehmen, um diese große revolutionäre Aufgabe erfolgreich durchzuführen?

Die Arbeiterklasse hat diese Kraft schon heute, denn sie produziert den materiellen Reichtum, auf dem die heutige Ausbeuterordnung beruht. Es kommt also darauf an, daß sich die Arbeiterklasse ihrer Kraft bewußt wird, daß sie Vertrauen in ihre eigene Kraft gewinnt. Auf nicht mehr und nicht weniger. Wie gewinnt die Arbeiterklasse dieses Vertrauen in ihre eigene Kraft und wie erwirbt sie die Fähigkeiten, die Ausbeuterordnung zu stürzen? Indem sie entschlossen den Kampf gegen jede Erscheinung der Ausbeutung und der Unterdrückung führt und in diesem Kampf ihre Kräfte stählt, um die Ausbeuterordnung zu stürzen.



Im Kampf um den Lohn stellen sich die Arbeiter der einzelnen Betriebe und Branchen den Kapitalisten dieser Betriebe und Branchen gegenüber. Gleichzeitig lernen sie, daß dieser Kampf an der grundsätzlichen Lage der Arbeiterklasse im Kapitalismus nichts ändert.

Der Kampf um die gesetzliche Regelung der Arbeitsbedingungen und der Beziehungen zwischen den Arbeitern und Lohnabhängigen auf der einen Seite und den Kapitalisten und Beschäftigern von Lohnarbeit auf der anderen Seite beschränkt sich schon nicht mehr nur auf einzelne Betriebe und Branchen. Dieser Kampf bezieht sich auf die Länge des Arbeitstages, die Regelung der Arbeitslosenversicherung, die Rechte der Arbeiter im Betrieb und so weiter. Insofern dieser Kampf auf eine **gesetzliche** Regelung zielt, die für **alle** Arbeiter und Lohnabhängigen gilt und **alle** Kapitalisten und Beschäftiger von Lohnarbeit bindet, ist dies schon nicht mehr ein Kampf der Arbeiter einzelner Betriebe und Branchen, sondern ein Kampf aller Arbeiter gegen alle Kapitalisten. In ihm versuchen die Arbeiter den kapitalistischen Staat zu zwingen, Gesetze zu erlassen, die bestimmte Rechte der Arbeiter garantieren und die Willkür der Kapitalisten einschränken. Dadurch werden auch die Möglichkeiten der Kapitalisten beschränkt, die einzelnen Arbeiter gegeneinander auszuspielen und die Konkurrenz unter den Arbeitern zu schüren. In diesem Kampf steht schon Klasse gegen Klasse, auch wenn keine einzige dieser gesetzlichen Regelungen etwas daran ändert, daß die Betriebe in der Hand der Kapitalisten bleiben und die Arbeiter ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten verkaufen müssen.

Im Kampf gegen den kapitalistischen Staat für die politischen Rechte des Volkes sammelt die Arbeiterklasse alle unterdrückten Klassen und Schichten auf ihrer Seite. In diesem Kampf geht es darum, sich Ellbogenfreiheit zu schaffen, um sich politisch bewegen zu können und sich politisch zu sammenzuschließen gegen den Staat der herrschenden Bourgeoisie. Es geht darum, jede Beschränkung des Klassenkampfes zu beseitigen und im Kampf für einzelne Rechte die umfassende Demokratie der Massen zu entwickeln, die die Arbeiterklasse nach dem Sturz der Ausbeuterordnung als ihr demokratisches Programm entwickeln wird. Im einzelnen geht es in diesem Kampf für die Rechte des Volkes um eine einheitliche Schulausbildung für alle, um die Rechenschaftspflicht der Volksvertreter und das Recht auf ihre jederzeitige Abwahl, um die Wahl der höheren Beamten und Offiziere und um die allgemeine Volksbewaffnung, die uneingeschränkte Streik-, Demonstrations- und Organisationsfreiheit usw.

Der Kampf um den Lohn, der Kampf für Arbeiterforderungen bezüglich der Beziehungen zwischen Arbeitern und Kapitalisten und der Kampf für die Rechte des Volkes sind nur verschiedene Seiten des einheitlichen Klassenkampfes des Proletariats gegen die Bourgeoisie, in dem die Arbeiterklasse die Kräfte sammelt, um die Ausbeuterordnung zu stürzen, die politische Macht zu erobern und mit dem Aufbau des Sozialismus zu beginnen. In dem Maße wie die Arbeiterklasse all die verschiedenen Kämpfe in den Bewußtsein führt, daß es sich nur um verschiedene Seiten ein und desselben Klassenkampfes gegen die Ausbeuterordnung handelt, wird sie es lernen, diese Kämpfe zusammenzufassen und zum Ansturm auf die Herrschaft der Bourgeoisie überzugehen. Dazu muß sich die Arbeiterklasse bewaffnen. Solange die Bourgeoisie über Armeen, Polizei und bewaffnete Banden verfügt, wird dieser Ansturm nur durch Waffengewalt zum Erfolg führen.

In all diesen Kämpfen gewinnt die Arbeiterklasse Vertrauen in die eigene Kraft, stärkt ihre Organisiertheit, erwirbt Stolz und Zuversicht, die sie braucht, um nach der Eroberung der politischen Macht Schritt für Schritt den Sozialismus aufzubauen und die Voraussetzungen für den Kommunismus zu schaffen.

Welche Kampfaufgaben stellen sich der Arbeiterklasse heute im einzelnen?

In der beginnenden wirtschaftlichen Krise versuchen die Kapitalisten mit allen Mitteln, den Reallohn zu senken und gleichzeitig noch mehr Leistung aus den Arbeitern herauszupressen. Dagegen gibt es nur ein Mittel: den entschiedenen Lohnkampf in den einzelnen Betrieben und Branchen während des ganzen Jahres und nicht nur während der Tarifauseinandersetzung. (vgl. Artikel S. 5)

Die Kapitalisten und ihr Staat versuchen, die Beziehungen zwischen den Arbeitern und den Kapitalisten so zu gestalten, daß die Arbeiter noch rechtloser werden als bisher: dazu versuchen sie die Tariffreiheit einzuschränken, einen sogenannten Stabilitätspakt mit den Gewerkschaften zu schließen. Stillegungen, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sind ihnen hervorragende Mittel, um die Arbeiterklasse gefügig zu machen. Der Kampf gegen einzelne Maßnahmen der Kapitalisten und der Regierung muß mit dem Kampf für gesetzliche Regelungen verknüpft werden, die die Arbeitsbedingungen sowie die Rechte der Arbeiterklasse verbessern.

Anläßlich der sogenannten Ölkrise hat der Staat verschiedene Notstandsmaßnahmen eingeleitet, die sich gegen das ganze Volk richten. Sie sollen die Herrschaft der Ausbeuter weiter festigen und sichern und das Volk völlig ihrer Willkür unterwerfen. Dagegen muß der Kampf für die Rechte des Volkes gegen den bürgerlichen Staat entfaltet werden. In diesem Kampf steht die Arbeiterklasse nicht allein. Insbesondere gegen die Willkür der politischen Maßnahmen und gegen die Ausplünderung der Volksmassen durch den bürgerlichen Staat mit Hilfe von indirekten Steuern wie Mehrwert- und Mineralölsteuern kann die Arbeiterklasse viele Verbündete gewinnen. (vgl. Artikel S. 2)

Der Kapitalismus bedeutet Ausbeutung, Unsicherheit der Existenz, Druck, politische Unterdrückung und Entrechtung für die Arbeiterklasse. In der Krise tritt all dies noch schärfer hervor. Die Krise lehrt die Arbeiterklasse die Unversöhnlichkeit des Klassenkampfes.

Die verschiedenen Seiten des Klassenkampfes sind nicht voneinander isoliert, und der Klassenkampf selbst ist **nicht Zweck, sondern Mittel**. Sein Zweck ist die Errichtung des Sozialismus nur der Eroberung der politischen Macht.

Der Sozialismus ist keine Utopie, sondern die unvermeidliche Konsequenz der kapitalistischen Gesellschaft selber und des Klassenkampfes, den diese Gesellschaft hervorruft. Der Weg dorthin ist schwer und voller Rückschläge, und die deutsche Arbeiterklasse hat auf diesem Weg schon viele Rückschläge erlitten: in der gescheiterten Revolution von 1918, in der Niederlage gegen den Faschismus; nach dem Zweiten Weltkrieg durch das Wiedererstarken des Kapitalismus in Westdeutschland und die Eroberung der politischen Macht durch eine neue Bourgeoisie in der DDR. Aber all das sind keine Beweise gegen die Kraft der Arbeiterklasse und gegen den Sozialismus. Das sind Beispiele dafür, daß die Arbeiterklasse ihre politische Klarheit erhöhen muß und ihre Organisiertheit steigern muß, um den Sieg davonzutragen über die Bourgeoisie.

Die politische Klarheit und die Organisiertheit des Proletariats wird geschaffen in den täglichen Kämpfen und mit Hilfe der Kommunisten, die an diesen Kämpfen führend teilnehmen und in diesen Kämpfen auf die Ziele der Arbeiterklasse hinweisen. Damit die Kommunisten ihre Aufgaben und ihre Pflicht gegenüber der Arbeiterklasse und den Volksmassen erfüllen können, müssen sie sich als Vorhut der Arbeiterklasse organisieren. Diese Vorhut ist die Kommunistische Partei. Der Kommunistische Bund Westdeutschland ist ein Schritt auf dem Weg zum Wiederaufbau der KPD.

–J.S.–

Nicht einschüchtern lassen!

ANGRIFFE VON POLIZEI UND STADTVERWALTUNG AUF KVZ–VERKAUF ABGEWEHRT

Hamm. Am Samstag, 22.12.1973, stellte die Ortsaufbaugruppe des KBW in der Weststraße von Hamm einen Informationsstand über die Ursachen und Auswirkungen der Krise auf. Dieser Stand war nicht angemeldet, da die Stadt 14 Tage zuvor den Stand in der Innenstadt verboten hatte. Das war ein Angriff auf die demokratischen Rechte und steht in einer Reihe mit den Notstandsmaßnahmen und der verschärften Unterdrückung des Volkes durch den bürgerlichen Staat.

Ab 10 Uhr informierten sich viele Menschen am Stand. Es wurden zahlreiche Diskussionen über die Verschärfung der internationalen Krise des Imperialismus geführt und die Kommunistische Volkszeitung verkauft. Als gegen Mittag dann ein Beamter vom Ordnungsamt erschien, um den Informationsstand wegräumen zu lassen, blieben viele Passanten stehen. Die KVZ-Verkäufer wandten sich an die Bevölkerung und erklärten diesen Angriff auf die demokratischen Rechte. Über hundert Menschen sammelten sich in kurzer Zeit und empörten sich über diese Maßnahmen. Der hilflose Ordnungsbeamte rief darauf die Polizei zu Hilfe, die aber angesichts der vielen empörten Menschen schnell wieder verschwand. Als er dann selbst den Versuch machte, den Stand abzureißen, wurde das von den Umstehenden verhindert. Nach einer Weile verschwand er dann sang und klanglos unverrichteter Dinge.

–Ortsaufbaugruppe Hamm–

Bruchsal. Die Genossen schreiben:
Am Mittwoch, 19.12., kam es zu einem bemerkenswerten Vorfall. Wie üblich verkauften wir vor dem Bahnhof die KVZ. Plötzlich kamen zwei Bahnpolizisten, nahmen unseren Verteiler fest und knöpften ihm 10 DM Ordnungsstrafe ab. Außerdem wurde er rechtsbelehrt, daß es verboten sei, vor dem Bahnhofsgelände Druckschriften zu verteilen (Gelände würde der Bahn gehören). Bei nochmaligem Verkaufen vor dem Bahnhof würden wir mit einer Anzeige rechnen müssen.
Dieser Vorfall hat uns nicht einschüchtern können, er hat bei uns eher das Gegenteil erreicht. Wir werden jetzt unsere Anstrengungen beim KVZ-Verkauf verdoppeln und damit den Schlag der Reaktion in sein Gegenteil verkehren.
Wenn der Feind uns bekämpft, ist das gut und nicht schlecht.

Möchengladbach. Ähnliches ereignete sich in Mönchengladbach. Die Stadt hatte vor kurzem mit folgender Begründung den Genossen die Aufstellung von Ständen verboten:

"Die Fußgängerzone in der Hindenburgstraße ist gemäß Planung der Stadt Mönchengladbach so ausgebaut, daß die Zulassung von weiteren Ständen wegen Sondernutzung nicht vertretbar ist."

Am Samstag, dem 22.12:73, wurden die KVZ-Verkäufer von der Polizei überprüft. Zunächst begründeten die Polizisten ihr Vorgehen damit, daß für den KVZ-Verkauf ein Gewerbeschein notwendig sei. Sie riefen dann aber über Funk das K 14 (politische Polizei) an, das, wie sie sagten, die Zeitungen auf ihre Verfassungsfeindlichkeit untersuchen werde. Freie Meinungsäußerung, erklärten sie, sei nur so lange erlaubt, "wie sie nicht gegen unsere demokratische Grundordnung verstößt"

SPENDEN FÜR DEN KBW VOM 15.12.1973 BIS ZUM 4.1.1974

Th.D., Karlsruhe	500 – DM
W.V., Karlsruhe	400,– DM
G.B. und K.K., Osthofen	20,– DM
KHG-Zelle Anglistik, Osthofen	10,– DM
Spendensammlung Nov. 73 Buchladen Heidelberg	103,– DM
Ortsgruppe Heidelberg	1 020,– DM
Spendensammlung Büchertisch Universität Kiel	166,– DM
E.M., Berlin	3 500,– DM
K.N., Bremen-Schöneback	500,– DM
Institutsgruppe math/phys Heidelberg	50,– DM
Sympathisanten aus Bremen	100,– DM
P.F., Castrop-Rauxel	100,– DM
Sympathisantenkreis werktätige Intelligenz Göttingen	200,50 DM
Spendensammlung Das Buch Braunschweig	230,– DM
D.St., Eppelheim	70,– DM
Kl.-P.M., Bremen	100,– DM
W.B., Bremen-Lesum	30,– DM
KVZ-Leserkreis Essen	303,30 DM

KBW–SPENDENKONTO
Commerzbank Mannheim
Kto.Nr. 3258589 – 00

Kampf der Erpressung mit der Arbeitslosigkeit

KBW FORDERT: MINDESTENS 80 PROZENT ARBEITSLOSENGELD / VOLLE ZAHLUNG DURCH KAPITALISTEN ARBEITSÄMTER IN ARBEITERHAND

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit trafen bisher am schwersten die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Textilindustrie. Wie abscheulich die kapitalistische Krisenwirtschaft funktioniert, wird deutlich daran, daß ausgerechnet in der Textilindustrie in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres die meisten Überstunden geleistet werden mußten: im Durchschnitt 4,5 Überstunden die Woche. Zugleich aber kamen trotz der Überstunden die Textilarbeiter auf einen Lohn am unteren Ende der Lohnskala. Überstundenschinderei auf der einen Seite und Arbeitslosigkeit auf der anderen, das ist keineswegs eine Ausnahme. Wer seinen Arbeitsplatz behält, wird zugleich zu Mehrleistungen erpreßt. Die Arbeitslosigkeit der einen benutzen die Kapitalisten, um aus der Arbeit der Beschäftigten mehr Leistung bei geringerem Lohn herauszupressen.

Als im Oktober die Arbeitslosenquote 1 % betrug, da erklärte SPD-Finanzminister Schmidt, die gegenwärtige Überbeschäftigung müsse "auf ein vertretbares Maß an Vollbeschäftigung" abgebaut werden. Inzwischen rechnet die Bundesregierung mit 750 000 Arbeitslosen in den kommenden Monaten. Kurzarbeit hat inzwischen auch auf die Automobilindustrie übergegriffen. Bei Ford wurde kurzgearbeitet, bei Opel Rüsselsheim mußten 20 000 Arbeiter von insgesamt 38 000 Beschäftigten vom 16. Dezember bis zum 3. Januar Zwangsurlaub machen. Im VW-Werk Hannover, wo VW-Transporter produziert werden, soll vom 28. Januar bis zum 8. Februar nicht gearbeitet werden. Von 26 000 Beschäftigten sind 15 000 Arbeiter betroffen.

Kapitalisten und Bundesregierung benutzen die steigende Arbeitslosigkeit, um Druck auf die anstehenden Tarifrunden auszuüben. Die Bundesregierung sagt, es sei derzeit nicht mehr drin, als die Sicherung des Reallohns. Abschlüsse um 8,5 %, die die Kapitalisten und die Bundesregierung durchdrücken wollen, bedeuten aber eindeutig weiteren Abbau des Reallohns. Jede Lohnforderung aber, die gegen den Abbau des Reallohns gerichtet ist, bedeutet nach Aussagen der Bundesregierung und sämtlicher Schreiberlinge der bürgerlichen Presse, daß die Arbeitslosigkeit unweigerlich weiter zunehmen müsse.

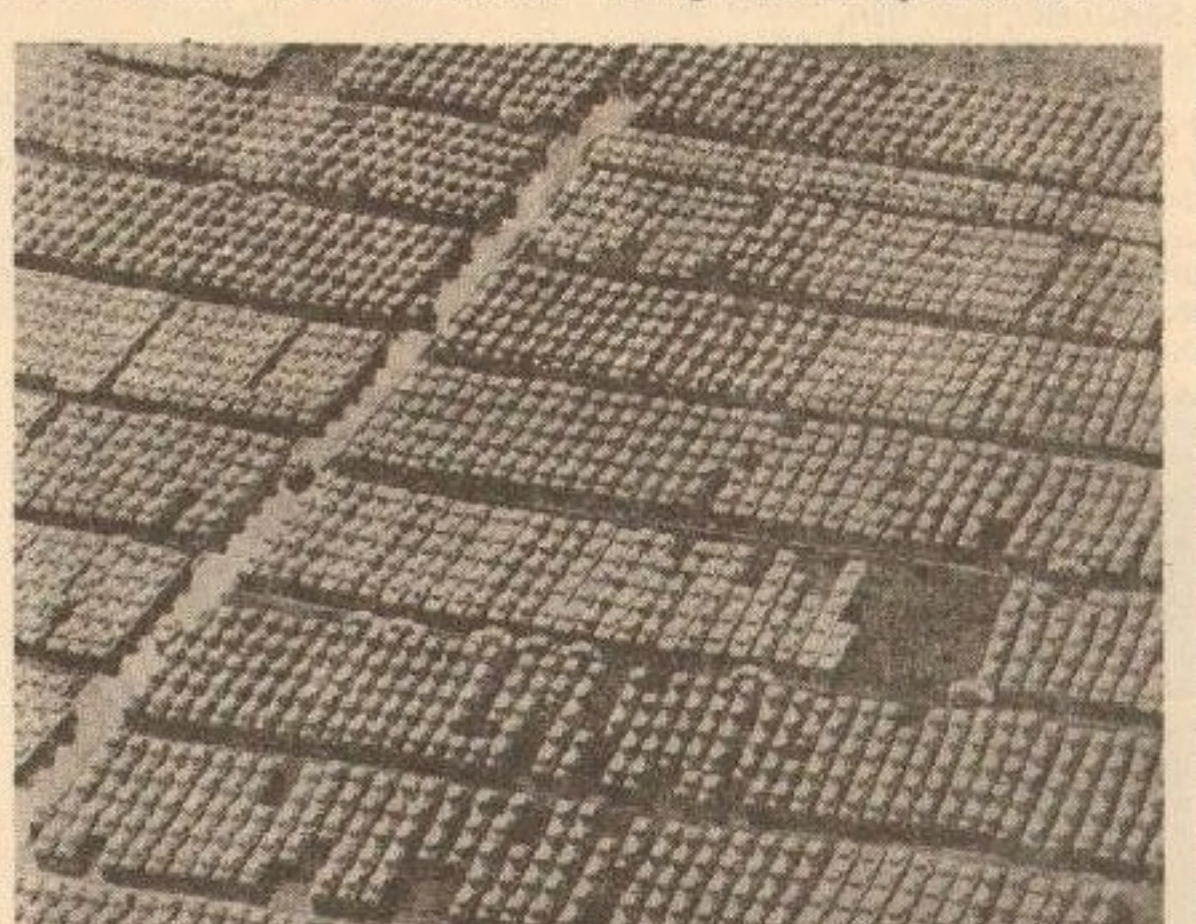
Das heißt doch nur, je geringer der Lohn, desto lieber kaufen die Kapitalisten die Arbeitskraft, um sie desto mehr auszubeuten. Aber Lohnverzicht hat noch keinen Arbeitsplatz "gerettet". Die Arbeiterklasse kann nicht zwischen Arbeitslosigkeit und Lohnabbau wählen. Sie muß ihre Lebensbedingungen insgesamt verteidigen.

Es ist klar: Die Kapitalisten und ihre Handlanger in Regierung, Staat und Presse versuchen die Arbeiterklasse mit der Krisenentwicklung zu erpressen, die das kapitalistische Wirtschaftssystem selbst verursacht.
Die Arbeiterklasse muß sich dem Kampf, der ihr aufgezwungen wird, stellen. Nicht die Arbeitslosen und die mit Entlassung und Kurzarbeit bedrohten Arbeiter und Angestellten allein, sondern die gesamte Arbeiterklasse kann den kapitalistischen Erpressern das Handwerk legen.
Der Kommunistische Bund Westdeutschland hat in seinem Programm die Forderung aufgestellt: Zahlung eines Arbeitslosengeldes von mindestens 80 % für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit.

Der Kampf um diese Forderung muß geführt werden, um die Arbeiterklasse gegen die kapitalistischen Krisenmacher zu stärken, um die Ausbeuterherrschaft schließlich zu beseitigen durch die sozialistische Revolution.

Die Arbeitsämter versuchen die Arbeitslosen um ihre Ansprüche zu betrügen. Jeder Arbeitslose hat Anspruch auf Arbeitslosengeld. Dafür zahlt der Lohnabhängige monatlich Arbeitslosenversicherung. Doch die Arbeitsämter haben viele Tricks, im Fall von Arbeitslosigkeit die Bezüge zu mindern. Das Wichtigste ist, daß der Arbeitslose sofort zum Arbeitsamt geht und Arbeitslosengeld beantragt. Erst von diesem Zeitpunkt an bekommt er Arbeitslosengeld. Oft geben die Arbeitsämter aber die Formulare für den Antrag nicht heraus und schicken die Kollegen erst mal auf Arbeitssuche. Bis sie den Antrag nicht ausgefüllt haben auf dem vorgedruckten Formular bekommen sie aber kein Geld und die verlorene Zeit wird nicht angerechnet. Darum muß der arbeitslose Kollege auf sofortiger Rausgabe des Antragsformulars bestehen und darf sich nicht täuschen lassen.
Zweitens versuchen die Arbeitsämter den Anspruch auf Arbeitslosengeld dadurch zu mindern, daß sie behaupten, der arbeitslose Kollege habe seine Entlassung selbst verschuldet. Im Fall von Selbstverschuldung der Entlassung wird eine Sperrfrist von vier Wochen erhoben, in der es kein Geld gibt. Kündigt der Kollege selbst oder wird er entlassen aus politischen Gründen oder weil der Kapitalist dem Kollegen irgendeine Verfehlung angehängt hat, so verhängt das Arbeitsamt sofort eine Sperrfrist.
Es ist deshalb wichtig, niemals die Entlassungsgründe, die der Kapitalist angibt, hinzunehmen. Die Kapitalisten versuchen aber immer wieder dies dadurch zu erreichen, daß sie von den Gekündigten Unterschriften erpressen, mit denen sie auf jegliche Ansprüche verzichten. Beliebter Trick ist es, die Arbeitspapiere nicht herauszurücken, wenn nicht die Unterschrift geleistet wird auf ein Papier, auf dem meist groß geschrieben steht, daß man den Empfang der Arbeitspapiere bestätigt – und ganz klein geschrieben, daß man mit der Unterschrift auf jegliche Ansprüche verzichtet. Damit aber hat man auch der Kündigung zugestimmt. Man kann dann nicht mehr gerichtlich gegen den Unternehmer vorgehen und handelt sich womöglich noch eine Sperrfrist für die Bezahlung des Arbeitslosengeldes ein. Deshalb der Personalleitung niemals eine Unterschrift bei Entlassung oder Kündigung geben, bevor man nicht Rat geholt hat bei einem, der sich arbeitsrechtlich auskennt.

Die Arbeitsämter haben eine schöne bunte Broschüre herausgegeben. Was man nicht darin findet ist, wieviel Arbeitslosengeld einem zusteht. Grundlage für die Berechnung sind die Unterlagen, die der Kapitalist, bei dem man zuvor beschäftigt war, dem Arbeitsamt zuschickt. Mißtrauen ist hier nötig. Die Verwaltung der Arbeitsämter arbeitet eng mit den Kapitalisten zusammen und versucht die Arbeiter durch den Formularkrieg zu hintergehen. Die Arbeiter zahlen die Kasse der Arbeitsämter, aber sie bestimmen nicht darüber. Angeblich zahlen die Kapitalisten die Hälfte der Arbeitslosenversicherung. Sie, die die Arbeitslosigkeit verschulden, sollen die Arbeitslosenversicherung voll zahlen! Die Verwaltung der Arbeitsämter aber gehört in die Hände der Arbeiter.



Derzeit sind es schon 5o ooo Kurzarbeiter in der Automobilindustrie. Die Autohalden wachsen, doch Autos werden dadurch nicht billiger.



Die sogenannte Energiekrise hindert die Bundesregierung nicht, getreu ihrer Energieplanung 10 Zechen stillzulegen und die Stillegung weiterer vier zu planen. Zudem wurden am 22. Dezember die Kohlepreise um ca. 7 % erhöht.

Zeche Emil Fritz stillgelegt

DKP RIEF ERST ZUR DEMONSTRATION AUF, ALS LETZTE SCHICHT GEFAHREN WURDE

Essen, 15.12.
Liebe Genossen,
anbei einen kurzen Bericht über eine DKP-Demonstration heute früh. Anlaß war die Schließung der Zeche Emil Fritz. Wir haben in dem betreffenden Stadtteil (Altenessen) so gut wie noch nicht gearbeitet und erfuhren daher nur kurzfristig von der angesetzten Demonstration. Daher beschränken wir uns auch darauf, vom Verlauf der Demonstration und warum die Kumpel nicht demonstrierten zu berichten.

EMIL FRITZ WIRD DICHTGEMACHT

Die Zeche "Emil Fritz" im Norden von Essen wurde am 15. Dezember geschlossen. Die Zeche, auf der 1965 noch 6 500 Kollegen arbeiteten, hatte zum Schluß noch 2 350 Mann Belegschaft. Der Großteil der verbliebenen Belegschaft wurde auf Zechen in Gelsenkirchen und Wanne-Eickel umgesetzt. Die zwei bis drei Stunden Fahrzeit, die jetzt täglich zur Arbeit dazukommen, werden den Kumpel nicht bezahlt. Die Schließung erfolgte, obwohl die Zeche immer besonders hochwertige Kohle förderte und obwohl 80 Millionen Tonnen noch nicht abgebaut sind.

Erst als alles zu spät war, nämlich am Tag, an dem die Zeche die letzte Schicht fuhr, rief die DKP zu einer Protestdemonstration auf. Kein Kumpel folgte. Nur etwa 60 DKP-Mitglieder, durchweg keine Bergleute, formierten sich auf dem Zechevorplatz zum Demonstrationszug. Auf Schildern trugen sie Parolen wie "Stoppt die falsche Energiepolitik" und "Verstaatlicht die Ölkonzerne". Die Kollegen, mit denen wir sprachen, meinten: "Vor zwei Jahren hätte man demonstrieren müssen, als die Stillegung beschlossen wurde. Jetzt ist es zu spät. Jetzt sind die Anlagen schon seit Monaten verrottet." Sie wiesen uns darauf hin, daß es der DKP noch nicht einmal gelungen sei, ihre eigenen Leute, die in der Bergmannsiedlung wohnen, zu mobilisieren. Die Bergleute haben zum großen Teil ihr Leben lang auf der Zeche gearbeitet, jetzt werden sie Opfer der kapitalistischen Rationalisierungspolitik. "Irgendwie muß man es in den Griff kriegen, daß die Unternehmer nicht einfach ihr Geld aus dem Bergbau ziehen und wo anders reinstecken können. Aber es ist alles Politik.
Auch die Regierung in Düsseldorf und Bonn hat es nicht anders gewollt", sagten die Kollegen. Tatsächlich! Man muß die Regierung, die Staatsmacht, "in den Griff kriegen", damit die Wirtschaft dem Volke dient und nicht einer kleinen Zahl von Geldsäcken.

–U.B., KVZ-Leserkreis Essen–

4x10 Stunden

ÜBERSTUNDEN UND KURZARBEIT BEI NATURASPAHLT

Ich will euch heute eine Korrespodenz schreiben über die Ereignisse in unserem Betrieb, der Deutschen Naturasphalt GmbH, der Limmer und Vorwohler Grubenfelder, Werk Eschershausen, zu 99 % Eigentum der Braunschweig AG.
In der SASAG müssen die Kollegen der Abteilungen, die keine Schicht arbeiten (2 Abteilungen) 4 x 10 Stunden statt 5 x 8 arbeiten und ab Januar Kurzarbeit.
Am Donnerstag, dem 22.11.1973 fand eine Sitzung zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung statt, da eine 4 x 10-Stunden-Regelung nur mit Genehmigung des Betriebsrates geht. Dieser stimmte zu, obwohl der Vorsitzende der Gewerkschaft geraten hatte, die Sache hinauszuzögern. Die Betroffenen wurden erst gar nicht gefragt. Noch am gleichen Tage wurde die Sache mit der einen Abteilung, die Treppenstufen produziert, geregelt, um dann diese gegen unsere Abteilung auszuspielen. Obwohl die Kollegen auch dagegen waren. Am Freitag in der Frühstückspause kam dann der Betriebsratsvorsitzende Borsoutzki und zwei Herren der Betriebsleitung, um uns die Sache schmackhaft zu machen. Diese neue Arbeitszeitregelung wurde scheinheilig mit der Einsparung einer knappen Tonne Öl getarnt, um damit auch Vollbeschäftigung zu garantieren. "Wenn wir kein Öl haben, könnt ihr nicht arbeiten." Was für ein Hohn, denn jetzt stellt sich heraus, daß ab Januar kurzgearbeitet wird. Viel wahrscheinlicher wird es sein, daß wir die Bilanzen für dieses Jahr noch ein bißchen verbessern sollen. Dafür spricht auch, daß die vier Tage zwischen Weihnachten und Neujahr eingearbeitet werden mußten, obwohl die Kollegen alle Urlaub machen wollten.
Wir waren alle gegen diese lange Arbeitszeit, da 95 % der Arbeiter schon über 50 sind und die Arbeitsleistung (Fußbodenplatten von der Maschine abnehmen) bei 4 x 10 größer ist als bei 5 x 8. Es ist eine regelrechte Schinderei. Manche Kollegen sind jetzt bis zu 14 Stunden auf den Beinen. Der Betriebsratsvorsitzende stellte sich dann so: "Leute, ich bin ja auch gegen diese Regelung, aber wir müssen auch unseren Beitrag zur Ölkrise leisten, und gesetzlich ist das möglich, und außerdem machen die Kollegen von den Treppenstufen das auch." Die Besprechung endete damit, daß abgestimmt wurde mit 90 % dagegen, woraufhin die Geschäftsleitung sagte: "Meine Herren, sie sind nicht zur Vernunft zu bringen. Ab Montag versuchen sie erstmal 10 Stunden bis Weihnachten, und sie werden sehen, daß es geht." Damit war die Sache gelaufen. Die Kollegen waren aufgebracht wie schon lange nicht mehr, und der Betriebsrat war bei allen unten durch.
Ich habe dann den Vorschlag gemacht, eine Vertrauensleutekonferenz einzuberufen, um entweder den Betriebsrat abzusetzen oder Vorbeugemaßnahmen zu treffen, da dies ja nicht das erste Mal war, daß uns der Betriebsrat in den Arsch getreten hat. Aber dazu fehlte den Kollegen wohl doch die Initiative. Ist ja auch kein Wunder, wenn einer 50 Jahre lang getreten wird. Man sollte, man müßte, man könnte, und am besten überläßt man es doch der Gewerkschaft, erhielt ich zur Antwort.

–Ein Kollege aus Eschershausen–

Tarifkampf: die Karten auf den Tisch!

Raus aus der Konzertierten Aktion! Keinerlei "Stabilitätspakt" mit den Kapitalisten und ihrer Regierung!

Die Preise steigen (7,4 % im November), das Lohnsteueraufkommen steigt (im November um 32 % gegenüber dem Vormonat; aus: Die Welt, 3.1.74), die Produktivität und damit die Arbeitsleistung pro Stunde steigt – aber die Reallöhne sollen in diesem Jahr noch entschiedener gedrückt werden als dies schon im letzten Jahr der Fall war. Um diesen Zweck zu erreichen, haben sich Kapitalistenverbände und Regierung zusammengeschlossen. Der Dritte im Bunde ist die Gewerkschaftsführung.

Zwar treten die Gewerkschaftsführer nach außen mit großen Reden und grimmiger Entschlossenheit auf (z. B. Loderer und Kluncker), in den Betrieben aber tun sie alles, um die Arbeiter niederzuhalten, während sie die Tarifverhandlungen hinziehen. Gewerkschaftsmitgliederversammlungen halten sie gleich gar nicht ab.

Am 8. Januar finden für den öffentlichen Dienst und für den Bezirk Schleswig-Holstein der Metallindustrie Verhandlungen statt. Dabei handelt es sich um unverbindliche Unterhaltungen. Am 10. Januar treffen sich Kapitalistenvertreter, Gewerkschaftsführer und Regierung zur Konzertierten Aktion. Hier werden die Vorbereitungen getroffen für ein Treffen beim Kanzler, auf dem ein offener oder heimlicher 'Stabilitätspakt' auf Kosten der Arbeiter und Angestellten geschlossen werden soll. Zum Ziel hat dieser 'Stabilitätspakt' eine drastische Reallohnsenkung bei einer Lohnerhöhung auf dem Papier unter 10 % (für den öffentlichen Dienst denkt die Regierung an 8,5 %). Durchgesetzt werden soll dieses Ziel mit der Drohung von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, mit der Warnung vor den Folgen der Krise. In dieser Situation kann sich die Arbeiterklasse auf niemand stützen als auf ihre eigene Kraft und auf ihren eigenen Kampfwillen. Die Voraussetzung dafür, daß die Arbeiterklasse ihre Kraft entfalten kann, ist, daß sie keinerlei falsche Hoffnung in die SPD/FDP-Regierung setzt und daß sie die Sachwalter dieser Regierung in den Gewerkschaften und Betriebsräten bekämpft. Es ist eine sehr schlechte Situation, wenn die Führung der eigenen Organisation, der Gewerkschaften, auf der Seite des Feindes steht. Um diese schlechte Situation zu ändern, muß sie zuallererst klar erkannt werden.

Für die gegenwärtige Tarifauseinandersetzung gilt, daß in den Verhandlungen selber nicht viel herauskommen kann. Dazu müßte sich die Gewerkschaftsführung gegen die Kapitalisten und die Regierung stellen und das wird sie ernsthaft in keiner Weise tun. Die Arbeiter und Angestellten müssen sich so oder so auf selbständige Kämpfe im weiteren Verlauf dieses Jahres einstellen, wenn sie nicht eine wesentliche Verschlechterung ihrer Lage hinnehmen wollen. In den gegenwärtigen Tarifauseinandersetzungen kommt es vor allem darauf an, die Ausgangssituation für diese selbständigen Kämpfe zu verbessern und dort, wo dies möglich ist, diese selbständigen Kämpfe schon im Rahmen der Tarifauseinandersetzung einzuleiten.

Was ist ein selbständiger Kampf? Ein selbständiger Kampf ist ein Kampf auf Grundlage von demokratisch festgelegten Forderungen (nicht in Prozenten, sondern in Mark und Pfennig für alle gleich), in dem die Arbeiter die Führung in der Hand halten, ein Kampf, über dessen Anfang und Ende die Arbeiter selbst entscheiden. In Richtung solcher selbständigen Kämpfe gingen die Streiks im Lauf des letzten Jahres.

Wie kann die Ausgangslage für solche selbständigen Kämpfe schon während der Tarifauseinandersetzung verbessert werden?

An welchen Punkten im Verlauf der Tarifauseinandersetzung besteht die Möglichkeit, daß die Arbeiter die Sache selbst in die Hand bekommen und den vorgegebenen Ablauf und Rahmen durchbrechen?

Ein solcher Punkt kann sich auf Grund besonderer betrieblicher Bedingungen ergeben. Er kann sich auch daraus ergeben, daß die Kapitalisten zu hoch pokern und die Gewerkschaftsführung gezwungen ist, an die Belegschaften zu appellieren. Das verbessert die Voraussetzungen für selbständige Initiativen, z. B. Demonstrationen oder die Einleitung betrieblicher Streiks.

Das wichtigste ist, daß während der Tarifauseinandersetzung eine gründliche Debatte in den Belegschaften entfaltet wird über die gegenwärtige Lage, die Ursachen der gegenwärtigen Krise und eine sorgfältige Unterscheidung zwischen Freund und Feind durchgeführt wird. Auf welche Vertrauensleute kann man sich verlassen: Welche Vertrauensleute stehen im Kampf gegen die Kapitalisten bedingungslos auf der Seite der Kollegen? Welche Vertrauensleute stellen die Interessen der Kollegen über die Befehle der Gewerkschaftsführung? Auf welche Betriebsräte kann man sich verlassen? Welche Betriebsräte stellen die Information der Kollegen über die Schweigepflicht gegenüber dem Kapitalisten? Welche Betriebsräte betrachten die Verpflichtung auf den Betriebsfrieden als eine lästige Fessel, die man sprengen muß und welche Betriebsräte gebrauchen sie als billige Ausrede, um den Kollegen in den Rücken zu fallen?

Wie kann man gute Vertrauensleute und Betriebsräte stärken, schlechte Vertrauensleute und Betriebsräte schwächen und isolieren? Wie kann man sie loswerden?

Welche Kollegen stellen die gemeinsamen Interessen der Arbeiter über ihre Zugehörigkeit zu dieser oder jener bürgerlichen Partei? Welche Kollegen bewähren sich in der Auseinandersetzung mit den Kapitalisten und den Vorgesetzten, sowie mit solchen Gewerkschaftsfunktionären, für die jede offene Äußerung der Kollegen ein Ausschlußgrund aus den Gewerkschaften ist?

Welche Kollegen können einen Streik leiten und die Kollegen zusammenhalten?

Über all diese Fragen müssen sich die Belegschaften Klarheit verschaffen, wenn sie sich auf selbständige Kämpfe vorbereiten.

Um schon während der Tarifauseinandersetzung und in ihrem Rahmen selbständige Kämpfe einzuleiten, ist es wichtig, sorgfältig die Widersprüche unter den Gegnern der Arbeiter zu untersuchen. Auch wenn die Kapitalisten und die Regierung sowie die Gewerkschaftsführung letztenendes einig im Kampf gegen die Interessen der Arbeiter sind und vor allem gegen jeden Ansatz selbständiger Kampfführung gemeinsam vorgehen, so gibt es doch auch Widersprüche zwischen diesen Gegnern der Arbeiterbewegung: Die Gewerkschaftsführung muß immer wieder versuchen, sich ein gewisses Vertrauen unter den Arbeitern zu erhalten, und das kann sie nicht, wenn sie offen auf die Wahrnehmung aller Interessen der Arbeiter verzichtet. So kann es durchaus geschehen, daß die Gewerkschaftsführung wider Willen gezwungen ist, einen Tarifstreik einzuleiten, weil sie nicht ohne jeden Schein auf die Angebote der Kapitalisten und den 'Stabilitätspakt' der Regierung eingehen kann. Es kommt darauf an, diese Widersprüche innerhalb der Reihen der Gegner zu verschärfen und auszunutzen. Wenn die Gewerkschaftsführung wider Willen unter dem Druck der Mitglieder gezwungen ist, einen Tarifstreik einzuleiten, so bietet das eine gute Gelegenheit für die Belegschaften im Rahmen dieses Streiks die Initiative zu entfalten, selbständige Forderungen aufs neue auf den Tisch zu bringen und sich gegen einen Abbruch des Streiks durch die Gewerkschaftsführung zur Wehr zu setzen, wenn diese ihren Zweck erfüllt sieht, "gekämpft" zu haben.

Die Arbeiter haben keinerlei Interesse daran, daß die Verhandlungen jetzt lange hingezogen und womöglich mit Hilfe einer Abschlagzahlung bis in den Mai verschoben werden. Die ständige Verzögerungstaktik der Gewerkschaftsführung hat sich seit den Streiks im Sommer schon schlecht genug ausgewirkt. Die Karten müssen auf den Tisch. Daran haben die Arbeiter ein Interesse. Kein Interesse haben sie an monatelangen Verhandlungen und den Interviewgefechten in der bürgerlichen Presse zwischen Gewerkschaftsführung, Kapitalistensprechern und Regierungsvertretern. Kein Interesse haben die Arbeiter auch an irgendwelchen Schlichtungsverhandlungen, egal ob sie im Rahmen der Schlichtungsordnungen oder direkt unter der Patenschaft der Regierung stattfinden. Die Arbeiterklasse hat ein Interesse an klaren Verhältnissen und je früher diese hergestellt sind, desto besser.

G.S.

DIE KAPITALISTEN SCHICKEN DIE REGIERUNG AN DIE FRONT:

"Wir wollen die Gespräche in unseren Lohnrunden, die am 8.1. in Schleswig-Holstein beginnen, natürlich nicht verzögern. Doch wäre es erwünscht, wenn der öffentliche Dienst, der am gleichen Tag in Stuttgart zentral verhandelt, in diesem Jahr einmal vorwegmarschieren würde. Die Bundesregierung hat wiederholt erklärt, daß zweistellige Abschlüsse nicht mehr in die veränderte Landschaft passen. Sie kann uns jetzt zeigen, wie ernst sie ihre Verantwortung für Stabilität und Beschäftigung nimmt. Auch die IGM wäre gut beraten, wenn sie lieber auf die ÖTV wartete."

Kirchner, Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, in einem Interview im Handelsblatt, 22.12.73

DIE REGIERUNG IST SICH IHRER VERANTWORTUNG GEGENÜBER DEN KAPITALISTEN BEWUSST.

"Der Bund will die Lohnverhandlungen im öffentlichen Dienst 'mit einer Härte führen, wie sie noch nicht dagewesen ist', wurde versichert."

Mannheimer Morgen, 22./23.12.73

KAPITALISTEN SCHLAGEN 'STABILITÄTSPAKT' VOR

"Persönlich halte ich es für möglich, daß die Unternehmen sich zu einer Preisdisziplin verpflichten, wenn die Gewerkschaften ihrerseits von ihren derzeitigen Forderungen abrücken. Im Grunde müßte das eine Vereinbarung zwischen drei Partnern werden: Die öffentliche Hand muß eine restriktive Ausgabenpolitik zusagen, die Unternehmen müssen sich verpflichten, ihre Preise nicht über einen gewissen Prozentsatz zu erhöhen, und die Gewerkschaften müßten dafür stabilitätskonformen Tariferhöhungen zusagen."

Schleyer, in: Deutsche Zeitung, 28.12.73

DIE REGIERUNG LEITET DEN ABSCHLUSS EINES 'STABILITÄTSPAKTES' EIN.

Der Spiegel berichtet (31.12.73):

Nach langen Jahren fruchtlosen Geredes in der sogenannten Konzertierten Aktion will Willy Brandt unter dem

dafür, daß die Arbeiterklasse ihre Kraft entfalten kann, ist, daß sie keinerlei falsche Hoffnung in die SPD/FDP-Regierung setzt und daß sie die Sachwalter dieser Regierung in den Gewerkschaften und Betriebsräten bekämpft. Es ist eine sehr schlechte Situation, wenn die Führung der eigenen Organisation, der

dingungen ergeben. Er kann sich auch daraus ergeben, daß die Kapitalisten zu hoch pokern und die Gewerkschaftsführung gezwungen ist, an die Belegschaften zu appellieren. Das verbessert die Voraussetzungen für selbständige Initiativen, z. B. Demonstrationen oder die Einleitung betrieblicher Streiks.

andersetzung und in ihrem Rahmen selbständige Kämpfe einzuleiten, ist es wichtig, sorgfältig die Widersprüche unter den Gegnern der Arbeiter zu untersuchen. Auch wenn die Kapitalisten und die Regierung sowie die Gewerkschaftsführung letztenendes einig im Kampf gegen die Interessen der Arbeiter sind und vor allem gegen

auch an irgendwelchen Schlichtungsverhandlungen, egal ob sie im Rahmen der Schlichtungsordnungen oder direkt unter der Patenschaft der Regierung stattfinden. Die Arbeiterklasse hat ein Interesse an klaren Verhältnissen und je früher diese hergestellt sind, desto besser.

G.S.

DIE REGIERUNG LEITET DEN ABSCHLUSS EINES 'STABILITÄTSPAKTES' EIN.

Der Spiegel berichtet (31.12.73):

Nach langen Jahren fruchtlosen Geredes in der sogenannten Konzertierten Aktion will Willy Brandt unter dem

Druck der Ölkrise erstmals einen einigermaßen stabilen Wohlverhaltenspakt zwischen Staat, Unternehmern und Gewerkschaften zustande bringen.

Bei Sekt und Whisky im Schaumburg-Bungalow hatten sich Brandt und Vetter am 17. Dezember, dem Vorabend des Kanzler-Geburtstages auf den Neujahrsgipfel verständigt. Er folgt der zur reinen Informationstagung heruntergekommenen Konzertierten Aktion (10. Januar) des Wirtschaftsministers Hans Friderichs."

DIE KAPITALISTEN SCHÄTZEN DIE GEWERKSCHAFTSFÜHRER ALS PARTNER HOCH EIN UND GEBEN IHNEN GUTE RATSCHLÄGE

"Die Führer der Gewerkschaften haben einen großen Respekt vor dem, was man heute Basis nennt. Aber ich meine, man sollte einzelne, kleine radikale Gruppen nicht überschätzen. Die Masse der Arbeiter versteht sehr wohl, daß in schlechten Zeiten überall zurückgesteckt werden muß. Die Gewerkschaften sind eine große und starke Oganisation, in der eine starke Führung sicherlich vernünftige Lösungen durchsetzen kann."

Auf längere Sicht hält Schleyer eine sachliche Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften für möglich: "Das letzte Spitzengespräch brachte bereits hoffnungsvolle Ansätze."

Schleyer, Deutsche Zeitung, 28.12.73

DGB-Vetter trommelt für das Kapital

DGB-VORSITZENDER FORDERT AKTIONSEINHEIT MIT DEN KAPITALISTEN

Am Mittwoch, 19.12.73, gab der DGB-Vorsitzende Vetter ein Interview in der Essener Redaktion der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung, dessen Kern er wenig später noch einmal im Deutschlandfunk wiederholt hat. Er nimmt darin unter anderem Stellung zur derzeitigen Krise, in der sich die kapitalistische Marktwirtschaft befindet. Sein Ratschlag war einen Tag später als Schlagzeile der WAZ in ganz Nordrhein-Westfalen zu lesen: "DGB ruft zur Aktionseinheit auf".

Was damit gemeint ist, liest sich so: "... Unsere Ansicht ist es, daß der Bundeskanzler jetzt zu einer Aktionseinheit aller Verantwortlichen in der Wirtschaft aufrufen sollte...

Wir meinen, daß – um eine Zahl zu nennen – etwa 30 Leute, die mehr oder weniger an den Schalthebeln der wirtschaftlichen Macht stehen, jetzt zusammenarbeiten müssen, um sich Gedanken darüber zu machen, wie die Krise bewältigt werden kann..."



Nichts anderes als der unverhohlene Aufruf zur Klassenzusammenarbeit, zynisch verpackt als Appell zur Aktionseinheit. Denn Aktionseinheit – das hieß in der Arbeiterklasse und für Gewerkschafter immer noch Einheit gegen Unterdrückung und Ausbeutung, Einheit gegen die Kapitalistenklasse. Aber diese Kampffront ist der DGB-Führung ein Dorn im Auge. H.O.Vetter tritt als Sprecher der gewerkschaftlich organisierten Kollegen auf, wenn er seine Interviews gibt. Jedoch nicht, um den Urhebern der Krise den Kampf anzusagen, sondern um mit ihnen gemeinsame Sache zu machen.

Er versucht sich Gewicht zu verschaffen für die erlauchte Runde, die er dem Bundeskanzler als "Planungsgremium" vorschlägt: "30 Leute, die mehr oder weniger an den Schalthebeln der wirtschaftlichen Macht stehen". Gemeint sind damit Kapitalistenvertreter, Gewerkschaftsführer, Sachverständige, Wissenschaftler usw.

Nachdem Bundeskanzler Brandt, kräftig unterstützt von allen bürgerlichen Parteien, immer wieder die Notgemeinschaft von "Arbeitnehmern und Arbeitgebern, über alle sozialen Grenzen hinweg" gefordert hat, stößt jetzt die DGB-Führung ins gleiche Horn. Damit soll davon abgelenkt werden, daß sich die Kapitalisten und **i h r** Profitsystem in der Krise befinden. Wir sollen mitverantwortlich gemacht werden, damit sie die Krisenfolgen besser auf die Schultern der Arbeiterklasse und des Volkes abwälzen können. Denn wen sonst treffen Notstandsmaßnahmen wie Fahrverbote oder Energieeinsparungen, wer sonst bekommt Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, Stillegungen und Entlassungen zu spüren?

Die Aktionseinheit, die der DGB-Vorsitzende Vetter vorgeschlagen hat, zeigt auf der anderen Seite die Klemme, in der sich die Kapitalisten mit ihrem Troß von Politikern und Gewerkschaftsführern befinden: Die Arbeiter haben in der letzten Zeit sich immer weniger auf die Versprechungen von Parteien und Parlament oder auf die für sie ergebnislosen Tarifgespräche zwischen Gewerkschaftsspitze und Kapitalistenverbänden verlassen. Die selbständigen Streiks im Sommer waren ein klares Zeichen dafür, daß die Spielregeln dieser Gesellschaft nicht mehr uneingeschränkt von der herrschenden Klasse diktiert werden können, wenn die Arbeiterklasse die eigenen Interessen zur Richtschnur macht. Überall im Volk entflammt der Kampf für seine demokratischen Rechte, bilden sich selbständige Initiativen, auf die die bürgerlichen Parteien kaum noch Einfluß gewinnen. Immer stärker wächst die Sympathie und die aktive Unterstützung für den Befreiungskampf der Völker gegen die imperialistische Unterdrückung. Gerade das treibt die Bourgeoisie in eine Zange, denn immer deutlicher wird sie von diesen Befreiungskämpfen selbst getroffen. Immer enger werden die Möglichkeiten der westdeutschen Bourgeoisie, sich auf Kosten anderer Völker in der Welt auszudehnen. Die Kapitalisten spüren sehr wohl, daß die Empörung in der Arbeiterklasse und im Volk wächst, daß sich Widerstand zeigt, daß diese Kraft ihnen eines Tages die politische Macht endgültig bestreiten wird. Sie sind schon jetzt angetreten, um diese Macht zu verteidigen. Sie ziehen deshalb schon heute alle Register, um uns an ihre Gesellschaftsordnung zu binden, um uns dafür mitverantwortlich zu machen. Für diese Sache soll jetzt auch die Gewerkschaftsführung trommeln, und darum ist auch H.O.Vetter gezwungen, offen Farbe zu bekennen.

Unsere Antwort auf dieses Bekenntnis muß es sein, entschlossen gegen Notstands- und Krisenmaßnahmen den Kampf aufzunehmen. Darüberhinaus darf uns kein Krisengerede davon abbringen, der ständigen Teuerung unsere berechtigten Lohnforderungen entgegenzustellen und sie durchzusetzen. Gerade auf dieser Linie müssen wir auch in den Gewerkschaften die bürgerlichen Machthaber und ihre Linie der Klassenzusammenarbeit brandmarken.

–M., Ortsaufbaugruppe Dortmund–

„Daran geht Italien zugrunde."

Freiburg Als auf der IG–Metall–Mitgliederversammlung Ende November über die Lohnforderungen diskutiert wurde, meldete sich auch ein italienischer Kollege zu Wort.

"Wir in Italien haben schon seit Jahren erkämpft, daß lineare Lohnforderungen aufgestellt werden. Das ist ja auch klar, weil für alle die Preise gleich steigen. Außerdem wissen wir, daß wir Arbeiter nur stark sind, wenn wir einheitlich kämpfen. Aber Prozentforderungen machen den Abstand zwischen den Lohngruppen immer größer. Es ist langsam Zeit, daß wir in Deutschland auch die Forderung aufstellen: Gleiche Lohnerhöhung für jeden!"

Der italienische Kollege bekam viel Beifall. Einer der reaktionärsten Gewerkschaftsführer hatte nichts besseres zu tun, als darauf zu sagen: das die italienischen Arbeiter in Italien solche Forderungen aufstellen, daran geht eben Italien zugrunde. Deshalb gehts ja so schlecht mit der Wirtschaft da unten, und deshalb haben die so viele Arbeitslose...

Diese unverschämte und lächerliche Argumentation kann nicht davon abbringen, daß den Arbeitern in Italien und hier nur der einheitliche Kampf weiterhilft. Lineare Lohnforderungen sind daher und bleiben daher richtig.

JUGENDVERTRETERGESETZ:

Absicherung der Ausschlusswelle

In den beiden letzten Jahren haben die Kapitalisten versucht, die stärker werdenden Kämpfe vor allem der Arbeiterjugend dadurch einzudämmen, daß sie allein 1973 800 Jugendvertreter, darüberhinaus zahlreiche Vertrauensleute und Lehrlinge, die als Sprecher und Wortführer der Arbeiterjugend aufgetreten sind, nach Abschluß ihrer Lehre entlassen haben. Mit dem Beginn der Krise verstärken sich erneut die Versuche der bürgerlichen Klasse, auf diese Weise mit dem Knüppel gegen die Arbeiterjugend vorzugehen, denn bereits im Dezember wurde vielen jungen Arbeitern, die im Februar oder März auslernen, mitgeteilt, daß sie "leider" nicht in ein Arbeitsverhältnis übernommen werden sollen. Die bürgerlichen Politiker im Bundestag hatten es eilig, noch vor Jahresende mit der Verabschiedung des sogenannten "Jugendvertretergesetzes" im Bundestag diese Ausschlußwelle abzusichern, das juristisch verklausuliert den alten Zustand der besonderen Rechtlosigkeit der Arbeiterjugend festhält. Und das wollen sie noch als rechtliche Verbesserung verkaufen.

DAS NEUE JUGENDVERTRETERGESETZ SOLL ENTLASSUNGEN ABSICHERN

Im einzelnen besteht das am 6. Dezember im Bundestag verabschiedete Gesetz in einem Zusatz zum § 78 des Betriebsverfassungsgesetzes und regelt den "Schutz Auszubildender in besonderen Fällen". Zum einen wird darin die Mitteilungspflicht verankert: Will ein Kapitalist Jugendvertreter nach der Lehre entlassen, muß er das drei Monate vorher schriftlich mitteilen. Zum anderen soll einem Jugendvertreter, wenn er es "verlangt", die Weiterbeschäftigung nach der Lehre gesichert sein. Lediglich diese Seite des Gesetzes wurde von der bürgerlichen Presse dargestellt, die den Spielraum der Kapitalisten um Weniges verengt, einen verstärkten Kündigungsschutz für Betriebsräte, Jugendvertreter und Vertrauensleute bringt das Jugendvertretergesetz aber nicht.

Denn jederzeit können die Kapitalisten vor dem Arbeitsgericht dagegen vorgehen, "wenn Tatsachen vorliegen, aufgrund derer dem Arbeitgeber unter Berücksichtigung aller Umstände die Weiterbeschäftigung nicht zugemutet werden kann." Es wird den Kapitalisten nicht schwerfallen, vor ihren Gerichten die Unzumutbarkeit von jungen Arbeitern nachzuweisen. Ob nun "bedauerlicherweise" keine Arbeitsplätze mehr da sind, ob nun die "Basis für vertrauensvolle Zusammenarbeit" zerstört ist, oder ob einfach Meister auftreten und sich weigern, Lehrlinge in ihre Abteilung zu nehmen, "weil sie Unruhe verbreiten".

Unter dem Mantel des verstärkten Kündigungsschutzes sollen die Rausschmisse von fortschrittlichen Arbeitervertretern abgesichert werden, nur eben, daß diese schlichte Tatsache in die von den bürgerlichen Spitzbuben erdachte Kompliziertheit der bürgerlichen Gesetze verpackt wurde.

WELCHE MASSNAHMEN MÜSSEN ERGRIFFEN WERDEN?

Wenn man sich wirksame Maßnahmen gegen die Entlassung fortschrittlicher junger Arbeiter überlegt, darf man keinen Augenblick vergessen, daß die Geschicke der Arbeiterjugend untrennbar mit den Geschicken der gesamten Arbeiterklasse verbunden sind. Es ist sicher, daß wirksame Maßnahmen gegen die Entlassung der Wortführer der Arbeiterjugend nur möglich sind, wenn alle davon erfahren und wenn man nachweist, daß die ganze Belegschaft betroffen ist und daher die gesamte Belegschaft, die gesamte Arbeiterklasse für die Solidarität gewonnen werden muß.

Ebensowenig darf man vergessen, daß zum Kampf nicht bloß die Rebellion gegen die besondere Rechtlosigkeit der Arbeiterjugend und den fehlenden Schutz der Jugendvertreter gehört. Sieht man beschränkt nur auf diese Fußangel und sieht man nicht alle die anderen Knebel und Schlingen, mit denen den Arbeitern die Luft genommen werden soll, dann kann man auch nur begrenzt scharf kämpfen. Der Kommunistische Bund Westdeutschland wird dort, wo Fälle von Entlassungen auftreten, geeignete Maßnahmen zur Verhinderung und Rücknahme der Entlassungen vorschlagen und verstärkt in der Öffentlichkeit Kenntnisse über den Ausschlußterror der Kapitalisten verbreiten. Wir treten dabei für den vollständigen Kündigungsschutz für Betriebsräte, Jugendvertreter und Vertrauensleute und die Übernahme aller Lehrlinge ein.

Zugleich treten wir aber dafür ein, daß alle gesetzlichen Beschränkungen der Betriebs- bzw. Personalräte sowie der Jugendvertreter fallen sollen, daß sie auf der Grundlage freier politischer und gewerkschaftlicher Betätigung im Betrieb für jeden Lohnabhängigen gewählt werden. Daß sie sich bei der Durchführung von Arbeitskämpfen frei betätigen können und keiner Beschränkung unterliegen und ebenso die Friedens- und Schweigepflicht beseitigt wird, die Pflicht zur Zusammenarbeit mit den Kapitalisten und die Verpflichtung auf das Betriebswohl.

Kampf der Entlassung fortschrittlicher Betriebsräte, Jugendvertreter, Vertrauensleute und Lehrlinge!
Weg mit dem reaktionären Jugendvertretergesetz!
Voller Kündigungsschutz für Betriebsräte, Jugendvertreter und Vertrauensleute!
Übernahme aller Lehrlinge!
Weg mit der Friedens- und Schweigepflicht!
Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in der Ausbildung und am Arbeitsplatz!

ÖTV–JUGEND:

Sitzung geplatzt

Mannheim. Am 10.12.73 sollte zwischen dem Kreisjugendausschuß der ÖTV und dem geschäftsführenden Kreisvorstand eine Aussprache stattfinden über "die zukünftige Jugendarbeit" in Mannheim. Um was es wirklich gehen sollte, hatte der Bezirksjugendsekretär von Baden-Württemberg, Lindenlaub, in einer vorangegangenen Kreisjugendversammlung klar gesagt:

Die Forderung der Kreisjugendversammlung nach einer Demonstration zur Durchsetzung der Manteltarifforderungen paßte weder dem Kreisvorstand noch dem Bezirksvorstand. Außerdem wüßte der Bezirksvorstand in Stuttgart mit ziemlicher Sicherheit, daß Mitglieder des KBW im Kreisjugendausschuß arbeiten. Darüber wolle man sich mal in Ruhe unterhalten.

Nachdem in den ÖTV-Jugendgruppen in Mannheim beschlossen wurde, daß diese "Aussprache" für alle Kollegen öffentlich sein sollte, erschienen außer den gewählten Mitgliedern des Kreisjugendausschusses noch etwa 8 Kollegen. Der Kreisvorstand war nicht gewillt, die Öffentlichkeit zu dulden und schloß nach einer Bedenk zeit von 15 Minuten die Sitzung. Lindenlaub und der Bezirksvorsitzende Müller, die extra von Stuttgart nach Mannheim gekommen waren, mußten unverrichteter Dinge wieder nach Hause fahren.

–Zellen im öffentlichen Dienst, Ortsgruppe Mannheim–

Bergbaulehrlinge

FORDERUNG NACH 120 DM FÜR JEDE AUSBILDUNGSSTUFE

Helmstedt. Am 15.11. lud die Jugendvertretung der Braunschweigischen Kohle-Bergwerke die Lehrlinge zu einem Tarifgespräch im Helmstedter DGB-Haus ein. Anwesend waren dann ca. 50 Auszubildende der einzelnen Lehrjahre, die Jugendvertretung sowie der Geschäftsstellenleiter der IGBuE, L.Steinbach.

In der Diskussion wurde von den Lehrlingen erkannt, daß die Lohnforderung nur durchgesetzt werden kann, wenn man eine lineare Lohnforderung aufstellt, ihr geschlossenen Nachdruck verleiht und wenn man die älteren Kollegen in diese Forderung mit einbezieht.

Danach wurde eine Forderung von 120 DM für alle Lehrjahre gleich aufgestellt, die vorher in der Betriebszellenzeitung des 'Sozialistischen Aktionskreises' propagiert worden war. Diese Forderung wurde mit einer Gegenstimme angenommen.

Der Geschäftsstellenleiter der IG Bergbau versuchte diese Forderung lächerlich zu machen und als nicht durchsetzbar hinzustellen. Auch der Jugendvertretervorsitzende R. Eiermann, SPD-Mitglied und Juso, zog sich auf diese Linie der Gewerkschaftsführung zurück, als seine Forderung von 90 DM für alle abgelehnt worden war.

Diesen Angriffen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung müssen wir klar entgegentreten, indem wir unsere eigenen Forderungen aufstellen, fortschrittliche Betriebsräte und Vertrauensleute wählen und uns nur auf unsere eigene Kraft verlassen. Das heißt, daß wir unsere Kämpfe um mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen selbst organisiert durchführen müssen.

–nach einem Bericht der Betriebszelle des Sozialistischen Aktionskreises–

Berufsgrundbildungsjahr

HAMBURGER SCHÜLER NAHMEN DEN KAMPF AUF

Das als Ausbildungsreform gepriesene Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) hat sich für die meisten der betroffenen Schüler als totale Pleite erwiesen.
Das Berufsgrundbildungsjahr als erste Stufe des "reformerischen" Stufenplanes für Lehrlinge soll laut Aussage der Behörde den Schülern, bevor sie sich zu einem Beruf entscheiden, einen Einblick in verschiedene Berufssparten gewähren.
Aufgrund einer Verordnung sind die Unternehmer verpflichtet, die Schüler, die das Berufsgrundbildungsjahr erfolgreich abgeschlossen haben, gleich ins zweite Lehrjahr zu übernehmen.

Auf den ersten Blick sieht das tatsächlich wie ein Fortschritt aus. In Wahrheit führt das Berufsgrundbildungsjahr die Betroffenen jedoch in

EISENBAHNER–JUGEND:

Fälschung

Bremen. Am 18.12.73 fand in Bremen eine Ortsjugendkonferenz der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) statt. Hier wird jedes Jahr ein neuer Ortsjugendausschuß (OJA) gewählt. Diese Ortsjugendkonferenz wurde, ohne daß der 1.Vorsitzende informiert wurde, einberufen: Zwar hatte er die Einladung gekennzeichnet, aber das wußte er selber nicht. Die Einladung war also gefälscht.

Hier wird klar, nach welchen Mitteln die bürgerlichen Machthaber in der Gewerkschaft greifen, um fortschrittliche Kollegen wie zum Beispiel den OJA-Vorsitzenden, aus den Gewerk-

treter nach der Lehre entlassen, muß er das drei Monate vorher schriftlich
man keinen Augenblick vergessen,

zu einem Tarifgespräch im Helmstedter DGB-Haus ein. Anwesend waren dann ca. 50 Auszubildende der einzelnen Lehrjahre, die Jugendvertretung sowie der Geschäftsstellenleiter der IGBuE, L.Steinbach.
In der Diskussion wurde von den Lehrlingen erkannt, daß die Lohnforderung nur durchgesetzt werden kann, wenn man eine lineare Lohnforderung aufstellt, ihr geschlossenen Nachdruck verleiht und wenn man die älteren Kollegen in diese Forderung mit einbezieht.
Danach wurde eine Forderung von 120 DM für alle Lehrjahre gleich aufgestellt, die vorher in der Betriebszellenzeitung des 'Sozialistischen Aktionskreises' propagiert worden war. Diese Forderung wurde mit einer Gegenstimme angenommen.

durchsetzbar hinzustellen. Auch der Jugendvertretervorsitzende R. Eiermann, SPD-Mitglied und Juso, zog sich auf diese Linie der Gewerkschaftsführung zurück, als seine Forderung von 90 DM für alle abgelehnt worden war.
Diesen Angriffen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung müssen wir klar entgegentreten, indem wir unsere eigenen Forderungen aufstellen, fortschrittliche Betriebsräte und Vertrauensleute wählen und uns nur auf unsere eigene Kraft verlassen. Das heißt, daß wir unsere Kämpfe um mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen selbst organisiert durchführen müssen. –nach einem Bericht der Betriebszelle des Sozialistischen Aktionskreises–

EISENBAHNER–JUGEND:
Fälschung
Bremen. Am 18.12.73 fand in Bremen eine Ortsjugendkonferenz der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) statt. Hier wird jedes Jahr ein neuer Ortsjugendausschuß (OJA) gewählt. Diese Ortsjugendkonferenz wurde, ohne daß der 1.Vorsitzende informiert wurde, einberufen: Zwar hatte er die Einladung gekennzeichnet, aber das wußte er selber nicht. Die Einladung war also gefälscht.
Hier wird klar, nach welchen Mitteln die bürgerlichen Machthaber in der Gewerkschaft greifen, um fortschrittliche Kollegen wie zum Beispiel den OJA-Vorsitzenden, aus den Gewerk-

Berufsgrundbildungsjahr
HAMBURGER SCHÜLER NAHMEN DEN KAMPF AUF
Das als Ausbildungsreform gepriesene Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) hat sich für die meisten der betroffenen Schüler als totale Pleite erwiesen.
Das Berufsgrundbildungsjahr als erste Stufe des "reformerischen" Stufenplanes für Lehrlinge soll laut Aussage der Behörde den Schülern, bevor sie sich zu einem Beruf entscheiden, einen Einblick in verschiedene Berufssparten gewähren.
Aufgrund einer Verordnung sind die Unternehmer verpflichtet, die Schüler, die das Berufsgrundbildungsjahr erfolgreich abgeschlossen haben, gleich ins zweite Lehrjahr zu übernehmen.
Auf den ersten Blick sieht das tatsächlich wie ein Fortschritt aus. In Wahrheit führt das Berufsgrundbildungsjahr die Betroffenen jedoch in

eine Sackgasse. Die meisten Unternehmer weigern sich nämlich, die Schüler ins zweite Lehrjahr zu übernehmen. Warum? Die billige Arbeitskraft der Lehrlinge wollen sie lieber drei als zwei Jahre ausbeuten. Da sie gesetzlich aber daran gebunden sind, werden die Schüler überhaupt nicht ins Lehrverhältnis übernommen.

Der Ausweg, den die Unternehmer anbieten, sieht folgendermaßen aus: Sie schlagen den Schülern vor, daß sie kurz vor dem Abschluß der Prüfung die Schule verlassen und sich dann für das erste Lehrjahr bewerben sollen. Für fast alle Schüler bedeutet das den Verlust von einem Jahr. Diejenigen Schüler, die auf den Vorschlag der Unternehmer nicht eingehen und die Schule mit einem erfolgreichen Abschlußzeugnis verlassen, stehen noch schlechter da. Sie finden für den von ihnen gewünschten und angelernten Beruf nicht mal mehr eine Lehrstelle für das erste Jahr. Ihr Ausweg: Entweder werden sie Hilfsarbeiter oder sie fangen in einem völlig anderen Beruf eine Lehre im ersten Jahr an. So sieht die Reform in Wahrheit aus.

Der Schülerrat an der Gewerbeschule 10 in Hamburg Altona (Hamburg 50, Museumsstr.19, für Kontaktaufnahme) hat zu dieser Frage eine Versammlung der betroffenen Schüler mit den Eltern einberufen. Dieser Entschluß war notwendig, nachdem die Schüler und Eltern folgenden Fehler in ihrem Vorgehen erkannt haben: Als die Schüler den Schwindel mit der Verordnung, die sie ins zweite Lehrjahr bringen sollte, merkten, schlossen sie sich nicht zusammen, sondern gingen in Einzelaktionen vor. Was diese Einzelaktionen bei der Behörde, den Kammern, beim Arbeitsamt und der Gewerkschaft gebracht haben, zeigen die Fakten:

Von den 71 Schülern dieser Schule sind nur 8 ins zweite Lehrjahr übernommen worden. 30 Schüler haben eine Lehrstelle gefunden, unter der Bedingung, daß sie vor Abschluß des Schuljahres von der Schule abgehen. 33 sind überhaupt nicht untergekommen. So sieht es an den meisten Schulen aus!

Auf der Versammlung waren etwa 50 Schüler und Eltern anwesend. Die Behörde hat vier Vertreter zur Rechtfertigung ihres Ausbildungsjahres geschickt. Auf den Hinweis eines Anwesenden, daß sich an diesem Beispiel zeigt, daß es der Behörde von vornherein nicht möglich war, ihren Plan tatsächlich im Interesse der Schüler durchzuführen, weil die Unternehmer in ihrer Entscheidung frei sind, reagierte derOberschulratmit dem Satz: "Sie können wohl nicht denken."

Die Behördenvertreter versicherten den Eltern, daß sie sich an die Handelskammer und an den Arbeitgeberverband gewandt hätten (allerdings ohne Erfolg) und daß sie das auch weiterhin tun wollten. Einen Erfolg konnten sie jedoch nicht versichern. Auf die Frage, ob auch für das nächste Jahr wieder eine Klasse geplant sei, obwohl die Behörde jetzt die Sinnlosigkeit des Berufsgrundschuljahrs kenne, antworteten die Behördenvertreter: "Ja, aber natürlich. Das ist doch selbstverständlich!"

Die Anwesenden erkannten, daß sie von der Behörde für die Wahrnehmung ihrer Interessen nichts zu erwarten haben. Es wurde deshalb fast einstimmig der Beschluß gefaßt, daß die Betroffenen selbst den Kampf für die Wahrnehmung ihrer Interessen organisieren müssen. Daraufhin hat sich eine Initiativgruppe gebildet, die Kontakt zu den anderen Schulen aufnimmt, um den Kampf gegen das Berufsbildungsgrundjahr und den Stufenplan gemeinsam zu führen.

schaften rauszuhalten. In diesem Fall bedienten sie sich der Urkundenfälschung. Daß die Gewerkschaftsführung auch noch massenfeindlich ist, das wird klar, wenn man bedenkt, daß es bei der Bundesbahn in Bremen die meisten jugendlichen Arbeiter gibt (ca. 190 Auszubildende), wovon natürlich keiner auf der Veranstaltung war. –CDO

Betriebszelle Bundesbahn des KBW Ortsgruppe Bremen–

Forderungen in der HBV

Wiesbaden. Auf der Jugendversammlung der Sanitärgroßhandlung CALMANO am 4. Januar 74 wurde in Anwesenheit des Geschäftsführers der Gewerkschaft HBV Wiesbaden, Ahrendt, folgendes beschlossen:

- 200 DM für alle Lohn- und Gehaltserhöhung;
- 300 DM Urlaubsgeld mehr;
- ein volles 13. Monatsgehalt;
- gleicher Lohn für gleiche Arbeit;
- Übernahme aller Lehrlinge ins Arbeitsverhältnis;
- Kündigungsschutz für alle Interessenvertreter der Kollegen.

Streikbereitschaft abgefragt

GESINNUNGSSCHNÜFFELEI BEI FACHARBEITERPRÜFUNGEN

Einer meiner älteren Kollegen, die jetzt ihre Facharbeiterprüfung nach drei Jahren Lehre ablegen müssen, hat mir nach seiner Prüfung den Fragebogen für das Fach Politik gegeben (Abdruck nebenstehend).

Ihr könnt schon in der ersten Frage sehen, welchen Sinn diese Facharbeiterprüfung haben soll.

Zum ersten Mal, so jedenfalls sagten viele Kollegen, die in dieser Prüfung waren, seien die Prüfungen in der für jedermann so eindeutigen Absicht vorgenommen worden, zu untersuchen, wie weit das "Streikfieber" schon die jüngeren Kollegen erfaßt habe, die der Nachwuchs der Arbeiterklasse sind. Jeder Prüfling sah erstmal im Vordergrund, daß es darum geht, streikbereite Kollegen namhaft zu machen (schwarz auf weiß). Die Reaktion war dann die, daß ausnahmslos jeder auf eigene Faust an allen möglichen Sätzen rumdokterte, um seine wirkliche Gesinnung zu verbergen. Einige haben "Ja - aber" -Formulierungen gebraucht, andere haben geschrieben, sie seien auf jeden Fall gegen Streik.

Wenn man aber genau hinschaut, dann sieht man, daß die Bourgeoisie die Hosen voll Scheiße haben muß, daß sie auf solche lächerlichen Mittelchen zurückgreifen muß, um die Statistik zu frisieren. Der einzige Sinn dieser Geschichte kann doch nur der sein, daß sie sich bei einer Rebellion der Arbeiter hinstellen und sagen: "Ihr streikt ja gegen den erklärten Willen der Mehrheit der Bevölkerung, ja sogar der Mehrheit in euren Reihen. Wir haben es hier schwarz auf weiß: In den Facharbeiterprüfungen haben alle geschrieben undsoweiter undsofort."

Nicht wenige der Kollegen haben Überlegungen angestellt, wie man alle zusammenkriegen kann, um dasselbe zu schreiben, zum Beispiel für den Streik. Das ist ein zweiter Beweis dafür, daß subjektiv auch die Bereitschaft vorgelegen hat, wenn irgend möglich die Wahrheit zu schreiben. Da war aber die Angst vor Schwarzen Listen und späteren Entlassungen bzw. Nichteinstellung. Wenn allen klargewesen wäre, daß die Zeit vorbei ist, wo die geschickteste und "glaubwürdigste" Formulierung gegen den Kampf der Arbeiterklasse Repressalien der Kapitalisten abmildert, hätten sicherlich alle dahintergestanden und die Wahrheit geschrieben. Wenn es möglich ist, dann nehmt diesen Fall in die neue KVZ auf, damit alle anderen Kollegen im ganzen Bundesgebiet sich damit auseinandersetzen können.

–HR, Hamburg

FRAGE 1 DES FRAGEBOGENS:

1. Ende dieses Jahres und zu Beginn des nächsten Jahres werden eine Reihe von Tarifverträgen auslaufen. Bereits heute scheint sicher, daß von den Gewerkschaften 12–18 % Lohnerhöhungen verlangt werden. Diese Lohnerhöhungen werden vielleicht nur durch Streiks zu erreichen sein.

Was erwarten Sie für sich selbst von einer derartigen Lohnerhöhung?

Wie würden Sie einen vielleicht mehrere Wochen oder sogar Monate dauernden Streik gegenüber der Gesellschaft (übrige Bevölkerung) begründen?

Welche Auswirkungen können Streik und Lohnerhöhung auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung haben?

14. Stillegung

AUERDRUCK HAMBURG/MORGENPOST

Bei dem Hamburger SPD-eigenen Betrieb Auerdruck, der vor allem die "Hamburger Morgenpost", einige Anzeigenblätter und eine Reihe von Sexpostillen druckt, sind Massenentlassungen angekündigt, wenn nicht sogar Stillegungen – das wäre die 14. bei SPD-eigenen Druckbetrieben.

Wenn es nach Geschäftsführer Nevermann und dem Betriebsrat gegangen wäre, hätte eine Betriebsversammlung bestenfalls im Januar oder Februar, nach Abschluß aller Verhandlungen, stattgefunden, um den Kollegen ein fertiges Ergebnis zum Schlucken anzubieten.

Anfang Dezember schon hatte die Geschäftsleitung mit dem Argument "Arbeitsmangel" sieben besonders unbequeme oder "entbehrbare" Kollegen die Kündigung ins Haus geschickt. Die Belegschaft sammelte für eine Protestresolution mit der Forderung: "Zurücknahme aller Kündigungen" über 140 Unterschriften, was ausreichte, um eine außerordentliche Betriebsversammlung zu erzwingen. Während aus "Termingründen" die außerordentliche Betriebsversammlung noch um eine Woche verschleppt wurde bis kurz vor Weihnachten, rückte die Geschäftsleitung mit ihren weiteren Plänen heraus:

- Stillegung mehrerer "unproduktiver" Abteilungen,
- Zusammenlegung von Buch- und Offsetbelegschaft, das heißt Halbierung,
- starke Personaleinsparungen im Setzbereich.

Jeder Kollege konnte sich ausrechnen, daß das zusammen über 100 Entlassungen ausmachte, 25 % der Belegschaft.

Auerdruck, mit der Morgenpost, wäre die 14. Stillegung, die die SPD durchzieht, wobei der Sonderbeauftragte der SPD für Druckereistillegungen, zum Beispiel "Telegraf", "Nachtdepesche" Berlin, niemand anders als der derzeitige Geschäftsführer Nevermann ist.

Dementsprechend war die Beteiligung auf der außerordentlichen Betriebsversammlung sehr hoch.

Ein klassenbewußter Kollege führte die Frage "Muß Auer wirklich entlassen?" zurück auf die Tatsache, daß die Auer-Kapitalisten genau wie jeder andere Kapitalist handeln, auch wenn sie das SPD-Parteibuch in der Tasche haben – gerade in der Krise, was von dem überwiegenden Teil der Kollegen durch Beifall unterstützt wurde. Die Geschäftsleitung selber schaffte reinen Tisch darüber, daß die SPD "nicht bereit sei, von ihren Mitgliederbeiträgen da etwas reinzubuttern." (Nevermann) Der Kollege stellte auch den Betriebsrat zur Rede, der von Anfang an auf einen Sozialplan, nicht aber auf Abwendung der Entlassungen hingearbeitet hatte. Der Betriebsrat, dem zum Beispiel auch die Chefsekretärin und innige Vertraute des Geschäftsführers Dr. Nevermann angehört, wurde gefragt, woher er das Vertrauen in die Geschäftsleitung nehme, nach allem, was vorgefallen ist. Als auch er klar und deutlich sagte, daß er die Entlassungen für notwendig hält, wußten die Kollegen, woran sie waren.

Da half auch der Auftritt von Heinz Wolf, Ortsvereinsvorsitzender der IG Druck und Papier Hamburg, als "Stifter" des Sozialplans nichts. Als er auf Fragen der Kollegen die aussichtslose Situation auf dem Arbeitsmarkt im graphischen Gewerbe schildern mußte, wo heute schon 30 offene Stellen 50 suchenden Kollegen gegenüberstehen, mußte er sich die Frage gefallen lassen, warum die Gewerkschaftsführung nicht bereit ist, gegen Entlassungen, Kurzarbeit und Rationalisierungen vorzugehen, – zum Beispiel mit einer Demonstration.

Auf das Angebot seinerseits, die Finanzlage des Unternehmens noch einmal durch einen gewerkschaftlichen Sachverständigen prüfen zu lassen, antworteten die Kollegen: "Aber nur, wenn er kein SPD-Parteibuch hat." Seine Ablehnung von gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen begründete Wolf damit, daß dann "sämtliche Arbeitsplätze gefährdet sind." Deutlicher ging es nicht.

Im Kampf gegen die drohende Stillegung bei Auer und das gesamte Krisengeschäft der Kapitalisten müssen die Arbeiter zu weitergehenden Kampfformen greifen. So wurde von Auer-Kollegen auf der letzten Delegiertenversammlung der IG Druck vorgeschlagen, eine Protestdemonstration aller Hamburger Druckbetriebe zu organisieren und die gewerkschaftliche Kampfkraft gegen die Gefährdung ihrer Existenz einzusetzen. Wie nicht anders zu erwarten, kam der größte Widerstand vom Gewerkschaftsvorstand Heinz Wolf, der sich eifrig bemühte, die aufkommende Kampfstimmung wieder abzuwürgen.

SPD organisiert Schreitrupps

BETRIEBSVERSAMMLUNG BEI BLAUPUNKT, HILDESHEIM

Hildesheim. Die Betriebsversammlungen waren von ellenlangen Ausführungen der sozialdemokratischen Betriebsräte und der Geschäftsleitung über die sogenannte Ölkrise, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit geprägt. Die sogenannte Ölkrise wurde als Vorwand benutzt, um die Krise des Kapitalismus, die Krise im eigenen Land, die durch Überproduktion entstanden ist, zu überspielen und der sogenannten Ölkrise die Schuld an Kurzarbeit und Massenentlassungen zu geben. Darin gaben sich Betriebsrat und Geschäftsleitung redlich Mühe. Von der 2 Stunden langen Versammlung wurde mindestens eine Dreiviertelstunde von "Ölkrise" und deren Auswirkung auf den Betrieb gesprochen. Der sozialdemokratische Betriebsrat ging in der Planung der Versammlung sehr genau vor. Erstens setzte er den Zeitpunkt eine Woche vor Weihnachten fest, um sicher zu sein, daß eine friedliche Stimmung herrscht. Zweitens redeten die Betriebsräte so lange, daß der größte Teil der Kollegen kurz vorm Einschlafen war. Drittens waren organisierte Schreitrupps da, die einen bekannten fortschrittlichen Kollegen einschüchtern sollten und von vornherein Stimmung gegen den Kollegen machen, indem sie, noch bevor er zu Wort kam, "aufhören" und Buhrufe ertönen ließen. Letzteres hatte auch den Zweck, andere Kollegen einzuschüchtern und von einer Meinungsäußerung fernzuhalten.

Der Kollege nahm sich aber doch das Wort und deckte die Hintergründe der der sogenannten Ölkrise und die Krise im eigenen Land auf. Er wurde in seiner Rede mehrmals vom Betriebsratvorsitzenden unterbrochen unter Androhung ihm das Wort zu entziehen; mit der Begründung, das alles sei außerbetrieblich und habe auf einer Betriebsversammlung nichts zu suchen. Außerdem wurde das Mikrofon mehrmals leiser gestellt.

Der Kollege wies jedoch darauf hin, daß die gesamte Krisenentwicklung letztenendes doch im Betrieb, z.B. durch Kurzarbeit und Massenentlassungen, zu spüren sei. Die Lage spitzte sich dann so zu, daß der Kollege auf Probleme in der Abteilung, in der er arbeitet, ausweichen mußte, um das Wort nicht entzogen zu bekommen, wie es einem anderen Kollegen ging, der auf solche Angriffe der Sozialdemokraten nicht vorbereitet war.

Hieraus läßt sich deutlich schlußfolgern, wie die Sozialdemokraten in Krisenzeiten offen auf die Seite des Kapitals treten, denn die Geschäftsleitung brauchte nicht einzugreifen – ihre Interessen zu wahren, besorgten die Sozialdemokraten.

–Blaupunkt-Zelle Hildesheim, J.H.–

IG Bergbau Mitgliederversammlungen

SPD–FUNKTIONÄRE HETZEN GEGEN KOMMUNISTEN

In der IG Bergbau steht die Tarifrunde an. Wir drucken hier einen Bericht über 2 Mitgliederversammlungen in Auszügen ab.

Helmstedt. Rund 250 Kollegen (die höchste Beteiligung in den letzten Jahren) waren auf der Mitgliederversammlung anwesend. L. Steinbach, der Geschäftsstellenleiter der IG Bergbau und Energie (IGBuE), redete zu der bevorstehenden Tarifrunde bei den Braunschweigischen Kohlen-Bergwerken (BKB).

Dabei kam er auf unsere Betriebszeitung, den "Braunkohlenkumpel" zu sprechen. Die ganze Hetze, die er auf uns und unsere Zeitung losließ, endete damit, daß er sagte, diese Leute hätten kein Recht, eine Betriebszeitung herauszugeben und diese Zeitung auch noch den "Braunkohlenkumpel" zu nennen. Das Recht, die Meinung der BKB-Kollegen zu vertreten, hätte lediglich die IGBuE. Er fuhr in seiner Rede fort, indem er erklärte, die IGBuE hätte die Tarifrunden bei den Braunschweigischen Kohlen-Bergwerken immer sachlich und nüchtern angepackt und durchgeführt, und die IGBuE würde sich nicht durch "Außenstehende" daran hindern lassen. Abschließend gab er an, daß die IGBuE vom Vorstand der BKB ein Annehmen der 15 %-Forderung verlangt.

In der anschließenden Diskussion sprachen sich die meisten Kollegen für eine lineare Lohnforderung aus, die von Steinbach als utopischer Unsinn dargestellt wurde. Er begründete seine Äußerung, indem er sagte, die Kollegen sollten sich einmal wirklich mit der Materie beschäftigen, dann würden sie ebenfalls seiner Meinung sein. Im Klartext heißt das nichts anderes als den Kollegen vorzuwerfen, sie hätten keine Ahnung davon, was für sie gut und richtig ist und was nicht.

Auch der Vertrauensmann Dieter Scheil (SPD-Stadtratsmitglied) machte sich in dieser Diskussion stark. Er verschrie den "Braunkohlenkumpel" noch schlimmer als sein Duzfreund L. Steinbach. Er sagte: "Die Leute, die die Flugblätter und Zeitungen vor dem Werkstor verteilen, bezeichne ich als Chaoten, weil ich diese Leute persönlich kenne. Sie reden immer von Massenbasis und sind selbst nur wenige, die später über unsere Köpfe hinweg bestimmen wollen.

Neu-Büddenstedt. Das Referat L. Steinbachs deckte sich mit dem in Helmstedt, nur die Diskussion verlief hier anders. Hier wurde die Forderung von 1,20 DM für alle, die die BKB-Zelle in der Betriebszeitung propagiert hatte, von den meisten anwesenden Kollegen vertreten und als richtig angesehen. Doch auch hier versuchte L. Steinbach die Forderung zu zerschlagen, indem er sagte, es wäre durch die analytische Arbeitsplatzbewertung unmöglich, eine lineare Forderung aufzustellen, das würde nur spalten.

Den "Braunkohlenkumpel" und dessen Verfasser beschimpfte er diesmal so: "Das sind alles Fantasten und Theoretiker, die keine Verbindung zum Betrieb haben!" Als ein Kollege aufstand und sich hinter die Forderungen des "Braunkohlenkumpels" stellte, wurde er von L. Steinbach beschimpft, der sagte: "Es ist kein Wunder, daß Du Dich mit diesen Forderungen identifizierst, Du bist ja auch einer von denen." Als der angegriffene Kollege sich rechtfertigen wollte, wurde versucht, ihm das Wort zu entziehen. Dieses Vorgehen wurde von den anwesenden Kollegen mit Buhrufen mißbilligt.

L. Steinbach sowie D. Scheil verschrieen uns deshalb, weil Kommunisten für sie eine Gefahr bedeuten. Eine Gefahr insoweit, als die Kollegen klarwerden kann, wie gefährlich es ist, der arbeiterfeindlichen Linie dieser und ähnlicher Leute zu folgen.

–BKB-Betriebszelle des Sozialistischen Aktionskreises, i.A. G.F.–

„Ölkrise":Vorwand für Lohndrückerei

VW–WERK WOLFSBURG: BETRIEBSVERSAMMLUNG

Das dürfte fast allen Kolleginnen und Kollegen des VW-Werkes Wolfsburg auf der Betriebsversammlung am 17.12.73 klargeworden sein. Der Betriebsrat und der Vorstand des VW-Werkes ergänzten sich gegenseitig in ihren Berichten zur Situation des Werkes und für die Zukunft.

Es wurde ihnen ein zweistimmiger Gesang über die miserable Lage des Werkes und die sorgenvolle Zukunft, verursacht durch die "Ölkrise" vorgetragen. Die Interpreten waren der Betriebsratsvorsitzende Ehlers und der Vorstandsvorsitzende der VW AG, Leiding.

Daß der Betriebsratsvorsitzende dabei nicht ganz offen auf die Seite der Kapitalisten treten konnte, lag an seinem Posten als Gewerkschafter; er durfte sein Gesicht nicht ganz verlieren. Aber auch so war es deutlich genug. Ein Kollege stellte in der Aussprache ganz richtig fest: Bei den Berichten von Betriebsrat und Vorstand waren großteils vertauschte Rollen. Der Betriebsrat hat teilweise einen Bericht des Vorstandes gegeben und umgekehrt.

DIE "ÖLKRISE" DIENT ZUR LOHNDRÜCKEREI

Gerade diese Betriebsversammlung, ganz kurz vor den Tarifverhandlungen, diente der Gewerkschaftsführung am Orte und der VW AG dazu, noch einmal dazulegen, wie gut unser Wirtschaftssystem sei, und daß es mit vereinten Kräften auch über die "Ölkrise" hinwegkommen werde. Zwar gab der Betriebsrat zu, daß durch die "Ölkrise" einige wenige große Geschäfte machten, aber das wären Schönheitsfehler.

Die sogenannnte Energiekrise und die Araber wurden dazu benutzt, schwarze Wolken über das Werk zu ziehen. Dabei ergänzten sich der Betriebsrat und Leiding ganz deutlich. Er gab große Sorgen seinerseits über das Wohl und Wehe zu hören, und ließ sich dann dazu "hinreißen", ins Mikrofon zu brüllen: "Ich bin es leid, immer nur Forderungen zu hören, das geht nicht." Eine gute schauspielerische Leistung, die seine Sorgen noch deutlicher darstellen sollte. Etwas später ließ er dann die Katze aus dem Sack, er forderte die Belegschaft auf, keine übermäßigen Forderungen zu stellen, da sonst die Beschäftigungslage nicht mehr gesichert sei.

Auf der diesjährigen Betriebsversammlung wurde wieder das Geschäft mit der Angst versucht. Außerdem sollte hier schon wieder die Zusammenarbeit von Arbeiterklasse und Kapitalisten in der Belegschaft manifestiert werden.

DIE AUSSPRACHE ENTLARVTE DIE MANÖVER VON BETRIEBSRAT UND LEIDING

Viele Kollegen kritisierten in der Aussprache das Gerede von Lohnverzicht, Zusammenarbeit mit dem Kapital und der Unterdrucksetzung mit der Krise. Das kam besonders in den Diskussionsbeiträgen zu der Tarifrunde zum Ausdruck.

Obwohl die Betriebsratsfürsten alles taten, um eine Diskussion darüber zu verhindern, fand gerade dieses Thema starke Resonanz bei den Kolleginnen und Kollegen. Es wurde die Forderung nach linearer Lohnerhöhung von 250 DM im Monat bzw. 1,50 DM pro Stunde, sowie nach Vorweganhebung von 60 DM bzw. 33 Pfennig aufgestellt. Während der Aussprache wurde dargelegt, was es für die Arbeiterklasse heißt: Zusammenarbeit mit dem Kapital, wurde gesagt, was es mit der sogenannten Ölkrise auf sich hat.

ZWANGSURLAUB DIENT ZUR KNEBELUNG UND SPALTUNG DER BELEGSCHAFT

Der Betriebsratsvorsitzende begründete in seinem Rechenschaftsbericht die drei Tage Zwangsurlaub am 2., 3. und 4. Januar mit vorbeugenden Maßnahmen gegen die Ölkrise und damit, daß noch ein großer Teil der Kollegen genügend Urlaub des Jahres 1973 aufgespart habe. Das Ziel ist klar: Die Belegschaft soll so an Maßnahmen zur "Rettung" des Unternehmens gewöhnt werden.

Während aber die Produktion steht, können fast alle Facharbeiter auf angeblich freiwilliger Basis arbeiten (wenn sich nicht genügend Kollegen finden, wird vom Abteilungsleiter verfügt, wer arbeiten muß). So werden wieder die Facharbeiter von den Produktionsabteilungen gespalten.

Gerade vor den Tarifverhandlungen – ein geschickter Schachzug von Leiding, Ehlers und Co. So bereiten sich die Kapitalisten auf die heraufziehende Krise vor.

Wie wenig Ehlers um die Einheit der Arbeiterklasse bemüht ist, zeigt auch seine Freude darüber, welch guten Vorstand das VW-Werk hat. Dank kluger Modellpolitik steht VW besser da als Opel und Ford. Aber als Arbeiter können wir uns nicht hinstellen und über die gelackmeierten Kollegen bei Opel und Ford lachen, sondern müssen die Gesamtsituation im Auge haben. Morgen kann es das VW-Werk genauso treffen. Krisen im Kapitalismus sind zwangsläufig und unkontrollierbar. Als Arbeiter müssen wir die Wurzel des Übels erkennen und rausreißen. Die Wurzel des Übels hat den Namen Kapitalismus. Erst wenn wir die Wurzel vernichtet haben und uns unseren eigenen Staat aufbauen, können wir das Wort Krise vergessen. Im übrigen steht bereits fest, daß die Kollegen im Werk Hannover kurzarbeiten müssen.

WER SICH GEGEN DIE KAPITULATIONSPOLITIK DER GEWERKSCHAFTSFÜHRUNG WENDET WIRD VERLEUMDET UND BEDROHT

Als letzter Redner in der Aussprache ergriff der 1. Bevollmächtigte der IGM-Ortsverwaltung Wolfsburg, Bernhard Tyrakowski, das Wort. Er war angesetzt gegen fortschrittliche Kollegen.

Als erstes brachte er massive Angriffe gegen unsere Betriebszeitung, die "Zündkerze" vor. Wir würden versuchen, die IGM zu zerstören, würden die Kollegen für dumm halten und ihnen eine Meinung aufzwingen. Aber wir Kommunisten greifen nicht die IGM an, sondern die sozialdemokratischen Führer der IGM. Wer hier wem eine Meinung aufzwingen will, zeigen die IGM-Führer bei jeder Tarifrunde aufs Neue. Erst die Kollegen aus jeder Meinungsbildung herauszuhalten suchen, dann vor vollendete Tatsachen stellen, jede Diskussion darüber verhindern, keine Abstimmung über die Annahme von Ergebnissen zulassen, das ist die Praxis dieser Gewerkschafter.

Aber darum ging es Tyrakowski nicht in der Hauptsache. Er versuchte fortschrittliche Kollegen, besonders Vertrauensleute, massiv einzuschüchtern. Jeder der nicht eintritt für die Kapitulationspolitik der Gewerkschaftsführung, sondern für die Interessen der Arbeiter, soll durch Ausschlußdrohung eingeschüchtert werden. Nicht umsonst fiel dieser Wortbeitrag in einer Zeit, wo immer mehr Menschen klar wird, daß der Kampf der Arbeiter das einzige Mittel ist, ihre Interessen durchzusetzen.

Daß der IGM-Bevollmächtigte die schärfsten Angriffe und Verleumdungen gegen uns Kommunisten richtet, liegt daran, daß wir am entschiedensten für eine Gewerkschaftspolitik im Interesse der Werktätigen kämpfen. Damit die Kapitalisten Ruhe im Betrieb haben, ist solchen Sozialdemokraten jedes Mittel recht.

–Zelle VW des KBW Ortsgruppe Wolfsburg/ Gifhorn–

Schwere Vergiftungen bei Chemiearbeitern

BEI DYNAMIT NOBEL SIND MINDESTENS 40 ARBEITER ERKRANKT

Ende des letzten Jahres wurde in der Presse berichtet, daß mindestens 40 Arbeiter der Dynamit Nobel AG in Troisdorf bei Bonn bei der Herstellung des Kunststoffes PVC schwere gesundheitliche Schäden mit Gefahr des frühzeitigen Siechtums und Tod davongetragen haben.

Die Herstellung von PVC (Polyvinylchlorid) gelang zum erstenmal 1878. Seit ca. 30 Jahren wird PVC in großem industriellem Ausmaß hergestellt, im letzten Jahr beinahe 1 Million Tonnen alleine in der BRD, zum Beispiel als "Hostalit" der Farbwerke Hoechst oder als "Vinoflex" der BASF.

Obwohl den Ärzten seit Jahrzehnten bekannt ist, wie giftig das bei der Produktion verwandte Gas Vinylchlorid ist, obwohl in der Sowjetunion bereits 1949 von Leberschädigungen berichtet worden war und weitere Veröffentlichungen in Rumänien 1963, in Frankreich 1966 und 1967 sowie in England und den USA in den Jahren 1967–71 folgten, wurden in der BRD keine Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Schäden für die Arbeiter ergriffen. Lediglich die "maximale Arbeitsplatzkonzentration" (MAK) wurde mehrfach gesenkt. Diese Werte werden aber in jedem Fall so festgesetzt, daß durch eventuelle Arbeitsschutzmaßnahmen die Profite der Kapitalisten nicht angegriffen werden. Und selbst diese willkürlichen MAK-Werte wurden nicht durch regelmäßige Gaskonzentrationsmessungen am Arbeitsplatz wirksam kontrolliert.

Auch jetzt, nachdem durch die Presseveröffentlichungen die Angelegenheit nicht mehr länger togeschwiegen werden kann, versuchen die Kapitalisten das wahre Ausmaß der Katastrophe herabzusetzen. Bei den Farbwerken Hoechst und bei der BASF sollen keine Erkrankungen aufgetreten sein. obwohl sich der Produktionsprozeß dort auch nicht anders abspielt als bei der Dynamit Nobel AG: Das Vinylchloridgas wird durch Druck in Überdruckkesseln (Autoklaven) verflüssigt und zu Pulver komprimiert, wobei PVC entsteht. An mehreren Stellen kann dabei das hochgiftige Gas austreten: an Kesselventilen, am Autoklaven. Am stärksten gefährdet sind. die Arbeiter, die die Autoklaven reinigen. Sie klagen fast alle über dauernden Schwindel und Kopfschmerzen. Bei Dynamit Nobel sind 40 Arbeiter von 300 aus der PVC-Produktion erkrankt. Ein Kranker berichtet, daß fünf seiner Leidensgenossen gestorben sind. (Westfälische Rundschau, 19.12.73)

Soweit bisher bekannt, scheinen die Vergiftungen nahezu alle Organe zu befallen. Sie führen vor allem zu Hautveränderungen an den Fingern, die bis zur Auflösung der Knochen gehen können, zu Bindegewebsvermehrung in Leber und Lunge, zu schweren Störungen der Blutgerinnung und Blutbildung und zu Nervenschädigungen. Arbeitsunfähigkeit und Frühberentung sind die sichere Folge, die Arbeiter sterben viel früher.

Werksleitung und Betriebsrat der Dynamit Nobel AG erklärten zynisch, die Arbeiter seien über diese Enthüllungen kaum beunruhigt, keiner hätte seinen Arbeitsplatz wechseln wollen. Bei der Reinigung der Autoklaven mit der Hand aber sind größtenteils ausländische Arbeiter angestellt, die nicht auf die Gefährlichkeit der Arbeit hingewiesen worden sind.

Die Kollegen bekommen keine Risikozulage. Die Kapitalisten erklären trotz der Toten und der Erkrankten: nicht erwiesen, ob Berufskrankheit! Diese Leute gehören in die PVC-Produktion!

Die Produktion von PVC darf nur unter vollständigen Sicherheitseinrichtungen erfolgen.

Es kann nicht im Interesse der Arbeiterklasse sein, wenn ein in seiner Gesundheit geschädigter Arbeiter einfach durch einen gesunden ersetzt wird, der nach einiger Zeit bei unveränderten Arbeitsbedingungen ebenfalls krank werden muß. Im Interesse der Arbeiterklasse ist es, die Produktionsbedingungen so zu verändern, daß keine Gesundheitsschädigungen entstehen können. Dabei helfen ihr weder die Kapitalisten noch SPD-Gewerkschafter oder -Betriebsräte, die das Interesse der Arbeiterklasse zugunsten einer Zusammenarbeit mit den Kapitalisten mit den Füßen treten. Sie muß ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen.

Die Kommunisten kämpfen deshalb für klassenbewußte, kampfstarke Gewerkschaften und fordern:

Übergabe der Kontrolle über die Sicherheit der Belegschaft und über das betriebliche Gesundheitswesen an den Betriebs- bzw. Personalrat. Überbetriebliche Überwachung des Arbeitsschutzes durch die Gewerkschaften und die selbstverwalteten Sozialversicherungen. Auswahl und Einstellung des gesamten Sanitätspersonals ausschließlich durch den Betriebs- bzw. Personalrat. Bestreitung der Kosten durch den Kapitalisten; sofern es sich um staatliche Betriebe oder Einrichtungen handelt, durch den Staat. (aus dem Programm des KBW).

–H.V.–

Postgebühren werden erhöht

Am 19. Dezember hat die Bundesregierung Gebührenerhöhungen bei der Post beschlossen. Der Postverwaltungsrat wird am 25. Januar darüber endgültig beschließen. Am 1. Juli sollen teurer werden:

Brief von 40 Pfennig auf 50 Pfennig,
Postkarten von 30 Pfennig auf 40 Pfennig,
Pakete (erste Entfernungsstufe) von 2,20 Mark auf 3,10 Mark,
Päckchen von 1,50 Mark auf 2 Mark,
Telefongrundgebühr von 26 Mark auf 32 Mark,
Gesprächseinheit von 21 Pfennig auf 23 Pfennig,
Telefoneinrichtungsgebühr von 120 Mark auf 200 Mark.

Ab 1975 soll auch der Postanweisungs- und Zahlkartendienst teurer werden.

Wenn die Gebührenerhöhungen wirksam werden, haben sich das Briefporto in drei Jahren um 66 % und die Telefonanschlußgebühren um 122 % verteuert.

Die breite Masse der werktätigen Bevölkerung soll geschröpft werden. Der Grund für diese Erhöhungen sollen die "Personalkosten" sein. Aber
– im Fernmeldebereich stieg die Verkehrsleistung von 1962 bis 1970 um 120 %, der Personalbestand dagegen nur um 19 %;
– im gesamten Bereich der Post sinkt die Zahl der Beschäftigten um 5 000 jedes Jahr (nach KVZ Nr.7).

Was der Post am Jahresabschluß fehlt, ist in die Tasche der Kapitalisten gewandert:
– Im Zeitungsdienst zum Beispiel entstand 1973 durch die Sonderdienste für Großverlage wieder 600 Millionen DM Verlust.
– Die großen Versandhäuser (Neckermann und Quelle) machen den dicken Reibach. Der Post entstehen hier täglich Verluste von 1 Million DM.

Was die Post von den Kapitalisten bezieht, zum Beispiel jährlich für 1 Milliarde DM Kabel, wird von wenigen Firmen bezogen, die die Preise diktieren. Die Schulden der Post stiegen von 1962 bis 1972 von 6 auf 30 Milliarden DM.

Die Postgebühren sollen erhöht werden, damit die Post weiter für die Kapitalisten und ihre Gewinne funktioniert.

Die Zustimmung des Postverwaltungsrates ist gewiß: Neckermann führt hier den Vorsitz und "führende Vertreter des öffentlichen Lebens", zum Beispiel Schickedanz von Quelle, stimmen mit Zweidrittelmehrheit ab.

Ab 1. Januar werden die Fernseh- und Rundfunkgebühren von 8,50 DM auf 10,50 DM erhöht. Der Hörfunk von 2,50 DM auf 3,00 DM. 1975 soll der nächste Antrag auf Erhöhung der Gebühren erfolgen. Wer steckt die Gebühren in die Tasche? Sicher nicht die Mehrheit der einfachen Mitarbeiter. In diesem Sumpf von Beziehungen und Vetternwirtschaft blüht das Spesen- und Geschäftewesen.

Das Fernsehen beispielweise schließt Verträge mit Fernsehfilmgesellschaften, die Springer, dem Stern und anderen Großverlagen gehören. Dafür streichen sie die dicken Gelder ein. In den Verwaltungsräten sitzen Politiker, die für ein paar Stunden im bequemen Sessel sitzen die Tausender einstreichen. Der Fernsehzuschauer soll diesen Leuten den Pott füllen, aus dem sie freigebig sind und ihren Freunden die Taschen füllen.

–A.H.–

Millionen DM Verlust.
– Die großen Versandhäuser (Necker-
Freunden die Taschen füllen.
–A.H.–
Bourgeoisie

Bourgeoisie schützt ihren Rundfunk

Vor gut einem Dreivierteljahr hat der "Sicherheitsbeauftragte" des Norddeutschen Rundfunks (NDR) mit viel Mühe ein ausgeklügeltes System entworfen, um die Mitarbeiter beim NDR zu "schützen". Wovor zu schützen? Vor Betriebsunfällen? Nein, bei den Kollegen von der Technik fehlt seit Jahr und Tag ein Medizinkästchen mit den notdürftigsten Utensilien. (Schnitte an laufenden Tonbändern können einem bei Unachtsamkeit glatt die Pulsadern aufschneiden.) Ständiger Protest, ständige Bitten waren bis heute erfolglos. "Geschützt" werden wir auf ganz andere Weise, und das nennt sich dann "Terrorschutz".

Wir machen Dienst hinter verschlossenen Stahltüren und können unseren Arbeitsplatz nur erreichen, wenn wir vorher einen Summer betätigen und unseren Namen nennen. Als Schutz vor Terrorangriffen! Der Sendebetrieb muß unter allen Umständen ungestört ablaufen können. Wir sitzen wie in einem Käfig. Schon Kaffekochen in der angrenzenden Küche wird zu einem Problem, wenn man mal den Schlüssel vergessen sollte, kommt man nicht mehr an seinen Arbeitsplatz. Bei Feuergefahr müssen wir aus dem Fenster springen (ca. 8 Meter). Eine Feuerleiter ist nämlich nicht vorhanden!

So sieht der Schutz der Mitarbeiter beim NDR aus. Fragt man nun, von wem man denn nun "Terroranschläge" befürchtet, so hört man: "von den Arabern, Baader-Meinhof ..." usw. Und bohrt man ein bißchen nach, bekommt man bald die Antwort: "von den Linken." Vor denen sollen wir "geschützt" werden.

Am Haupteingang des NDR ist eine Kamera angebracht, die Tür ist ständig verschlossen, nur nach Meldung beim Pförtner gelangt man ins Haus, der den Eingang den ganzen Tag auf einem Monitor beobachten muß. Damit ja das Volk sich keinen Zutritt verschafft. Das ist unser Rundfunk, der sich schützen muß vor dem Volk! Das hat er auch bitter nötig, solange er der Rundfunk der Bourgeoisie ist.

–P.Z., Hamburg–

Nordmende: Jugendvertreter entlassen

GESCHÄFTSLEITUNG BESCHULDIGT SIE DER AUFWIEGELEI

Am Freitag morgen wurde der Kollege Herbert Banners entlassen. Daraufhin führte die Jugendvertretung eine Sitzung durch, in der sie die Entlassung verurteilte und Maßnahmen beschlöß, u. a. das Protokoll der Sitzung zu veröffentlichen. Dieses geschah am Nachmittag durch Aushang am schwarzen Brett. Daraufhin wurde von der Geschäftsleitung ein Antrag auf fristlose Entlassung wegen Aufwiegelei gegen den Vorsitzenden der Jugendvertretung Rolf-Jürgen Brüß beim Betriebsrat eingereicht.

Vorausgegangen waren diesem Angriff auf die Belegschaft intensive gemeinsame Vorbereitungen von Betriebsrat und Geschäftsleitung sowie die vorherige Unterrichtung verschiedener Vorgesetzter. Dieser von langer Hand vorbereitete Angriff ist die notwendige Fortsetzung der mißlungenen Politik der Geschäftsleitung nach dem Streik im Sommer, mit dem eine Teuerungszulage erkämpft wurde.

Damals versuchte sie durch Korruption die konsequentesten Vertreter der Belegschaft zu kaufen. Nach dem Scheitern dieser Versuche blieb als notwendige Konsequenz nur noch die Möglichkeit, die fortschrittlichsten Kollegen unter Vorwänden rauszuschmeißen, um die Belegschaft zu entmutigen und von der Führung weiterer Kämpfe abzuhalten. Im Werk Bremerhaven wurden ebenfalls auf Antrag des dortigen Betriebsrates zwei politische Entlassungen vorgenommen wegen Diffamierung des Betriebsrates auf der Betriebsversammlung. Die beiden Kollegen wurden sofort beurlaubt mit der Begründung: das sei notwendig, um eine weitere Aufwiegelei der Belegschaft zu verhindern.

Diese politischen Entlassungen finden statt vor dem Hintergrund einer kapitalistischen Wirtschaftskrise.

Bei Nordmende wurden noch im letzten Vierteljahr 1 000 Leute eingestellt. Mit Zustimmung des Betriebsrates wurden Überstunden angeordnet, angeblich um die Arbeitsplätze zu sichern. Heute unterschreibt der Betriebsrat Massenentlassungen. So bekamen kurz vor Weihnachten viele Kolleginnen und Kollegen ihre Entlassung per Brief ins Haus, sodaß ihre Kündigungsfrist zum Jahresende abgelaufen war. Tagelang werden weitere zahlreiche Entlassungen mit Zustimmung des Betriebsrates vorgenommen.

Obwohl der Vorsitzende der Jugendvertretung Rolf-Jürgen Brüß seit Jahren unter Beschuß der Geschäftsleitung und der IGM-Führung steht, haben sie es bisher nicht gewagt, eine fristlose Entlassung gegen ihn auszusprechen. Er hat sich stets so konsequent wie möglich für die Kollegen eingesetzt und wurde auf Grund seiner Arbeit in verschiedene gewerkschaftliche Vertretungskörperschaften gewählt. Seit Anfang 1970 ist er 1. Vorsitzender des Ortsjugendausschusses der Bremer IGM. In diesem Amt wurde er dreimal bestätigt. Bis zur Auflösung des Kreisjugendausschusses durch die Gewerkschaftsführung im vergangenen Jahr war er Kreisjugendausschuß-Vorsitzender des Bremer DGB. Er war Mitglied der IGM-Tarifkommission Unterweser.

Den bisher schärfsten Angriff gegen ihn ritt die IG Metall im vergangenen Jahr mit einem bisher unbegründeten Antrag auf Ausschluß aus der Gewerkschaft wegen angeblich gewerkschaftsschädigendem Verhalten.

Um gegen die anstehenden Entlassungen der Kollegen den Kampf aufzunehmen, beschloß die Jugendvertretung auf ihrer Sitzung am 4.1. Unterrichtung der Gewerkschaft, Einschaltung eines Rechtsanwaltes, Durchführung einer Unterschriftensammlung gegen die Entlassungen, Forderung einer außerordentlichen Betriebsversammlung, Veröffentlichung des Protokolls ihrer Sitzung.

–OG Bremen–

Die Deern hat doch recht: KVZ verbessern!

In mehreren Briefen wurde unsere Antwort auf den Leserbrief der Schülerin in KVZ Nr.7 kritisiert. Die Schülerin hatte festgestellt, daß die KVZ oft zu schwer verständlich geschrieben ist. Unsere Antwort darauf war selbst wieder ganz verschachtelt geschrieben, so daß sie sehr mißverständlich war. Die Redaktion übt hiermit Selbstkritik und will sich bemühen, dem Rat des Genossen zu folgen, der uns folgenden Brief geschrieben hat.

Als Hamburger Altkommunist, 68 Jahre alt, ungelernter Arbeiter, im Elendsviertel aufgewachsen, dadurch schon sehr früh zur K.P.D., der Partei der Entrechteten gestoßen, muß ich die Kritik der jungen Deern voll unterstützen.

Die Beiträge in der KVZ werden wohl von Hochschülern oder anderweitig akademisch gebildeten Kräften geschrieben. Aber die KVZ soll doch nicht nur in den Hochschulen verbreitet werden, sondern in der Arbeiterschaft von Hand zu Hand gehen. In erster Linie muß doch der Arbeiter angesprochen und gewonnen werden, denn nur der Arbeiter kann der Träger der sozialen Revolution sein. Die anschließende Erklärung von der Redaktion auf die Kritik der Schülerin kann ich nicht widerspruchslos hinnehmen. Die mangelnde Schulbildung einerseits spielt eine große Rolle, aber auch die Bereitschaft, sich um die Übersetzung der Fremdworte zu bemühen fehlt sehr oft. Es ist doch nicht nur derjenige Kommunist, wer den historischen Materialismus von Karl Marx auswendig kennt. Der einfache Arbeiterrebell, welcher abgeschlafft nach Hause kommt und sowieso von hochgeschraubten Redewendungen nicht viel hält, sagt dann, das ist zu hoch für mich. Auch der einfache Arbeiter wird für die soziale Revolution dringend benötigt. Wenn die einzelnen Beiträge in der KVZ so geschrieben sind, daß jeder Arbeiter alles ohne Lexikon lesen kann, dann wird auch der an höhere geistige Kost gewohnte Leser die Zeitung verstehen.

Ich denke da mit Wehmut an unsere "Hamburger Volkszeitung" zurück. Hierzu muß ich aber bemerken, daß die KPD mit Ausnahme von wenigen Intellektuellen aus nur Arbeitern bestand. Während die heutige kommunistische Bewegung überwiegend von akademisch geschulten Kräften getragen wird. Diesem Mißverhältnis abzuhelfen, muß die KVZ volksnäher geschrieben werden. Die Vorkriegsakademiker waren alle aus begüterten Kreisen, während heute schon ein erheblicher Teil aus der minderbemittelten Klasse kommt. Die Hamburger Genossen können bestätigen, wie sehr ich es bedaure, daß uns solche Kräfte früher gefehlt haben.

Die KVZ ist außer den genannten Mängeln gut, aber sie kann und muß noch besser werden, für uns alle, für das Endziel soziale Revolution.

Rot Front
–L.–

8 Lehrer nicht eingestellt

BADEN–WÜRTTEMBERG: SCHIESS–ERLASS ANGEWANDT

8 Studienreferendare in Baden-Württemberg wurden nach Ablauf ihres Vorbereitungsdienstes nicht in den Schuldienst übernommen. Diesen 8 Kollegen, die seit 15 Monaten in der Schule unterrichten (seit ihrer Pädagogischen Prüfung ca. 20 Stunden pro Woche), flatterte kurz vor Weihnachten ein Brief vom Oberschulamt mit folgendem vorgedruckten Text ins Haus:

"Das Oberschulamt . . . teilt Ihnen mit, daß ihre Einstellung als Studienassessor zur Zeit nicht vorgenommen werden kann, da die Überprüfung durch das Innenministerium gemäß Beschluß der Landesregierung vom 2.10.1973 noch nicht abgeschlossen werden konnte."

Das "Weihnachtsgeschenk", das das Oberschulamt den Kollegen präsentierte, läßt die betroffenen Lehrer, die auf unverschämte Weise eingeschüchtert werden sollen, über ihre momentane Situation völlig im Unklaren. Die Möglichkeit, die Lage mit Kollegen und Personalräten in der Schule zu diskutieren, ist durch die Weihnachtsferien nicht gegeben. Ohne Erklärung haben sie bis jetzt die Gehälter für Monat Januar einbehalten!

Das Innenministerium gab erst am 4. Januar 1974 eine Stellungnahme ab, aus der hervorgeht, daß es sich ursprünglich um 12 ungeklärte Fälle gehandelt habe, 2 davon hätten die Prüfung nicht bestanden, ein weiterer sei nach Niedersachsen und ein Bewerber sei inzwischen eingestellt worden. Bei der "Überprüfung" der restlichen 8 gemäß dem Schieß-Erlaß vom 2.10.73 seien "Verdachtsmomente" aufgetaucht, die weitere Nachforschungen erforderlich machten. Sie besaßen sogar die Frechheit, die Überprüfung der ihnen vom Verfassungsschutz zugeleiteten "Verdachtsmomente" (Rundfunknachrichten vom 4.1.74) "als im Interesse des Bewerbers stehend" zu bezeichnen. Weiterhin war den Aussagen des Innenministeriums zu entnehmen, daß sie im Moment versuchen, auf Grund der Akten "gerichtsverwertbares Material" zu erhalten, um den 8 Lehrern einen Strick daraus drehen zu können.

Dies bedeutet das rigorose In-Kraft-Setzen des Schieß-Erlasses, der die Funktion hat, alle fortschrittlichen Kräfte im öffentlichen Dienst mit Hilfe von Spitzeln einzuschüchtern und rauszuschmeißen.

Proteste sind nach Bekanntwerden dieser untragbaren Ereignisse bereits von Seiten der Lehrergewerkschaft GEW gekommen, die eine Presseerklärung abgegeben hat. Sogar die SPD, die bei den Ministerpräsidentenbeschlüssen vom 20.1.1972 und 20.9.1973 mitgewirkt hatte, legte durch Eppler, SPD-Landesvorsitzender und Bundesminister, und Schieler, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, Protest ein. Schieler bezeichnete die "Dienstaussetzung" als "Skandal".

Wir sind sicher, daß die Maßnahmen nicht so hingenommen werden und der Protest sich weiterhin verstärken wird. Da die Leidtragenden letztendlich die Schüler sind, die kurz vor den Zeugnissen ohne Lehrer dastehen werden, wird eine breite Solidarität zwischen Lehrern, Schülern und Eltern entstehen.

Wir müssen versuchen, in den Gewerkschaften und Berufsverbotekomitees in Form von Resolutionen und Unterschriftensammlungen einerseits, Infoständen und Veranstaltungen andererseits, den Protest aktiv zu unterstützen und zu organisieren.

50 Prozent Diätenerhöhung

LANDTAG BESCHLIESST: 800 DM PRO MONAT MEHR FÜR ABGEORDNETE

KORRESPONDENZ

Ich wollte über die Diätenerhöhung in Schleswig-Holstein berichten (die Informationen sind aus der "Schleswig-holsteinischen Landeszeitung" vom 6.12.).

Eine lineare Festgeld-Diätenerhöhung in Höhe von 800 Mark hat der Schleswig-holsteinische Landtag am 4.12.73 "durchgesetzt". Die Abgeordneten, die gleichzeitig noch einen Beruf ausüben, und die weiblichen Parlamentarier, die eine Familie versorgen, erhöhten sich damit ihre Grunddiäten von 1 600 auf 2 400 DM monatlich. Zur Grunddiät kommen noch verschiedene Zulagen und Gelder.

CDU-Landtagspräsident Lemke kommt mit den 800 DM jetzt auf 6 400 und SPD-Oppositionsführer Matthiesen auf 5 600 DM. Dem CDU-Fraktionsvorsitzenden wurden die Diäten auf 3 200 DM sogar verdoppelt. Für die 10 Landtagsausschußvorsitzenden gibt es zusätzlich 400 DM und für ihre Stellvertreter 200 DM. Bleibt nur noch zu bemerken, daß diese Diätenerhöhung in Minutenschnelle und trauter Einigkeit aller Parteien vor sich ging, und daß die entstandenen Mehrkosten rund 500 000 DM im Jahr betragen.

Dieser Coup legt einige Gedanken und Verbindungen nahe:

- Die gleichen Parteien, die gegen die selbständigen Streiks der Arbeiter zu Felde ziehen, genehmigen sich selbst natürlich Diätenerhöhungen, um der Inflation standzuhalten.
- Die gleichen Parteien, die in der Gewerkschaft gegen lineare und Festgeldforderungen der Kollegen kämpfen, um die Geschlossenheit der wirtschaftlichen Kämpfe zu zerstören, wissen ihre eigene Einheit sehr wohl zu erhalten. Am Rande: Der Kieler Gewerkschaftsbonze Preczekowski ist Mitglied der SPD-Fraktion.
- Die gleichen Parteien, die gegen die Höhe der Fluglotsenforderungen und sogar gegen die 15 %-ÖTV-Forderungen hetzen, genehmigen sich selbst Steigerungen bis zu 50 %.

Diese scheinbaren Gegensätze sollen jedoch keinen wundern, denn die Landtagsparteien sind politische Vertreter der bürgerlichen Klasse. Die Arbeiterklasse muß sich ihre eigene politische Partei selbst schaffen.

Die bürgerliche Presse versuchte die Erhöhungen damit zu begründen, daß die Abgeordnetensessel auch für Unternehmer attraktiv gemacht werden müssen und nicht nur für Beamte. Die Arbeiterklasse hat an diesen wie solchen Volkszertretern kein Interesse. Sie wird nach Eroberung der politischen Macht ihre Vertreter nicht mit Geld ködern, sondern nach ihrer Bewährung für die Arbeiterche auswählen und in der Höhe eines normalen Facharbeiterlohnes bezahlen.

–H.N., Rendsburg–

Dudweiler: Gegen Eingemeindung

Saarbrücken. Am 19.12.73 wurde im Saarbrücker Landtag das Gesetz zur sogenannten Gebiets- und Verwaltungsreform verabschiedet. Das Kernstück dieses Gesetzes besteht darin, daß zahlreiche bisher selbständige Städte und Gemeinden zu einer "Landeshauptstadt Saarbrücken" mit 210 000 Einwohnern zusammengefaßt werden.

Offiziell wird diese einschneidende Maßahme vor allem damit begründet, daß Saarbrücken auch weiterhin als Industrie- und Geschäftsstadt attraktiv bleiben müsse. Dies läge auch im Interesse des gesamten Wirtschaftsraumes Saar.

Doch die Bevölkerung läßt sich von

Doch die Bevölkerung läßt sich von der Regierung nicht länger für dumm verkaufen: So sprachen sich bei einer Umfrage des ISO-Institutes zwei Drittel der Bevölkerung der Randgemeinden von Saarbrücken gegen eine Eingemeindung aus. Denn die meisten Leute wissen, was diese "Attraktivität" von Saarbrücken konkret heißt: Sie bedeutet vor allem, daß sich die Gebühren für Müllabfuhr, Kanalreinigung und andere kommunale Leistungen erhöhen werden und daß die Pro-Kopf-Verschuldung wachsen wird; denn Saarbrücken ist mehrfach höher verschuldet als viele der jetzt eingemeindeten Dörfer.

Diese hohe Verschuldung ist auf den Ausbau des Stadtkernes zurückzuführen, wo es bald nur noch riesige Kaufhäuser, Bürohochhäuser und Bankpaläste geben wird, aber keine Menschen mehr. Wo soviel Kapital in die City investiert wird, bleibt für die Randgebiete natürlich nicht mehr viel übrig: Dörfer, die früher zu Saarbrücken eingemeindet wurden, werden seitdem stark vernachlässigt. Sie sinken zu öden Vorstädten herab, dazu bestimmt, das Menschenmaterial für die Saarbrücker Fabriken und Geschäfte zu liefern.



"Dudweiler kann sich selbst verwalten": Mehrere Tausend Dudweiler Einwohner demonstrierten in Saarbrücken.

Nun soll sogar die bisher selbständige Stadt Dudweiler mit fast 30 000 Einwohnern dazu beitragen, die Schuldenlast Saarbrückens auf die Bevölkerung umzuverteilen. Daß sich die Dudweiler Bürger dagegen wehrten, ist also selbstverständlich. Eine Bürgerinitiative wurde ins Leben gerufen; als Höhepunkt der Kampagne gegen die Eingemeindung organisierte sie eine Demonstration durch Saarbrücken, an der mehrere Tausend Dudweiler Bürger teilnahmen.

Sprechchöre wie: "Was macht Minister Schnur – Diktatur, Diktatur!" (Schnur ist der saarländische Innenminister), deckten den tiefen Abgrund auf, der zwischen den Interessen der Bevölkerung und den Maßnahmen der CDU-Regierung klafft.

Mit der Gebiets- und Verwaltungsreform wurde der Bevölkerung drastisch vor Augen geführt: Die Politik der Herrschenden wird einzig und allein von den Interessen der Kapitalisten bestimmt, und auf den Willen des sogenannten Kleinen Mannes wird keine Rücksicht genommen.

Durch die Verabschiedung der Gebietsreform zeigte sich auch, mit welchen Mitteln die Stadt Dudweiler den Kampf gegen die Eingemeindung fortsetzen will. Als einen Schritt besonderer Art sieht der Stadtrat den Beschluß an, Verfassungsklage gegen die Verwaltungsreform zu erheben: "Dudweiler setzt auf die Verfassungsklage". Man habe mehrere Verfahrensfehler bei der Vorbereitung, im Anhörverfahren und bei der Verabschiedung des Gesetzes gefunden, die eine Aussetzung der Dudweiler betreffenden Teile des Gesetzes erwarten ließen.

Hier wird deutlich, daß die Volksbewegung gegen die Gebietsreform auf falsche Ziele gelenkt werden soll, nachdem der Dudweiler Stadtrat seine Pöstchen mit der Bildung eines Stadtbezirks mit eigener Verwaltung gesichert hat. Denn das war das einzige Zugeständnis, das den Dudweiler Bürgern nach ihrer Demonstration gemacht wurde. Der Volksbewegung soll die Spitze genommen werden, indem der Kampf gegen die Gebietsreform auf die bürgerlichen Gerichte, Advokaten und Juristen verlagert wird. Der Kampf soll dann von einigen Juristen stellvertretend für die Dudweiler Bürger ausgefochten werden.

Die Massen vor falsche Alternativen stellen, sie im bürokratischen Gewebe verstricken und so vom selbständigen Kampf abhalten und trotzdem als der Verteidiger der Interessen der Massen dastehen – das konnte in diesem Fall noch einmal gelingen. Die Resultate der Gebietsreform werden der Bevölkerung die Augen öffnen und ihr zeigen, daß letztlich die Vertretung ihrer Interessen nicht das Werk von Juristen oder der Kommunalbürokratie sein kann, sondern nur ihr eigenes Werk.

–K.W., Saarbrücken–

Bauskandal

"NEUE HEIMAT" MACHT TRAUMGESCHÄFTE

Mannheim. Die Stadt Mannheim plante lange auf dem N 1–Quadrat, einem mitten in der Stadt gelegenen Grundstück, ein neues Rathaus zu bauen. 1967 wurden für 11 Millionen DM die Fundamente gebaut. Da wegen der Rezession kein Geld mehr da war, wurde auf den 11 Millionen ein Parkplatz angelegt. Die Fahrstuhlschächte für das neue Rathaus stehen heute noch.

1971 wurde N 1 zum Verkauf der Rheinisch-Westfälischen Immobilien-Anlagegesellschaft (RWI) angeboten. Offensichtlich hat die Stadt auch schon konkrete Zusagen gemacht, denn die RWI investiert 500 000 DM für Voruntersuchung und Planung nicht umsonst. Gleichzeitig wurde mit dem Bau des 'Collini-Centers' begonnen, ein riesiges Monstrum mit 12 Etagen Büroräumen und einem weiteren Komplex Eigentumswohnungen. Das ist aber so teuer, daß selbst so zahlungskräftige Betriebe wie die Computer-Firma IBM sich nicht einmieten können. Das aber ist dem Bauherrn egal. Er weiß, die Stadtverwaltung braucht Raum, Geld hat sie nicht, Kredite kriegt sie wegen der Hochkonjunktur nur zu sehr teuren Zinsen – also wird sie mieten. Zumal der Bauherr eine 100 %ige Tochtergesellschaft der gewerkschaftseigenen Neuen Heimat ist und im Stadtrat die SPD-Fraktion die absolute Mehrheit hat. Also Bahn frei für ein großes Geschäft. Der Bauherr, die Gewerbebau GmbH, baut ohne einen Pfennig eigenes Kapital. Das Grundstück wurde vorher von der Stadt gekauft. Der Kaufpreis wird jetzt, zusammen mit Baukosten und Baugewinn, in Form der Miete zurückbezahlt, und zwar mit 7 % Zinsen und innerhalb von 30 Jahren.

Rechnet man pro umbauten Kubikmeter 240 DM – von diesem Betrag geht auch die Stadt aus –, dann kommt man auf ca. 12 Millionen DM Baukosten. Im Mietvertrag stehen aber 38 Millionen DM Baukosten.

Unterm Strich kommt ein Mietpreis von 18 DM pro Quadratmeter heraus. Zusätzlich übernimmt die Stadt für 34 Millionen DM Baukosten eine Bürgschaft. Außerdem muß die Stadt für Umzug und Umbauten noch 10 Millionen DM aufbringen, bevor sie überhaupt einziehen kann. Von solchen Geschäften träumt jeder Kapitalist. Anfänglich ohne eigenes Grundstück, ohne eigenes Kapital, sind nach 30 Jahren Grundstückskosten, Kapitalkosten und Baukosten zurückgezahlt und die Stadt übernimmt dafür auch noch die Bürgschaft.

Auf diese Weise kommt mindestens 12 Millionen DM Profit zustande. Das gibt die Gewerbebau selbst zu. In Wirklichkeit ist der Gewinn weit höher, weil viele als Kosten gebuchte Beträge wie z.B. die Verwaltungsgebühren in Wahrheit versteckte Gewinne sind.

Die CDU wetterte wie der Teufel gegen dieses Geschäft. Aber auch sie kommt an dem Dilemma der Stadt nicht vorbei; in der Krise hat die Stadt kein Geld, in der Hochkonjunktur kriegt sie keinen Kredit. Das nutzen die Kapitalisten schamlos aus. Und die CDU wollte nur erreichen, daß die CDU-freundlichen Kapitalisten den fetten Brocken einstreichen.

–K., Mannheim–

SCHWARZWALDBAUERN:

Gegen Autobahn

Hochschwarzwald. Über 60 alte Bauernhöfe im Hochschwarzwald sind durch eine vom Bundesverkehrsministerium geplante Autobahn Freiburg–Donaueschingen in ihrer Existenz bedroht. Das Land der Bauern würde durch die geplante Trassenführung regelrecht zerschnitten. Bei den extrem harten Witterungsverhältnissen und der schlechten Bodenqualität im Schwarzwald sind die Bauern auf jeden Quadratmeter ihrer quer durch das Tal gehenden Ackerflächen angewiesen. Unter den betroffenen Bauern erhebt sich daher scharfer Widerstand gegen die Autobahn. Eine Arbeitsgemeinschaft der Betroffenen gegen den Autobahnbau hat sich bereits konstituiert. Einzelne Bauern haben öffentlich angekündigt, ihre Höfe notfalls mit der Schrotflinte zu verteidigen.

DRUCKFEHLERBERICHTIGUNG

In KVZ Nr.9, S.12, "Linienkampf in Bremen", muß das Zitat aus dem Programm des KBW (Spalte 1, Zeile 7) heißen: "Eroberung der politischen Macht . . ."

In KVZ Nr.8, S.10, "Der Kampf in der Bundeswehr", muß es in dem Programm-Zitat Spalte 5 heißen: " . . . die Arbeiter und Angestellten müssen von den Kapitalisten für die Zeit, die sie in der allgemeinen Volksmiliz verbringen, eine Bezahlung in Höhe ihres bisherigen Lohnes erhalten."

Regierung erhöht Pflegesätze

ENORME STEIGERUNG DER KASSENBEITRÄGE STEHT BEVOR

Ab 1. Januar 1974 ist eine neue Bundespflegesatzverordnung (BPflV) der SPD/FDP-Bundesregierung in Kraft. Künftig werden die Benutzer, das sind hauptsächlich die Sozialversicherten, für a l l e laufenden Kosten der Krankenhäuser (das heißt alle Kosten außer denen für die Erbauung und Grundausrüstung) aufkommen müssen. Bislang mußte bei der Festlegung der Pflegesätze die Finanzkraft der Krankenversicherungen berücksichtigt werden. Was die Krankenversicherungen nicht zahlen konnten, wurde durch staatliche Zuschüsse abgedeckt (1972 ca. 800 Millionen DM). Dazu ist der Staat ab 1.1.1974 nicht mehr gezwungen. Alle Kosten des laufenden Betriebes wälzt er damit auf die Benutzer, also vor allem die Sozialversicherten, ab.

Die Folge der BPflV ist eine enorme **Erhöhung der Pflegesätze**: Zum Beispiel an den Unikliniken in Baden-Württemberg ca. **80 DM pro Tag auf 170 DM pro Tag.** (Die Steigerungen werden in den anderen Bundesländern entsprechend sein.) Aufgrund der Bundespflegesatzverordnung wird 1974 mit einer Mehrbelastung der Sozialversicherungen von über 800 Millionen DM gerechnet. **Die Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge wird nicht lange auf sich warten lassen!**

Von einer Verminderung der Steuerbürde zum Ausgleich ist keine Rede. Und eine Verbesserung der Gesundheitsversorgung (Bettenzahl, Personalstand, Ausrüstung, Ausstattung) ist damit erst recht nicht verbunden. Mit der Bundespflegesatzverordnung betreibt die SPD/FDP-Bundesregierung nur die Sanierung der Finanzlage der Krankenhäuser aus der Tasche der Sozialversicherten.

Damit aber nicht genug. Die SPD will die BPflV auch noch als beispielhafte Reformmaßnahme verkaufen: die BPflV bringe mehr gesellschaftliche Gerechtigkeit durch die Abschaffung der Privatstationen. Die Sonderrechte der Privatpatienten haben in den letzten Jahren zunehmend Empörung hervorgerufen; die Abschaffung dieser Sonderrechte der Reichen wurde immer lauter gefordert.

Die Ausgaben für das Gesundheitswesen werfen für die Kapitalisten keinen Profit ab, sind für sie tote Kosten. Das Krankenhaus, wie alle anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens auch, soll nur so billig und so rasch wie möglich die Arbeitskraft der Lohnabhängigen wiederherstellen. Darum versuchen die Bourgeoisie und ihr Staat auf allen Ebenen zu sparen, sei es an Betten oder Personal, an allen Ecken zu rationalisieren, die Liegezeiten rigoros zu senken. Aber die Bourgeoisie und ihr Anhang haben natürlich keine Lust, für ihre Gesundheitsversorgung diesen Minimalbedingungen ausgesetzt zu sein. Für sich beansprucht sie Sonderrechte: Vorzugsbehandlung durch die erfahrenen und angesehenen Chef- oder Oberärzte, bevorzugte Unterkunft und Verpflegung. Diese Parasiten schränken so noch einmal die medizinische Versorgung der Arbeiter und der übrigen Lohnabhängigen ein.

Mit der Beseitigung der Privatstationen entspricht die SPD/FDP-Regierung scheinbar den Forderungen nach Abschaffung dieser Sonderrechte. Aber tatsächlich kann von einer Abschaffung dieser Bevorrechtung der Reichen keine Rede sein. Die Sache erhält nur einen anderen Namen. Wer Geld hat, kann sich auch weiterhin Sonderbehandlung durch Chefarzt usw. und bevorzugte Unterkunft kaufen. Nur heißt er jetzt nicht mehr Privatpatient, sondern Wahlleistungsempfänger; es gibt keine Privatstation mehr, dafür Einzel- und Zweibettzimmer als Wahlleistung für Aufschlagszahlung.

- **Keine Erhöhung der Krankenkassenbeiträge!**
- **Abschaffung der Vorrechte der Privatpatienten!**
- **Weg mit der Bundespflegesatzverordnung!**



Kranke in Gängen/Versorgung immer schlechter/Abgaben immer höher

Um der ständigen Ausplünderung des Volkes durch die Bourgeoisie und ihren Staat entgegenzutreten, hat der KBW in seinem Programm die Forderung aufgestellt:

- **Bestreitung aller Versicherungskosten ausschließlich durch die Kapitalisten; sofern es sich um Lohnabhängige in staatlichen Betrieben oder Einrichtungen handelt durch den Staat!**

KAMPF GEGEN KRANKENHAUSSCHLIESSUNG:

Heidberg soll bleiben

Hamburg. Am 29. Juni 1973 erklärten Herr Worthmann, Senatsdirektor der Hamburger Gesundheitsbehörde, und Frau Elsner, Gesundheitssenatorin der Hansestadt Hamburg, daß das allgemeine Krankenhaus Heidberg in Hamburg-Langenhorn im Rahmen der Streichung von 2 000 bis 3 000 Krankenhausbetten in Hamburg 1985 geschlossen wird. Konkret ausgearbeitete Pläne zur Schließung legte dann am 27. August Herr Zylmann, Präsident der Hamburger Gesundheitsbehörde, auf einer Versammlung im Allgemeinen Krankenhaus Heidberg den Anwesenden vor.

Dagegen behauptet heute Peter Schulz, der 1. Bürgermeister Hamburgs und damit auch der Senat, in einem Brief an den Personalrat des Heidbergkrankenhauses: "...eine Schließung des Allgemeinen Krankenhauses Heidberg nicht beabsichtigt sei... Es gibt keine Entscheidung des Senats, das Allgemeine Krankenhaus Heidberg zu schließen."

Diese Erklärung ist ein Erfolg der Hamburger und Norderstedter Bevölkerung. Sie haben protestiert mit über 30 000 Unterschriften; sie haben protestiert auf 3 Veranstaltungen in Hamburg-Langenhorn und Norderstedt (Schleswig-Holstein); sie haben protestiert bei mehreren hundert Diskussionen auf der Straße, durch Geldspenden und persönlichen Einsatz; sie haben protestiert durch Resolutionen in Gewerkschaftsgremien, auf Personalversammlungen und Bezirksversammlungen; protestiert gegen die Schließungspläne der Gesundheitsbehörde (sprich Hamburger Senat), gegen die Streichung von 2 000 bis 3 000 Krankenhausbetten (= 10 % aller staatlichen Krankenhausbetten in Hamburg) und gegen die damit verbundene Verschlechterung der Gesundheitsversorgung.

bundene Verschlechterung der Gesundheitsversorgung.

Das alles organisiert und zu einer unübersehbaren Kraft zusammengefaßt hat "Die Bürgerinitiative zur Erhaltung des Allgemeinen Krankenhauses Heidberg". In ihr haben sich die Aktivsten aus dem Krankenhaus, aus Langenhorn, aus Norderstedt und anderen Teilen Hamburgs zusammengeschlossen. Sie haben

- in einer 10 seitigen Dokumentation alle Zahlen und Argumente der Gesundheitsbehörde widerlegt, daß 1985 in Hamburg 3 000 Betten zu viel sein werden, widerlegt und im Gegenteil vorgerechnet, daß nach den Zahlen der Hamburger Gesundheitsberichter von 1972 in Hamburg 1985 3 000 Betten fehlen werden!!!
- vor Bahnhöfen und auf Wochenmärkten Flugblätter verteilt und Info-Tische aufgebaut.
- mit einem Krankenhausbett eine Demonstration mit ihren Mitgliedern durchgeführt unter den zentralen Parolen "Gegen die Schließung des Allgemeinen Krankenhauses Heidberg", "Gegen die Streichung von 2 – 3 000 Krankenhausbetten in Hamburg", "Immer größere Arbeitshetze, doch für Kranke keine Plätze", um die Bevölkerung auf die Verschlechterung der Gesundheitsversorgung aufmerksam zu machen.

In dieser Situation, in der die Bevölkerung genau informiert und wachsam geworden ist, traut sich der Hamburger Senat zur Zeit nicht, seine Schließungspläne gegen diese Bewegung durchzusetzen.

HAT DAMIT DIE BEHÖRDE IHRE PLÄNE AUFGEGEBEN?

Der Antwortbrief von Peter Schulz ist noch aus einem anderen Grund ein großer Erfolg: Er macht jedem Menschen, auch dem gutgläubigsten, klar daß der Plan zur Einsparung und Rationierung im Gesundheitswesen noch lange nicht aufgegeben ist. Denn:

- kein Abrücken von den Zahlen und Argumenten der Gesundheitsbehörde
- kein Wort gegen die beabsichtigte Streichung von 2 bis 3 000 Krankenhausbetten in Hamburg
- kein Beschluß, daß das Krankenhaus Heidberg nicht geschlossen wird!

Das bedeutet, im Gesundheitswesen will der Hamburger Senat langfristig doch Geld einsparen. Das kann auch gar nicht anders sein. In einem System, daß nicht nach den Bedürfnissen der Bevölkerung plant, sondern Industriekonzerne wie Bayer/Leverkusen (in Brunsbüttel mit 50 Millionen), Reynolds, Dow Chemical usw. mit Millionenbeträgen unterstützt, damit diese noch billiger produzieren und noch höhere Gewinne erzielen können, müssen ständig Pläne entstehen, die angeben, wo diese Millionenbeträge herkommen.

Dieses Vorgehen des kapitalistischen Staates, wie es uns der Hamburger

Dieses Vorgehen des kapitalistischen Staates, wie es uns der Hamburger

Senat mit Peter Schulz an der Spitze vormacht, können wir dann verhindern, wenn wir – die versicherten Werktätigen – die vollständige Kontrolle des Gesundheitswesens übernehmen. Das ist keine Utopie, sondern schon heute erreichbar. Nämlich wenn das gesamte Gesundheitswesen an eine einheitliche Krankenkasse – heute gibt es 2 000 verschiedene Krankenkassen – übertragen wird, deren Leitung durch uns gewählt und kontrolliert wird.

Es ist doch ganz einfach, bei Bestehen eines derart verwalteten und kontrollierten Gesundheitswesens wären derart irrsinnige Pläne niemals ausgebraten worden. Heidberg zeigt uns, daß es notwendig und richtig ist, mit der Perspektive eines Gesundheitswesens, das uns allein nützt, einen langfristigen Kampf zu seiner Verwirklichung aufzunehmen. Und Heidberg zeigt, daß dieser Einsatz erfolgreich sein wird!

Für ein Gesundheitswesen im Dienste des Volkes!

KBW-Zelle Gesundheit
Ortsgruppe Hamburg

Streik in Kindertagesstätte

STADT KÜNDIGT KOLLEGEN, WEIL SIE FÜR DIE FERIEN DER KINDER SORGTEN

Frankfurt/Main. Am 19.12. traten die rund 200 Kollegen der Kitas (Kindertagesstätten der Stadt Frankfurt) in einen zweitägigen Streik. Der Streik erfolgte auf den Ablauf eines Ultimatums.

WIE KAM ES ZU DIESEM STREIK?

Vier Kollegen der Kita Sossenheim wurde gekündigt, weil sie eine Ferienfahrt mit den Kindern nach Frankreich gemacht hatten. Das Stadtschulamt, die vorgesetzte Behörde, hatte diese Fahrt nicht genehmigt, obwohl eine offizielle Genehmigung bis kurz vor der Abreise in Aussicht gestellt wurde.

Diese Reise ist von dem Team, den Eltern und den Kindern lange vorher geplant worden. Die Kinder reagierten mit großer Enttäuschung, als ihnen von den Schwierigkeiten mit dem Stadtschulamt berichtet wurde. Auch die Eltern waren erbost über das Verhalten der Behörde und gaben ihre Zustimmung für die Ferienfahrt, unabhängig von der Genehmigung "von oben".

Vielleicht sollte man noch hinzufügen, daß die Eltern allein mit ihren Kindern keine Reise machen können, da ihnen das nötige Geld fehlt.

Auf diese Ferienreise hin wurde den vier Kollegen gekündigt. Daraufhin fand am Dienstag, 26.11., eine Vollversammlung der Kollegen statt. Alle Anwesenden solidarisierten sich mit den vier Entlassenen und forderten die Rücknahme der Kündigungen. Eine dementsprechende Aufforderung wurde ans Stadtschulamt und den Personalrat (der sich mit 6 zu 4 Stimmen für die Kündigung ausgesprochen hatte) geschickt. Die Eltern verfaßten eine eigene Solidaritätsstellungnahme, die ebenfalls an die Behörde ging. Die Wiedereinstellung der Kollegen bis zum 10.12., die ultimativ gefordert worden war, erfolgte nicht und so wurde auf einer weiteren Vollversammlung am 11.12. der Streik beschlossen.

Diese Kündigung kann nicht losgelöst von der noch nicht verabschiedeten Satzung des Kitaprojekts gesehen werden. Die Kollegen befinden sich schon seit anderhalb Jahren in einer rechtlosen Situation. Sie haben noch keine Arbeitsverträge, da die Stadt der von den Teammitgliedern selbst ausgearbeiteten Satzung die Zustimmung verweigert. Wir wollen aber nur Arbeitsverträge unterschreiben, die unsere Rechte auf Selbstbestimmung absichern.

Unsere Forderungen lauten:

1. Anerkennung des Kita-Rats (aus jeder Kita ein Vertreter) als entscheidendes Organ bei Einstellungen und Entlassungen;
2. Anerkennung des neuen pädagogischen Konzepts;
3. Anerkennung der Teamarbeit;
4. Behebung des Personalnotstands;
5. Beseitigung der baulichen Mängel.

Eltern haben mit ihren Kindern diese Forderungen unterstützt, indem sie Briefe an die SPD-Regierung geschrieben haben und andere Aktionen durchgeführt haben. Die Kündigungen sind offensichtlich auch Maßnahmen gegen diese Forderungen. Aus diesem Grund müssen wir den Kampf um die Rücknahme der Kündigungen zu einer Auseinandersetzung um unsere Satzung machen.

Während des zweitägigen Streiks wurden Vollversammlungen durchgeführt und Arbeitskreise gebildet. Es wurde ein Flugblatt verfaßt, auf dem die Situation noch einmal verdeutlicht wurde. Die Flugblätter wurden an die anderen Kindergärten, die nicht dem Modell "Kita" angehören, verteilt.

Es solidarisierten sich bereits die Erzieher der Volkshochschule und das Jugendamt Frankfurt/M–Höchst mit unseren Forderungen.

Auf einer öffentlichen Veranstaltung in der Aula der Fachhochschule Nord-West-Stadt solidarisierte sich die überwiegende Mehrheit der Eltern mit dem Streik der Kita-Arbeiter.

Inzwischen traten auch diejenigen Kollegen des Personalrats zurück, die der Kündigung von Anfang an widersprochen hatten.

Der Bezirksausschuß junger Lehrer der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und der Kreisjugendausschuß der ÖTV Frankfurt haben sich mit dem Streik solidarisiert.

Mit dieser Geschlossenheit und der breiten Unterstützung der Elternschaft hatte das Stadtschulamt anscheinend nicht gerechnet. Trotz harter Worte der Verantwortlichen der SPD wurde versucht, die Streikfront zu unterlaufen, indem man einen Formfehler bei der Kündigung entdeckte und sie deshalb um drei Monate verschob.

Der Streik hat uns gezeigt, daß wir durch geschlossenes Auftreten die Möglichkeit haben, unsere Forderungen durchzusetzen. Allerdings müssen unsere Aktionen noch besser vorbereitet werden.

Auch müssen wir versuchen, den Eltern, die durch einen erneuten Streik der Kitas außerordentlich hart getroffen wären, zu helfen. Wir müssen die Möglichkeit eines Notdienstes mit den Eltern absprechen, um für die Frauen, deren Arbeitsplatz auf dem Spiel steht, die Unterbringung ihrer Kinder zu sichern.

–Br–

Folterkammern in Gefängnissen ?

OFFENER BRIEF DER INITIATIVGRUPPE REFORM DES STRAFVOLLZUGS BREMEN

Aus: Offener Brief der Initiativgruppe Reform des Strafvollzugs

Informationen aus dem Oslebshauser Strafvollzug beweisen das Vorhandensein und die Benutzung einer Verwahrzelle (genannt "Glocke"), die auf mittelalterliche Zustände schließen läßt.

Was bedeutet das?

Für zehntausende von DM wurde ein kleiner Raum ohne Fenster, mit einem Toilettenloch im Boden – nicht spülbar vom Gefangenen – mit einer kostspieligen Klimaanlage versehen. Als Schlafstätte dient ein im Fußboden eingelassenes Bett bzw. ein Strohsack. Der Häftling wird i. d. R. entkleidet in der Zelle eingeschlossen. Aus Verwahrzellen in der Hamburger Untersuchungshaftanstalt sind nachweislich Todesfälle bekanntgeworden.

Trotz solcher Erfahrungen mit diesen Anlagen ist nun in Bremen (in Haus 3) wiederum eine Verwahrzelle im Bau!!!

Wir fragen:

1. Trifft es zu, daß die Klimaanlagen dieser Verwahrzellen ("Glocken") für eine Leistung von minus 20 Grad bis plus 60 Grad ausgerüstet sind?
2. Ist es wahr, daß mit solchen Anlagen schon Häftlinge ganze Nächte lang im Viertelstunden-Rythmus im ständigen Wechsel extremer Kälte und Hitze ausgesetzt wurden?
3. Kann es die oberste Dienststelle verantworten, daß Strafvollzugsbedienstete – die nach dem erklärten Willen ihrer eigenen Verbandsvertreter und der politisch Verantwortlichen zukünftig für einen Behandlungsvollzug ausgebildet werden sollen – durch den Umgang mit einer solchen Anlage in einen Gewissenskonflikt gestürzt werden?
4. Wie sind diese Einrichtungen mit Artikel 5 der "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" bzw. Art. 3 der europäischen "Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten" in Einklang zu bringen – wonach Folterungen verboten sind?
5. Wer trägt die Verantwortung dafür, daß zur selben Zeit, zu der noch die primitivsten Voraussetzungen für Arbeit und Ausbildung in Strafanstalten fehlen, zehntausende von DM für eine "Folterkammer" ausgegeben werden?

Wir fordern:

die sofortige Baueinstellung der Verwahrzelle in Haus 3 und die augenblickliche Einstellung der Benutzung aller übrigen Verwahrzellen sowie deren Beseitigung;

andernfalls sind alle Resozialisierungsbeteuerungen in den Massenmedien als handfeste Verschleierungsversuche für weiter bestehende unmenschliche Zustände im Bremer Strafvollzug anzusehen!

Initiativgruppe
Reform des Strafvollzugs
Bremen

»Ja für Pastor Gallmeier«

DER PASTOR SOLL VERSETZT WERDEN, WEIL ER FÜR DIE ARBEITER IST

In Ellerau, einem Dorf mit knapp 3 000 Einwohnern nördlich Hamburg, erreichte der seit langem schwelende Konflikt um den Gemeindepastor Eckhard Gallmeier in den letzten Monaten einen vorläufigen Höhepunkt. Das Kieler Landeskirchenamt suspendierte den Pastor und leitete ein Versetzungsverfahren gegen ihn ein. Grund: Ein "gedeihliches Zusammenwirken des Pastors mit der Gemeinde" sei nicht mehr möglich.

Worum geht es dabei? In der Tat ist ein gedeihliches Zusammenwirken Gallmeiers zumindest mit einem Teil der Gemeinde nicht mehr möglich. Es ist dies die örtliche Bourgeoisie. Mitten in Ellerau steht eine – und bislang die einzige – Fabrik, deren Eigentümer nicht nur über seinen Betrieb, sondern über das ganze Dorf herrscht. Mit seinem Anhang von Managern, Politikern und reaktionären Menschen übt er die gesellschaftliche Macht aus. Diese Leute, untereinander verwandtschaftlich verfilzt und in mannigfachen wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeiten miteinander verwoben, bestimmen, wer wo arbeitet; wer in den Wohnungen des Fabrikanten Erlhoff wohnt; sie sitzen im Bürgermeisteramt, beherrschen den "neutralen" Bürgerverein, sie haben ihre Finger im Kirchenvorstand und im Kindergarten-Ausschuß der Kirche.

So unerhört offen wie in diesem kleinen Ort liegt die Ausübung der gesellschaftlichen Macht durch die Kapitalisten kaum noch zutage. Das blieb auch Pastor Gallmeier nicht verborgen. Aber entgegen dem ihm von der Kirche zugedachten Auftrag, die Menschen mit ihrer Abhängigkeit und Ohnmacht zu versöhnen und sie darüber hinwegzutrösten, stellte er sich entschlossen auf die Seite der ausgebeuteten und unterdrückten Bevölkerung.

So etwa, wenn der Kapitalist, der in seiner Textilfabrik überwiegend Frauen beschäftigt, am liebsten ledige oder geschiedene, den Pastor Gallmeier zu den unregelmäßigsten Zeiten aufforderte, Kinder "seiner" Arbeiterinnen eben mal im Kirchenkindergarten aufzubewahren. Hieran wurde Gallmeier überhaupt erst deutlich, was im Betrieb gespielt wurde. Je nach Arbeitsanfall wurden die Arbeiterinnen mal vorzeitig nach Hause geschickt oder mitten am Samstag zur Arbeit bestellt. Da im Betrieb nur ein paar SPD-ler in der Gewerkschaft sind, die dies aber verheimlichen, hatten die Arbeiterinnen das Gefühl, sie müßten sich dies alles gefallen lassen, weil sie sonst rausfliegen. Seit Gallmeier aber die unregelmäßigen Arbeitsanforderungen einmal in einer Predigt öffentlich brandmarkte, wagt der Kapitalist es nicht mehr, so mit den Arbeiterinnen umzuspringen.
Ähnliche Konflikte ergaben sich im Kindergartenausschuß der Kirche. Erlhoffs Handlanger forderten wiederholt, daß säumigen Eltern – zumeist Arbeitnehmer des Textilfabrikanten – unerbittlich Zahlungsbefehle ins Haus geschickt würden, um sie so auch finanziell in die Zange zu nehmen. Aber Gallmeier weigerte sich.

So und anders machte der Pastor dem Kapitalisten öfter einen Strich durch die Rechnung. Die Folge waren zunächst heftige Auseinandersetzungen im Kirchenvorstand. In dem Maße, wie sich die Krise der Textilindustrie zuspitzte, und in dem Maße, wie sich die allgemeine wirtschaftliche und politische Krise des Kapitalismus abzeichnete, wurden auch die Versuche heftiger, Gallmeier abzuschießen.
Da machte jedoch die Ellerauer Bevölkerung nicht mit. Ohnehin kein großes Volk von Kirchgängern, spürten die Menschen hier jedoch, daß es nicht um irgendwelche innerbourgeoisen Streitigkeiten um "moderne" oder "konservative" Theologie ging, sondern daß die Schläge gegen Gallmeier ihnen galten. Gallmeier hatte sich auf ihre Seite gestellt, und dafür soll er gefeuert werden.

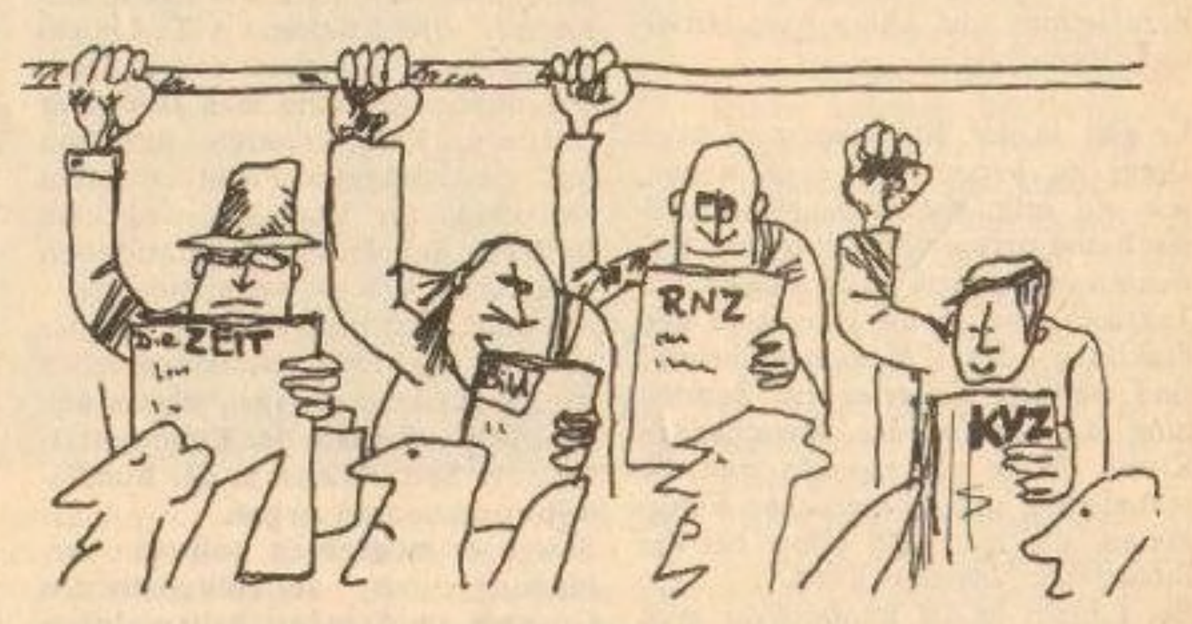
Auf verschiedensten Protestversammlungen sprachen sich mehr Menschen, als die Ellerauer Kirche je auf einmal gesehen hatte, für Pastor Gallmeier aus. Die Arbeiterinnen aus der Fabrik überbrachten eine Solidaritätsresolution von über 120 Unterschriften. Ein anderer Arbeiter nahm sich zwei Tage frei und sammelte bei mehr als 200 Menschen, die er ansprach, rund 160 Unterschriften. In einer Initiativ-Gruppe "Für eine Gemeindearbeit im Interesse der Bevölkerung" organisierten sich mehr als 20 Menschen.
Die Tatsache jedoch, daß nunmehr auch der Klassenkonflikt offen zutage liegt, daß – wie das Landeskirchenamt sagt – die Gemeinde in zwei miteinander unversöhnliche Lager gespalten sei, diese Tatsache soll jetzt Gallmeier zum Strick gedreht werden. Jetzt wird ihm vorgehalten, er hätte nicht versöhnt, sondern die Menschen entzweit. Deswegen müsse er aus der Gemeinde versetzt werden.

In diesen Vorwürfen tritt die ganze Rolle der Religion und ihrer Organisation, der Kirche, in dieser Gesellschaft deutlich hervor. Dort, wo die Bourgeoisie den Menschen kaum noch Raum zum Atmen läßt, wo die Menschen kämpfen müssen, wenn sie nicht untergehen wollen, dort kommt die Kirche und sagt: Frieden, Versöhnung, Liebe. Aber was ist das für ein Frieden, den der Ausgebeutete mit seinen Ausbeutern, den der Unterdrückte mit seinem Unterdrücker hält? Das ist ein fauler Frieden. An diesem Frieden hat die Arbeiterklasse und hat das Volk kein Interesse.
Es ist kein Zufall, daß gerade auch die Kirche heute zur Durchsetzung der Versöhnungsideologie in ihren eigenen Reihen eine Ausrichtungs- und Säuberungskampagne durchführt. So wurden etwa in der gleichen Propstei, in der auch Pastor Gallmeier arbeitet, ein weiterer Pastor sowie zwei Diakone entlassen, die sich alle durch bestimmte fortschrittliche Ansätze in ihrer Arbeit auszeichneten.

Diese Säuberung liegt voll auf der Linie, die der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Stoltenberg, dieser verdiente Lakai der Kapitalisten, in der "Welt" vom 14.12.73 ausgab: "In jeder Krise liegt die Chance für eine neue Nüchternheit und die Wiederherstellung der richtigen Wertrangordnung."
Einen Vorgeschmack von dieser "richtigen Wertrangordnung" gab der Landesbischof bereits ab, als er die für Gallmeier eintretende Ellerauer Bevölkerung dreist als "von der Straße aufgelesenen Pöbel" bezeichnete. Und wie diese "Wertrangordnung" wieder hergestellt werden soll, davon hat die Ellerauer Bevölkerung schon einen Vorgeschmack: stets wurde ihr mit dem bürgerlichen Strafgesetz, stets wurde ihr mit der Polizei gedroht, wo sich auch nur die leiseste Regung für den Pastor breitmachte.

Die Ellerauer haben jedoch gelernt. In der ersten Nummer der von der Initiativgruppe nunmehr unregelmäßig herausgegebenen "Volkszeitung für Ellerau, Quickborn und Umgebung" heißt es: "Wir können uns weder unserem Arbeitgeber noch den Behörden und auch nicht der Kirche anvertrauen. Wir können zwar immer wieder um Verbesserungen bitten, aber wir erreichen nichts. All diese Institutionen vertreten nicht unser Interesse... Das Einzige, worauf wir wirklich bauen können, ist das Vertrauen auf unsere eigene Kraft und ein gemeinsames Auftreten gegen diese Herren. Wir selbst müssen uns eine Institution schaffen, die tatsächlich unsere Interessen vertritt. Diese Institution muß aus Leuten bestehen, die von uns direkt gewählt werden und die jederzeit abwählbar sind, wenn sie nicht mehr unsere Interessen vertreten, wie etwa die gegenwärtigen politischen Parteien in diesem Lande."

Sich diese Institution zu schaffen, hat die Initiativgruppe sich fest vorgenommen. Ein erster Schritt auf diesem Wege ist die Zeitung, "die uns gehört und deren Inhalt nicht ein Chef, sondern wir alle selbst bestimmen."
—A.—



Demontage des Nahverkehrs

Die Nahverkehrsunternehmen sehen jetzt eine günstige Gelegenheit, auf Kosten der Benutzer zu sparen. Auf Grund der Notstandsmaßnahmen der Regierung, dem Fahrverbot und den steigenden Benzinpreisen sind mehr Leute gezwungen, den öffentlichen Nahverkehr zu benutzen.

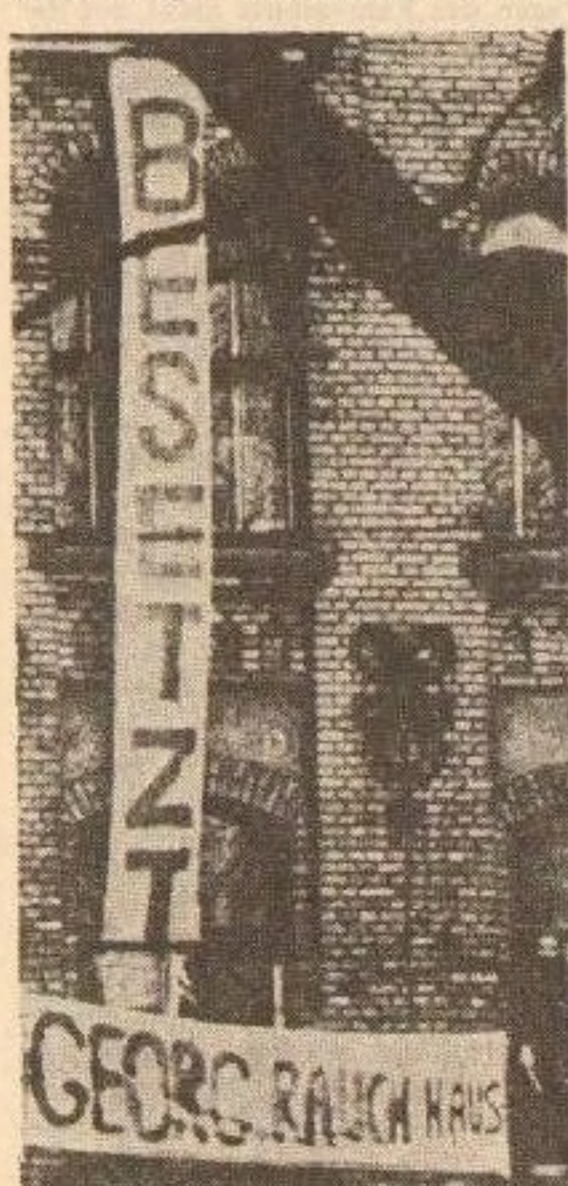
In Braunschweig fahren ab 7.1. die öffentlichen Verkehrsmittel ab 20 Uhr und Sonntags Vormittags nur noch alle halbe Stunde, statt wie vorher alle 20 Minuten. Erst im Frühjahr wurden die Fahrpreise stark erhöht. Demonstrationen fanden dagegen statt. Jetzt laufen eine Reihe von Prozessen gegen Demonstranten an. In Heidelberg wurde ab 6.1. erneut drastisch der Nahverkehr eingeschränkt.
Weg mit den staatlichen Sparmaßnahmen auf dem Rücken des Volkes!

Das Wohnrecht ist erkämpft

JETZT GEHT DER KAMPF UM DIE POLITISCHE NUTZUNG DES GEORG-VON-RAUCH-HAUSES

Das Georg von Rauch-Haus ging aus einem Jugendzentrum hervor, das im Sommer 1971 von ca. 300 Jugendlichen im Berliner Bezirk Kreuzberg besetzt wurde. Dort entstand auch das Bedürfnis, nicht nur die Freizeit zusammen zu verbringen, sondern auch zusammen zu wohnen. Außerdem kamen immer mehr Trebegänger (Kinder und Jugendliche, die aus Erziehungsheimen abgehauen sind) in unser Jugendzentrum, die einen Platz zum Schlafen suchten. Das Wohnproblem wurde immer dringlicher, Wohnungen Suchen war nicht möglich, da sie schwer zu finden und viel zu teuer sind.
Als Möglichkeit für uns bot sich das in der Nähe unseres Jugendzentrums gelegene leerstehende Bethanienkrankenhaus an, das gegen den Widerstand der Kreuzberger Bevölkerung vom SPD-Senat geschlossen wurde, nachdem es kurz vorher mit 8 Millionen renoviert wurde. Es stand dann zwei Jahre leer und wurde mit Steuermitteln in Ordnung und vor allem leer gehalten. Die Jusos und "linke" SPD-ler haben inzwischen gegen die lebensnotwendigen Bedürfnisse der Kreuzberger Bevölkerung ein Künstlerzentrum ins Bethanien gesetzt. Um damit Kreuzberg für den Mittelstand attraktiver zu machen und die Kreuzberger Arbeiter in die Randgebiete und Neubaughettos zu vertreiben.

Wir traten daher mit dem Bezirksamt Kreuzberg in Verhandlungen über einen Teil des Komplexes, das sogenannte Martha-Maria-Haus, ein ehemaliges Schwesternwohnheim, das sich für unsere Zwecke bestens eignete. Nach zähen Verhandlungen erreichten wir, daß uns eine Etage des Hauses zur Verfügung gestellt werden sollte, wir erhielten jedoch nur unklare Zusagen über den Zeitpunkt. Wir konnten aber nicht ewig warten, da der Winter vor der Tür stand und unsere Wohnprobleme im Lauf der Zeit nicht weniger wurden. Am 8. Dezember 1971 besetzten wir daher mit 300 Jugendlichen und Studenten das Haus und nannten es nach dem wenige Tage zuvor von der Polizei ermordeten Georg von Rauch. Das Haus wurde nicht geräumt, weil der linke Flügel in der SPD hier eine Möglichkeit sah, sich ein Aushängeschild für seine "Reformpolitik" zu schaffen.



Lange Zeit ungenutzt; seit Sommer 1971 von Jugendlichen bewohnt.

In den ersten Tagen herrschte Chaos im Haus. In den ca. 90 Räumen (einschließlich Küche, Bäder, Gemeinschaftsräume) lebten ungefähr 80 Leute. Die einzige einigermaßen stabile Gruppe im Haus war die Lehrlings- und Jungarbeitergruppe aus dem Jugendzentrum, doch auch hier gaben viele ihre Lehre oder Arbeitsstelle auf, da in der allgemeinen Unruhe im Haus eine geregelte Arbeit nicht möglich war. Auch die Gruppen, die sich um die Trebegänger kümmern sollten, waren nicht in der Lage, den Jugendlichen aus den Heimen in ihrer veränderten Situation zu helfen. Dazu kam, daß der Senat das Haus in den ersten Wochen finanziell unterstützte. Dies machte es unnötig, daß wir selbst für unseren Unterhalt sorgten.
Sehr bald durchschauten wir diese Politik, die nur darauf abzielte, uns vom Senat abhängig zu machen. Wir beschlossen, selbst für unseren Lebensunterhalt zu sorgen. Zu diesem Zeitpunkt wurde auch verstärkt die Diskussion darüber geführt, eine Perspektive für das Haus und seine Bewohner zu entwickeln.

Es bildeten sich zwei Hauptlinien heraus. Die Vertreter der einen Linie meinten, daß die Bewohner des Hauses eine politische Arbeit im Betrieb und im Stadtteil leisten sollten, wobei die Inhalte dieser Arbeit, vor allem die Frage der Organisation, völlig unklar waren. Als Organisationsform propagierten wir die Selbstorganisation, die wir als Gegensatz zu einer Organisierung in einer politischen Partei verstanden. In der Praxis beteiligten wir uns an Kampagnen und Demonstrationen (zum Beispiel Nulltarifkampagne und der Bethanienkampagne, die für die Einrichtung einer Kinderpoliklinik im Bethanien kämpft), arbeiteten weiter an unserem Jugendzentrum, einige Genossen gingen zusammen in Großbetriebe arbeiten, andere arbeiteten in Stadtteilgruppen in Kreuzberg.
Die Vertreter der zweiten Linie betrachteten das Haus als erkämpften Freiraum, in dem man sich ein möglichst schönes Leben machen sollte und sich nur mit den Problemen der Bewohner des Hauses auseinandersetzen sollte. Arbeit in der Fabrik betrachteten sie lediglich als Mittel, um Geld heranzuschaffen, eine längerfristige Perspektive für das Haus sahen sie nicht.
Mitten in diese Auseinandersetzung legte uns der Senat einen Entwurf für einen endgültigen Nutzungsvertrag vor, der darauf abzielte, uns besser kontrollieren zu können. Begonnen hatte die Kampagne gegen uns mit einer Großrazzia der Berliner Polizei im April 1972, an der 800 Polizisten beteiligt waren und wo ca. 30 Bewohner des Hauses vorläufig festgenommen wurden. Alle eingeleitete Verfahren mußten wieder eingestellt werden. Ziel der Razzia war es, unseren Ruf in der Bevölkerung zu zerstören und uns zu isolieren. (Schlagzeile in der Berliner Presse: "Terrorzentrale ausgehoben") Im Sommer erfolgte eine Personenüberprüfung, bei der ein Genosse verhaftet wurde.
Nach den Sommerferien legte der Senat dann seinen Nutzungsvertrag mit mehreren Kontrollparagraphen vor. Wir starteten eine Kampagne gegen diesen Entwurf und dank der breiten Unterstützung durch Lehrlinge, Schüler, Studenten, Erzieher und Lehrer, durch politische Gruppen, kommunistische Organisationen, Gewerkschaftsgruppen und andere Vereinigungen konnte der Vertragsentwurf in entscheidenden Punkten zu unseren Gunsten verändert werden. Im Januar 1973 kam ein Nutzungsvertrag zustande, der das Weiterbestehen des Georg von Rauch-Hauses sicherte.

Der Kampf um den Nutzungsvertrag hatte den meisten Bewohnern gezeigt, daß es falsch ist, sich einen Freiraum zu schaffen, in dem man sich nur mit seinen eigenen Problemen beschäftigt, denn dies kommt den Absichten der SPD-Reformpolitik entgegen.
Vielmehr setzte sich die Linie durch, daß es wichtig ist, in möglichst vielen gesellschaftlichen Bereichen, vor allem in Großbetrieben, die Arbeit aufzunehmen. Dies hatte zur Folge, daß viele Bewohner ihre abgebrochene Lehre wiederaufnahmen oder eine neue Ausbildung begannen, andere suchten sich Stellen in Großbetrieben und arbeiteten in Betriebsgruppen mit. Für diese Genossen, die eine längerfristige Perspektive hatten, wurde die Frage der Organisierung zum dringenden Problem. Durch unsere Arbeit in Betrieben und anderen Bereichen der Gesellschaft wurde uns der Hauptwiderspruch der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und die Notwendigkeit des Kampfes dagegen klar.

Unsere früher vertretene Selbsorganisation sehen wir heute als Organisationsform für einen bestimmten Bereich zu einem bestimmten Zweck (zum Beispiel Zusammenwohnen und -leben im Georg von Rauch-Haus). Die Auseinandersetzung um die politische Organisierung wird zur Zeit noch von den Bewohnern des Hauses geführt. Einige Genossen arbeiten in kommunistischen Organisationen und tragen ihre Erfahrungen ins Haus zurück, um die Auseinandersetzung weiter voranzutreiben.

—Kollektiv
Georg von Rauch-Haus—

Kampf innerhalb der Bundeswehr

◁ EINE SOLDATENKORRESPONDENZ UND
▽ EINE ANTWORT AUF VERSCHIEDENE KORRESPONDENZEN AUS DER BUNDESWEHR

Ein Leser schreibt uns zum "Kampf innerhalb der Bundeswehr".

"Der Klassenkampf muß in die Bundeswehr hineingetragen werden und in ihr möglichst organisiert fortgeführt werden. In keiner Institution dieses Staates offenbart sich der Zwangscharakter des Staates so deutlich wie in der Bundeswehr. Der ökonomische Zwang, dem die Arbeiter und Angestellten vor Eintritt in die Bundeswehr ausgesetzt waren, nimmt sich gegen das Repertoire von Disziplinarmaßnahmen (Geldstrafen, Ausgangsbeschränkungen, Knast) und "erzieherischen Maßnahmen" (Wochenenddienste, Dreckarbeiten) vergleichsweise harmlos aus. Die Tatsache, daß man letztenendes nur der Willkür des Vorgesetzten ausgesetzt ist, läßt sich auch durch Wehrbeschwerdeordnung und ähnliche demokratische Deckmäntelchen nicht verschleiern. All diese Repressionen, die einen zum blinden Gehorchen "erziehen" sollen, bieten den besten Anlaß, den Betroffenen aufzuzeigen, daß es sich bei der Bundeswehr nicht um eine vorübergehende Periode handelt, sondern daß die Bundeswehr die konsequente Fortführung von Schule, Berufsschule und Lehre bzw. Mittel- und Oberschule ist.

Es gibt in der Bundeswehr wichtige Dinge zu lernen. Man muß wissen, wie ein militärischer Apparat technisch und personell funktioniert. Einsichten in militärische Strategien und Taktiken und in die Prinzipien und Praktiken der "Menschenführung" sind wichtige Kriterien zur Beurteilung der Kräfte der herrschenden Klasse. Nicht zu vergessen sind die technischen und körperlichen Fähigkeiten, die man sich selbst bei der Bundeswehr aneignen kann.

Bei Eintritt in die Bundeswehr muß man zuerst einmal intensive Beobachtungsarbeit leisten, um Grenzen und Möglichkeiten des eigenen Kampfes in der Bundeswehr einschätzen zu können. Man muß wissen, welche Repressionen auf welche Aktionen hin erfolgen können und welche Mittel die Bundeswehr hat, um einen zu isolieren oder mundtot zu machen. Dazu muß man sich genügend Kenntnisse über Wehrgesetze, Disziplinarordnung, Wehrbeschwerdeordnung und Vorschriften aneignen (Kontakte zu Geschäftszimmer und Vorschriftenstelle!). Abgesehen davon, daß diese Kenntnisse in einem begrenzten Rahmen dem eigenen Schutz dienen, hat man auch manchmal die Möglichkeit, Vorgesetzte mit ihren eigenen formalen Mitteln fertig zu machen.

Die Leistungen, die die Bundeswehr von einem verlangt, muß man erfüllen, sonst ist es für die Vorgesetzten zu leicht, einen durch Repressionen und durch Abstempeln zum "ewigen Querulanten" mundtot zu machen oder von den Kameraden zu isolieren. Spektakuläre Auftritte kann man sich nur leisten, wenn sie vermittelbar sind und man mit der Solidarität der Kameraden rechnen kann.

Die intensive Einzelagitation muß im Vordergrund stehen. Gerade im tagtäglichen Gespräch mit den Kameraden kann man die wirtschaftlichen Hintergründe der Bundeswehr, ihren Zwangscharakter als Disziplinierungsinstrument und ihre Bedeutung als innen- und außenpolitisches Machtmittel erläutern.

Es empfiehlt sich, Kasernengruppen zu bilden. So kann man Erfahrungen und Informationen systematisch sammeln und verwerten und damit den Kampf effektivieren. Auf Linienkämpfe mit Genossen von anderen Organisationen sollte man sich nicht einlassen. Eine konkrete Situation und ein konkreter Feind erfordern ein konkretes Vorgehen und kein theoretisches Hickhack. Stattdessen sollte man sich – wenn möglich – auf eine Plattform einigen, von der aus ein effektives Handeln möglich ist. Die Kasernengruppen müssen sich natürlich außerhalb der Kaserne treffen, der Spitzeldienst in der Bundeswehr funktioniert zu gut.

Soweit es möglich ist, soll man Verbindung mit antimilitaristischen Gruppen am Standort halten (Informationsbeschaffung, Flugblattdruck) und natürlich mit anderen Kasernengruppen.

Zum MAD (Militärischer Abschirmdienst): Der MAD hat nicht das Recht zu Verhören! Man braucht sich also mit den Herren nicht zu "unterhalten". Es erscheint aber manchmal opportun, sich auf ein Gespräch einzulassen, um "ihre Bedenken zu zerstreuen", sie falsch zu informieren oder überhaupt einmal herauszubekommen, worum es eigentlich geht."

Zuschriften, in denen wehrpflichtige Soldaten die Frage aufwerfen: "Was muß in der Bundeswehr getan werden? " und "Wie muß es getan werden? " erreichen unsere Zeitung in steigendem Maße.
Jedoch haben viele Soldaten eine gewisse Scheu davor, diese Fragen der Taktik öffentlich zur Diskussion zu stellen.

Das kommt, weil es in der Bundeswehr ein großes Maß an Unterdrückung, politischer Entrechtung und gehässiger Despotie gibt. Will man jetzt die richtige Taktik im Kampf gegen diese Unterdrückung, Entrechtung und Despotie erläutern, dann muß man das am besten anhand von Beispielen machen.

Viele Wehrpflichtige haben aber Angst, daß sie als Verfasser erkannt und unter Druck gesetzt werden, wenn sie uns schreiben.

Diese Furcht hat dazu beigetragen, daß es zwar ziemlich viele Soldatengruppen, Kasernengruppen, antimilitaristische Gruppen gibt, daß diese Gruppen auch oft gute Arbeit leisten, daß es aber keine gute, breit und öffentlich geführte Debatte gibt, zu welchem Zweck man unter den Soldaten und in der Bundeswehr arbeitet und welcher Mittel man sich dabei bedient.

Gegenwärtig gibt es über diese Fragen einen undurchsichtigen und ausgefächerten Schriftverkehr zwischen Soldaten, die sich irgendwoher kennen.

Natürlich kann auf diese Weise der außerordentliche Reichtum der Erfahrungen und die Vielfalt der Gedanken nicht ausgenutzt werden, **um auf breiter Front zur Klärung der Probleme beizutragen.**

Den wehrpflichtigen Soldaten, die beim Bund sind und erfahren wollen, wie sie sich ihrer Haut wehren können, nützt dieser Zustand nichts. Wie muß das abgestellt werden, und wer muß es abstellen?

Das kann nur so geschehen, daß die wehrpflichtigen Soldaten und unter ihnen vor allem die jungen Kommunisten ihre Aufgabe ergreifen und den Gang und die Ergebnisse ihrer eigenen Arbeit in der KVZ offen und schonungslos untersuchen und kritisieren. Man darf sich in dieser Sache von keinerlei Furcht lähmen lassen und muß als Maßregel der Vorsicht im Wesentlichen folgendes beachten:

Erstens: Handelt es sich um eine Sache, die nahezu jedem Soldaten in unserer Kaserne, unserer Kompanie, unserem Zug bekannt ist, oder handelt es sich um eine Sache, die nur mir bekannt ist und bekannt sein kann? Im ersten Fall ist eine Veröffentlichung problemlos, im anderen muß man sich überlegen, wie man die Sache vielen Soldaten bekannt macht, damit man sie veröffentlichen kann.

Zweitens ist zu beachten, daß solche Zuschriften an die KVZ nicht mit vollem Absender beschriftet werden.

Freilich schützt eine solche Überlegung nicht davor, daß die Dienstvorgesetzten vermuten, wer wohl der Autor sein könnte. Das macht aber nichts aus, weil sie es nachweisen müßten. Wenn man solche Überlegungen sorgfältig anstellt, dann kommt man meist zu dem Ergebnis, daß man tatsächlich fast alles schreiben kann. Sich die **Kleinigkeiten**, die man verschweigen muß, dazuzudenken, das wird zumindest den sachkundigen Soldaten keine Schwierigkeiten bereiten.

Vor allem aber dürfen sich die Genossen, die uns zu diesen Fragen schreiben, nicht um die Hauptfrage herumdrücken: Es ist zweifelslos die Pflicht jedes Revolutionärs, den spontanen Widerstand der Soldaten gegen Unterdrückung, politische Entrechtung und kleinliche Despotie zu unterstützen, wo er aufflackert und an welchem Punkt er sich auch entzünden mag.

Nicht aber ist es richtig, **stehen zu bleiben** bei der Überlegung, wie man diesen Kleinkrieg schlauer, durchtriebener führen kann. Nötig und die vornehmste Aufgabe unserer jungen Genossen bei der Bundeswehr ist es, zu überlegen, wie in diesen Kleinkrieg der Gedanke an das revolutionäre Ziel der Arbeiterklasse, an die soziale Revolution, hineingetragen werden kann.

Dieser Aufgabe genügt man nicht, wenn man zwar kämpft, den Soldaten aber den Zweck unseres Einsatzes und unserer Arbeit verschweigt.

In der gegenwärtigen Situation, wo es den Willen zum Widerstand gibt und gleichzeitig viel Unklarheit und Verwirrung über das Ziel und den Zweck dieses Widerstands, genügt man dieser Aufgabe, wenn man seinen Kameraden folgendes erklärt:

Die Ausbeutung der Proletarier durch die Kapitalisten ist in dieser Gesellschaft Grundlage der Knechtschaft in jeder Gestalt, des gesellschaftlichen Elends, der geistigen Verkümmerung, der politischen Abhängigkeit. Um all dies zu beenden, muß die politische Macht der bürgerlichen Klasse gebrochen, muß der bürgerliche Staatsapparat zerschlagen werden.

Auf dem Weg dorthin kämpft das Proletariat entlang der Forderungen, die es durchführen wird, wann und wo es zur Macht gelangt. Für die Militärfrage bedeutet das: Das stehende Heer muß aufgelöst werden. Das Volk muß sich bewaffnen. In der Volksmiliz müssen die Offiziere gewählt werden und man muß sie absetzen können. So wird der Militärdienst im Sozialismus aussehen. Diese Gedanken in den Köpfen der Soldaten zu wecken, ist die Aufgabe.

Ein Mittel dazu ist es, das Elend und das würdelose Dasein der in Kapitalistendienste gepreßten Wehrpflichtigen zu enthüllen, den Widersinn der wehrpflichtigen Jugend einzuordnen in die Forderung nach Abschaffung des stehenden Heeres, Durchführung der allgemeinen Volksbewaffnung und Wahl der Offiziere.

Jeder Fortschritt in dieser Richtung, jedes lebendige Beispiel einer solchen Arbeit wiegt schwer, stärkt den Widerstand gegen die Unterdrückung und schwächt die Unterdrücker.

–M.F.–

Einübung des unbedingten Gehorsams

BERICHT VON EINER 36–STUNDEN–ÜBUNG

Am 3. bis 4.Dezember 1973 machte die 3.Kompanie des Panzergrenadierbataillons 133 in Wetzlar eine 36-Stunden-Übung. Die 3 Züge der Kompanie setzten sich auf verschiedenen Wegen in Marsch und hatten gemeinsam "den Auftrag, feindliche Luftlandeeinheiten zu bekämpfen, die im Raum Wetzlar gelandet" waren. Für die Soldaten hieß dies, mit Gewehr 63, Sturmgepäck, ABC–Schutzmaske ("Schnüffelbüchse"), Spaten ("NATO-Bagger") und pro Zug einem Maschinengewehr MG 3, einer Panzerfaust und einem Funkgerät SEM 35 40 km zu marschieren (40 km stand auf dem Dienstplan); zu marschieren mitten durch den Wald, über Berg und Tal und durch 20 cm hohen Schnee. Jeder Zug bekam eine miserable Karte, auf der etwa 1/3 der vorhandenen Wege und markanten Punkte eingezeichnet waren, nach der man den Weg zu finden hatte. Die Nacht vom 3. auf den 4. sollte die Kompanie in einem Versteck verbringen, das jeder Zug selbständig zu beziehen hatte, nachdem er unterwegs die ihm zugeteilten Wasserbehälter (= Kontrollpunkte, ob man etwa nicht abgekürzt hat) "zerstört" hatte. Die "Zerstörung" der Wasserbehälter sollte den Sinn haben, "dem Feind die Trinkwasserversorgung abzuschneiden". Seelisch vorbereitet auf derlei Dinge, setzten sich die Soldaten unmutig in Marsch. Während des Marsches steigerte sich der Unmut, als man feststellte: Erstens, daß die Karten nichts taugten, zweitens, daß Leute mit mußten, die a) eigentlich krank waren und b) das Marschieren nicht gewohnt sind (zu a): Morgens hatte der Spieß im San-Bereich angerufen, alle Kranken der 3.Kompanie, die irgendwie noch laufen konnten, wieder zurückzuschicken; zu b): auch Fahrer z.B. mußten mit, obwohl sie praktisch keine infanteristische Ausbildung haben und sonst nie marschieren), drittens, daß man vor jeder Mahlzeit erst eine "Gefechtseinlage" bekam, sich also quasi das Essen im Sturmlauf regelrecht erkämpfen mußte. Die Füße wurden bald naß und kalt (es war unter 0 Grad C.) und man schlich mit ca. 3 km/h dahin, einmal, weil die Waldwege alle vollkommen verschneit waren, zum anderen, weil man dauernd auf die erschöpften Kameraden warten mußte. Unter diesen Bedingungen bezog der II.Zug nachts gegen 22 Uhr sein Versteck. Alles war körperlich total fertig, denn man war Dank der beschissenen Karte nicht 20, sondern rund 35 km marschiert.

Die Kameraden des II.Zuges ~~machte~~ sich gerade daran, mit dem Spaten den Schnee wegzuschippen und ein Feuer anzulegen, als der Übungsleiter, Leutnant Söhn (ein berüchtigter Schinder) mit dem Jeep gefahren kam und den Zugführer fragte, warum der II.Zug zwei Wasserbehälter nicht "zerstört" hatte. Der Zugführer nannte als Grund die schlechte, völlig veraltete Karte. Leutnant Söhn stimmte der Kritik an der Karte zu, meinte jedoch, das mache alles gar nichts und befahl: "Diese Richtung, ein paar tausend Meter, 2 Wasserbehälter, zerstören, marsch, marsch!" Die Soldaten fragten, wieviel tausend Meter, Leutnant Söhn sagte leichthin: "Ach, so ungefähr bloß 5, 6 Kilometer." Die Kameraden berieten, was zu tun sei, denn einige konnten wirklich keinen Schritt mehr, ja, es kam sogar ernsthaft der Gedanke ins Spiel, den Befehl zu verweigern. Doch diese Möglichkeit ließ man bald fallen, als ein Kamerad sagte, das würde nicht als Befehlsverweigerung (ein paar Tage Bau hätten alle in Kauf genommen), sondern als Meuterei ausgelegt (das war dann doch zu riskant). Die Soldaten machten dem Leutnant den Vorschlag, daß ein Trupp, bestehend aus zwei Soldaten und dem stellvertretenden Zugführer, die noch die Energie hatten, 10 bis 12 Kilometer zu laufen, den Auftrag erfüllen würden. Der Herr Offizier ließ nicht mit sich reden, sondern schrie die Soldaten an, was er befehle, hätten sie unverzüglich auszuführen. Mit einer Riesenwut im Bauch (und einem beträchtlichen Hunger) zog der II.Zug wieder los. In Diskussionen unter den Kameraden kam sehr deutlich zum Ausdruck, daß sie alle keine Motivation hatten, in dieser Kälte mitten in der Nacht quer durch die Pampa zu kriechen. Als ein Soldat davon anfing, welche Strapazen die Rote Armee auf dem langen Marsch zu bewältigen hatte, sagten sofort mehrere Kameraden: "Die wußten auch wofür!"

Als der II.Zug bei den beiden Wasserbehältern angelangt war, dachte keiner mehr an deren "Zerstörung", sondern man diskutierte sofort mit dem "Feind" (2 Kameraden des I.Zuges) diese Schweinerei. Die beiden Kameraden erzählten, daß sie schon seit 10 Stunden an dieser Stelle stünden und genauso wie der II.Zug noch nichts zu essen bekommen hatten.

Dieser Bericht zeigt eine der Maßnahmen, mit denen die Jugendlichen in der Bundeswehr, mit denen ihr Widerstand gebrochen werden soll. Es ist vielen klar geworden, daß wir zu Maschinen erzogen werden sollen, die auf alles schießen, was sich regt, wenn sie nur den Befehl dazu kriegen. Unser Widerstand gegen die Unterdrückung durch die Offiziere und Unteroffiziere und alle anderen Kapitalistenknechte wird dadurch nur stärker. Laßt euch nicht durch den Druck von oben fertigmachen! Sprecht mit den Kameraden! Organisiert euch in antimilitaristischen Komitees! Nehmt Kontakt auf zu fortschrittlichen Kameraden in anderen Kasernen

SOLDATEN BERICHTEN

Neun Tote bei Manöver

Wie in jedem Jahr, so auch diesmal, war die Husarenkaserne wieder am großen Wintermanöver (Bellende Meute) beteiligt. Das Manöver ging vom 28.11. bis 14.12. . Während die Bevölkerung an beiden Sonntagen wegen des Fahrverbots nicht mit ihren PKW's fahren durften, verpufften Panzer, Lastwagen und andere am Manöver teilnehmende Fahrzeuge der Husarenkaserne über 6 Millionen Liter Sprit.

Doch damit nicht genug, die Soldaten waren während des Manövers besonders harten und kriegsähnlichen Anforderungen ausgesetzt. Im Schnitt 4 bis 5 Stunden Schlaf.

Bei fast allen Fahrzeugen versagte auch die Heizung, in manchen Kettenfahrzeugen war bis zu 3 mm Rauhreif an den Wänden. So mußten auch einem Kameraden einige Zehen amputiert werden. Meldete man die defekte Heizung, so hieß es dann: "Macht euch warme Gedanken", während die Generäle und der Kommandeur sich in beheizten Zelten befanden und das Manöver auf einer Platte ablaufen ließen.

Insgesamt waren 9 Todesfälle zu verzeichnen während der Versorgungs- und Verlegungsübungen. Darunter waren 2 Zivilisten. Im Gegensatz dazu wurde im Fernsehen von einem hohen Offizier als Ergebnis des Manövers gesagt: "Die Übung verlief ohne nennenswerte Verluste". Sind diese Todesfälle und Erfrierungen allein auf menschliches Versagen zurückzuführen oder sind sie eben Ausdruck eines kriegsähnlichen Ablaufs?

Nach diesen 5 schrecklichen Tagen wurden wir dann noch nach Bergen-Hohne verlegt, wo unser Battallion noch ein Schießen veranstaltete. Auch hier waren wieder verschiedene Kameraden Tag und Nacht im Einsatz. Die Versorgung klappte nach Aussage des Stabs vorzüglich. Das sah dann so aus, daß viele Kameraden tagelang nichts zu Essen hatten; aber die Hauptsache war ja, daß die Panzer schießen konnten und dies wiederum Tag und Nacht.

Wußtet ihr eigentlich, daß ein Schuß ~~reines~~ Leopards runde 800 DM kostet und daß davon 1 000 und mehr pro Tag verballert werden, auf Kosten des Steuerzahlers?

So stehen in Bergen-Hohne ausgemusterte Panzer des Typs M 48, den der Leopard ablöste, und rosten vor sich hin. Diese werden nach und nach von den Engländern abtransportiert und als Schußziele verwendet. Bei genauerem Betrachten fällt einem aber auf, daß die Ketten, Laufrollen sowie das ganze Material dieser "alten" Panzer noch gut ist. Kurz gesagt, es ist ungefähr das gleiche, als wenn man seinen Wagen nach 2 bis 3 Jahren abstellt und verrosten läßt.

Sich sowas vorzustellen ist absurd. Aber die Rüstungsmonopole verdienen nicht an der Renovierung der Kriegsmaschinerie, sondern 1 000 mal mehr, wenn sie alle paar Jahre diese erneuern. Und bei deren Erprobung für den Krieg kommt es dann nicht einmal auf die Menschenleben an.

9 Tote gelten als "ohne nennenswerte Verluste".

(Bericht eines Soldaten aus der Husarenkaserne Braunschweig.)

SPARMASSNAHMEN BEI DER BUNDESWEHR

Alle Hallenbäder der Bundeswehr sollten laut Befehl Anfang Dezember geschlossen werden.

In verschiedenen Kasernen gab es abends keinen Strom.

Dagegen werden Dieselkraftstoff und Benzin weiterhin zum Polieren der Fahrzeuge verwendet.

SPANIEN: Die Revolutionäre schlagen zu - Das Regime schlägt um sich

Am 29.12.73 wurden im sogenannten Prozeß 1001 gegen zehn spanische Arbeiter, Angestellte und Priester wegen Zugehörigkeit zu einer illegalen Organisation nach kurzer Prozeßdauer die Urteile gefällt. Die zehn Verurteilten hatten sich in ihren Betrieben in ihren Arbeitsbereichen für die Interessen und Forderungen der Kollegen eingesetzt, hatten in den Arbeiterkommissionen (CC.OO.) den Kampf gegen das faschistische Franco-Regime und für politische Freiheiten geführt. Sie wurden zu insgesamt 162 Jahren Gefängnis verurteilt. Das Urteil stand seit Monaten fest. Eine – wie auch immer geartete winkeladvokatische – Beweisführung fand nicht statt. Nicht einmal zum Schein für die anwesenden ausländischen Rechtsanwälte.

In den vergangenen Jahren sind nach monate-, ja jahrelanger Untersuchungshaft Hunderte von Arbeiterführern und Kämpfern gegen das faschistische Regime in Spanien auf diese Weise "rechtskräftig" zu jahrelanger Gefängnishaft verurteilt worden. Eine lange Kette von Prozessen steht noch an. Nur wenige davon können hier aufgezählt werden. Gegen sieben baskische Arbeiterführer fordert die Staatsanwaltschaft wegen ihrer Zugehörigkeit zur baskischen Arbeiterorganisation "Herriko Batasuna" insgesamt 190 Jahre Gefängnis. Ebenfalls zu insgesamt 190 Jahren Gefängnis sollen 23 galizische Arbeiter verurteilt werden, weil sie an den Kämpfen in El Ferrol, bei denen die Polizei drei Arbeiter erschoß, teilgenommen hatten. Der Katalane Salvador Puig ist von der Verurteilung zur zweifachen Todesstrafe bedroht, weil er in Selbstverteidigung einen Agenten der Politischen Polizei getötet haben soll. Eine Gruppe von Arbeitern, die angeklagt ist, der gewerkschaftlichen Arbeiterunion (USO) anzugehören, soll zu jahrelanger Kerkerhaft verurteilt werden.

Blutige Unterdrückung, berittene Polizei mit schußbereiter Waffe im Einsatz bei Streiks, von der Polizei besetzte Universitäten, willkürliche Verhaftungen und Hausdurchsuchungen, Folterungen, Terrorurteile, das sind die Methoden, mit denen die faschistische Diktatur in Spanien der Ausweitung der Klassenkämpfe Herr zu werden versucht.

DIE KÄMPFE DES SPANISCHEN VOLKES

Seit September brechen die Streiks der spanischen Arbeiter und die Kämpfe der Bauern und Landarbeiter nicht ab. In ihren Streiks kämpfen die Arbeiter, Bauern und Landarbeiter gegen die immer schlechteren Lebens- und Areitsbedingungen.

Bei der Automobilfabrik SEAT, dem größten Betrieb Spaniens, traten Mitte Oktober die 18 000 Arbeiter der Tagschicht in den Streik. Die Streiks und Boykottmaßnahmen in den einzelnen Werkshallen brachen in den letzten Wochen nicht ab. Im Weingebiet Marco de Jerez traten die Landarbeiter für höheren Lohn in den Streik. Die kleinen Bauern von Navarra bildeten mit Traktoren riesige Straßensperren, um gegen die miserablen Produzentenpreise und die Ausbeutung der großen Zwischenhandelsorganisationen zu protestieren. Seit November streikten mehr als 10 000 Bergarbeiter der staatlichen Gruben in Asturien. Kein Tag, an dem nicht in den Industriezentren Spaniens gestreikt wurde. In ihren Streiks fordern die spanischen Arbeiter und Landarbeiter gleichzeitig mit Nachdruck das Recht auf freie Versammlung und Vereinigung, das Streikrecht, Rechte, die sie immer wieder neu, gegen das Regime, gegen Kapitalisten- und Polizeigewalt unter großen Gefahren durchsetzen müssen.

MINISTERPRÄSIDENT GETÖTET

Am 20. Dezember, an dem Tag, an dem der Prozeß gegen die zehn Arbeiterführer beginnen sollte, wurde Carrero Blanco, Ministerpräsident von Spnaien, durch eine Bombe getötet. Die ETA, eine bewaffnete, baskische Organisation, die für ein vom faschistischen Joch befreites und sozialistisches Baskenland kämpft, übernahm bisherigen Informationen zufolge die Verantwortung für das Attentat. Nicht die Zuspitzung und weitere Verschärfung der Klassenkämpfe trat ein, die die Tötung Carrero Blancos und die damit verbundene Schwächung des Staatsapparats bringen sollte; dem faschistischen Macht- und Unterdrückungsapparat gelang die brutale Niederhaltung aller Kämpfe. Die bürgerlichen Zeitungen loben, mit welcher Umsicht es dem Generalstabschef Diez Alegria gelang, die Rechtsextremen um Blas Pinar von der Straße zu halten. Um in dieser Situation einen harten und brutalen Schlag gegen die Kämpfe der spanischen Volksmassen führen zu können, forderten die Militärs von den Rechtsextremen solidarische Disziplin. Diese leisteten sie gern.



Gegen die politischen Terrorprozesse des Franco-Faschismus und für ein freies, demokratisches und unabhängiges Spanien demonstrierten am 5.1. in Weinheim 300 Menschen, darunter zahlreiche Spanier. Die Hauptparolen waren: "Nicht Franco, nicht der US-Imperialismus, nicht die Emigration – Volksdemokratie ist die Lösung", "Nur die Revolution kann das Volk befreien".

DER NACHFOLGER – ERFAHREN IN DER UNTERDRÜCKUNG

Der Nachfolger Carrero Blancos, Arias Navarro, wird in der bürgerlichen Presse als harmloser Verwalter von Francos Erbe dargestellt. Sie signalisiert damit den westdeutschen Imperialisten die weitere gesicherte Zukunft ihrer Kapital- und Profitinteressen in Spanien.

Arias Navarros Hände triefen von Blut. Nach der Eroberung Malagas im Februar 1937 durch die Faschisten richtete er als Militärjurist ein Blutbad unter der republikanischen Zivilbevölkerung an. Von 1944 bis 1957 war Navarro Zivilgouverneur der Provinz Leon, die er gründlich und blutig säuberte. Leon war damals ein Zentrum des Partisanenkampfes. Bis 1965 war er Generaldirektor für Sicherheit. Er reorganisierte den Polizeiapparat, er verschärfte die Schlagkraft des Unterdrückungsapparats in ganz Spanien. Auf sein Betreiben wurde 1962 das Mitglied der Kommunistischen Partei Spaniens (PCE) Julian Grimau hingerichtet. Bis 1973 war er Oberbürgermeister von Madrid, seit Juni 1973 Innenminister, dem die gesamte Polizei, Guardia Civil (bewaffnete Bürgerkriegspolizei) und die Generaldirektion für Sicherheit untersteht.

Arias Navarro als Ministerpräsident, das heißt fürwahr das Erbe Francos fortsetzen, heißt Blut und Unterdrückung fortsetzen.

Der Kampf der spanischen Arbeiterklasse und des spanischen Volkes für Freiheit und Sozialismus ist schwer. Aber die spanische Arbeiterklasse und das Volk werden siegen. –K.S.–

3-Tage-Woche in Großbritannien

BERGLEUTE PLANEN VOLLSTREIK / DIE BRITISCHE ARBEITERKLASSE WIRD DIE ANGRIFFE DER KAPITALISTEN UND IHRES STAATES NICHT HINNEHMEN

Seit dem 31. Dezember gilt in Großbritannien für 16 der 25 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter die 3-Tage-Woche. 730 000 sind bereits entlassen, und diese Zahl wird in den kommenden Tagen weiter ansteigen und bald mehr als 1 Million betragen. Das meldeten am 4. Januar alle Zeitungen. Die 3-Tage-Woche wurde von der britischen Regierung als Notstandsmaßnahme beschlossen, um den Energieverbrauch zu steuern. Die augenblicklichen Vorräte an Öl und Kohle erfordern nach Angaben der Regierung eine Einschränkung des Verbrauchs um 40 %.

Ursache dafür sei die Verknappung und Verteuerung des Öls sowie die Kampfaktionen der britischen Bergleute und der Lokomotivführer zur Durchsetzung höherer Löhne. Die Bergleute weigern sich seit 6 Wochen, die geforderten Überstunden zur Steigerung der Kohleförderung abzuleisten. Mit dieser Kampfform wollen sie die staatliche Kohlebehörde – in Großbritannien ist der Staat der Arbeitgeber der Bergleute – zu einer wirksamen Erhöhung der Löhne zwingen. Die Verhandlungen, die am 2. Januar fortgesetzt wurden, haben aber immer noch kein Ergebnis gebracht. Die angebotenen 13 bis 16 % werden von den Bergarbeitern abgelehnt, weil sie nicht einmal die enorme Steigerung der Lebenshaltungskosten ausgleichen und Reallohnabbau bedeuten. Außerdem ist die staatliche Kohlebehörde nicht bereit, die Zeit, die für Umkleiden, Waschen, Einfahren in die Schachtanlagen benötigt wird, als volle Arbeitszeit zu bezahlen. Ähnlich sollen die Lokomotivführer abgespeist werden, deshalb führen sie den Dienst "nach Vorschrift" aus, was zu Verzögerungen im Eisenbahnverkehr geführt hat.

DIE KRISE DES BRITISCHEN IMPERIALISMUS SOLL AUF DIE BRITISCHE ARBEITERKLASSE ABGELADEN WERDEN

Zu den Maßnahmen und der starren Haltung der Regierung erklärte der britische Premierminister Heath, die 3-Tage-Woche würde der Wirtschaft großen Schaden zufügen. Aber seiner Meinung nach würde die Wirtschaft "unendlich mehr geschädigt, wenn man Lohnforderungen nachgäbe, die über das hinausgehen, was die Nation zu zahlen vermag und in Phase III der Einkommenspolitik niedergelegt ist" (Neue Zürcher Zeitung, 3.1.74). Die sogenannte Phase III der Einkommenspolitik ist eine Abmachung zwischen Kapitalisten und Regierung, keine Lohnsteigerung zuzulassen, die mehr beträgt als 1 Pfund plus 4 % auf den Wochenlohn. Das Angebot der staatlichen Kohlebehörde hält sich in diesem Rahmen. 1973 haben diese Lohnleitlinien den großen Konzernen die Steigerung ihrer Gewinne um 42 % gebracht, während sich die Lage breiter Teile der Bevölkerung wesentlich verschlechtert hat. So haben die Lebensmittelpreise im November 1973 um 26 % über denen vom November 1972 gelegen. Das stellte die englische Zeitung The Guardian in einer Berechnung am 3. Januar fest.

Die britischen Kapitalisten fordern aber derzeit weitere Schritte, um den Lohn und die Lohnkosten zu senken. Ihre Position auf dem Weltmarkt hat sich in den letzten Monaten des alten Jahres rapide verschlechtert: Das Defizit im Außenhandel ist sprunghaft angestiegen auf über 2 Milliarden Pfund, etwa 12 Milliarden DM. Im Inland beginnen sie an Boden zu verlieren gegenüber den deutschen und französischen Konzernen seit dem Beitritt zur EWG. Wenn sie ihre Profite und ihre Stellung gegenüber der internationalen Konkurrenz halten wollen, dann müssen sie die heimischen Arbeiterinnen und Arbeiter zur Ausdehnung der Arbeitszeit und zum Lohnverzicht zwingen. Dieses Ziel gegenwärtig durchzusetzen, der britischen Arbeiterklasse also eine entscheidende Niederlage zu bereiten, dafür setzt der britische Staat alle seine Machtmittel ein. Die Krise des britischen Kapitals soll auf die britische Arbeiterklasse abgeladen werden. Das ist die gegenwärtige Aufgabe der Regierung. Dem dienen die terroristischen Maßnahmen wie z. B. die tägliche zeitweise Abschaltung des Stroms für Privathaushalte, die nur stundenweise und unregelmäßige Öffnung der Tankstellen, die einer Benzinrationierung für breite Teile der Bevölkerung gleichkommt, oder die Verknappung der Lebensmittel, die zunehmend zu einer Schwarzmarktsituation führt.

Große Teile der britischen Arbeiterklasse haben das erkannt. Sie entwickeln den selbständigen Kampf zur Verteidigung ihres Lebensniveaus, ihrer gewerkschaftlichen und politischen Rechte. Dabei bauen sie immer weniger auf die Labour Party unter Wilson, die, derzeit in der Opposition im britischen Parlament, ein großes Geschrei anstimmt und den Rücktritt der Regierung Heath fordert. Die britischen Arbeiter wissen noch zu genau, wie Wilson Ende der 60er Jahre als Premierminister selber diese Politik zur Sanierung der Profite der britischen Kapitalisten gemacht hat. Die Labour-Party erhielt damals eine Schlappe, weil die Labour-Regierung ein Gesetz eingebracht hatte, mit dem das Streikrecht eingeschränkt werden sollte. Dieses Gesetz, das die Konservativen unter Heath inzwischen verabschiedet haben im Parlament, wird nach wie vor von den Arbeitern nicht anerkannt. Diese selbständige Kampftradition führt die britische Arbeiterklasse verstärkt fort.

Die Automobilarbeiter fordern augenblicklich die Bezahlung der auf den Samstag fallenden Schichten als Überstundenarbeit, denn der Samstag ist normalerweise frei. Damit aber zeigen sich die Autokapitalisten nicht einverstanden. Wo nur an drei Tagen in der Woche gearbeitet wird, sei der Samstag als normaler Arbeitstag zu rechnen. Außerdem haben sie ebenso wie die Kapitalisten in anderen Branchen angekündigt, die Regelungen über die Garantie des Wochenmindestlohns außer Kraft zu setzen. Auf Betriebsebene wird darüber schon zwischen den Vertrauensleuten und den Geschäftsleitungen verhandelt.

Noch herrscht zwar weitgehend Ruhe nach außen, aber daß es bald zu raschen Veränderungen kommen wird, zeigt sich überall. Die Ankündigung der Bergarbeitergewerkschaft, die gezwungen ist, unter dem Druck der Massen sich von der Politik der Labour-Partei zu lösen, sofort den Vollstreik vorzubereiten, ist ein erstes Anzeichen, das direkt darauf hindeutet: Die gesamte britische Arbeiterklasse wird mit der Eröffnung des Angriffs nicht mehr lange warten. –D.T.–

Zum Massaker in Rom

STELLUNGNAHME DER DEMOKRATISCHEN VOLKSFRONT ZUR BEFREIUNG PALÄSTINAS (FPDLP)

–leicht gekürzt –

Bewaffnete Männer haben am 17. Dezember einen barbarischen Angriff auf zivile Reisende auf dem Flughafen von Rom durchgeführt. Als Folge dieses kriminellen Vorgehens haben eine Reihe von Menschen, die keinerlei Beziehung zum israelisch-arabischen Konflikt haben, den Tod gefunden. Unter den Opfern befanden sich italienische Arbeiter, die wie die gesamte italienische Arbeiterklasse Position bezogen haben durch die Unterstützung der arabischen Völker und des palästinensischen Volkes in ihrem gerechten Kampf gegen die israelischen Aggressoren und ihre imperialistischen Herren.

Die bewaffneten Männer haben sich nicht damit zufrieden gegeben, auf dem Flughafen von Rom das Blut unschuldiger Opfer zu vergießen, sie haben darüberhinaus Unschuldige als Geiseln genommen, unter denen sich Arbeiter vom Flughafen befanden. Im Stil der Nazis und der Zionisten haben sie ihr verbrecherisches Vorgehen auf dem Flughafen von Athen fortgesetzt.

Die Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas hat bereits mehrfach ihre prinzipielle Position dargelegt, mit der sie alle solchen Operationen zurückweist. Darüberhinaus hat die Demokratische Front alle abenteuerlichen Unternehmen dieser Art verurteilt, da sie in keinem Falle der gerechten Sache des palästinensischen Volkes dienen, sondern im Gegenteil dem Kampf des palästinensischen Volkes und der anderen arabischen Völker den größten Schaden zufügen.

Das Büro für auswärtige Beziehungen der Demokratischen Volksfront für die Befreiung Palästinas hält es für außerordentlich wichtig, festzuhalten, daß die verbrecherischen Aktionen, die auf den Flughäfen von Rom und Athen begangen worden sind, von Personen ausgeführt wurden, die keinerlei Beziehung zum palästinensischen Widerstand haben. Das Exekutivkomitee der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) wie auch die Leitung der Demokratischen Front haben Kommuniques herausgegeben, die das Blutbad verurteilen.

Das Büro für auswärtige Beziehungen der Demokratischen Front legt großen Wert darauf, den Freunden im Ausland gegenüber klarzustellen, daß diejenigen, die das Blutbad von Rom und Athen begangen haben, bewußt im Interesse und nach Anweisung von Leuten handeln, die außerhalb der Ziele der palästinensischen Revolution stehen, damit betreiben sie objektiv das Geschäft der amerikanischen Imperialisten und der israelischen Zionisten.

So haben auch die Nachrichtendienste der zionistischen Kolonialisten in den USA und in Israel sofort versucht, von diesen verbrecherischen Taten zu profitieren, indem sie sie dem palästinensischen Widerstand zuschrieben. Darüberhinaus glauben die imperialistischen Kreise in Israel und den USA die Weltöffentlichkeit in ihrem Sinne zu beeinflussen, die unbeirrt die Politik der israelischen Aggressoren und Okkupanten und ihrer imperialistischen Herren verurteilt und zurückgewiesen hat.

Diese verbrecherische und verdächtige Aktion ist am Vorabend der Genfer Konferenz über den israelisch-arabischen Konflikt abgelaufen. Sie hatte zwei Ziele: Erstens sollte der palästinensische Widerstand dafür verantwortlich gemacht werden und zweitens sollte der Eindruck erweckt werden, daß eine reaktionäre Lösung des israelisch-arabischen Konflikts vereitelt werden könnte durch solche politisch beschränkten und abenteuerlichen Aktionen. Deshalb legt das Büro für auswärtige Beziehungen der Demokratischen Front großen Wert darauf, klarzustellen, daß solche Aktionen ausschließlich der amerikanischen und israelischen Politik dienen. Die reaktionären Lösungen des Konflikts und der amerikanische Friedensplan können nur vereitelt werden durch die Mobilisierung aller Klassen und Schichten des Volkes auf der Grundlage eines Kampfprogramms zur Zerschlagung der israelischen Okkupation, zur Verhinderung der Pläne des jordanischen Regimes und zur Erkämpfung des Selbstbestimmungsrechtes für das palästinensische Volk.

FPDLP
(Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas)
–Büro für auswärtige Beziehungen–

NIEDERSACHSEN

Weg mit dem neuen Schulgesetz

Die Zustände an den Schulen sind miserabel, in Niedersachsen nicht anders als in den übrigen Bundesländern. Es fehlen Lehrer, Räume und Lernmittel. Die jahrelang versprochene Bildungsreform hat keine Verbesserungen gebracht. Jetzt, wo es auf die Landtagswahlen in Niedersachsen zugeht, rührt sich die Landesregierung. Sie hat den Entwurf für ein Schulgesetz vorgelegt, das im Frühjahr verabschiedet werden soll und von dem sich die regierende SPD Wählerstimmen erhofft. Was wird in diesem Gesetz festgelegt?

1. wird festgelegt, daß das alte Dreiklassenschulsystem erhalten bleibt, die Aufgliederung nach Volks-, Realschule und Gymnasium. Nur heißen soll es künftig anders: Gesamtschule mit der Primarstufe, der Sekundarstufe I und der Sekundarstufe II. Und in den Stufen gibt es wieder die Aufgliederung nach Volks-, Mittel- und Oberschule. – Ein solches Schulsystem ist nicht im Interesse des Volkes. Im Interesse des Volkes ist ein Schulsystem, das allen Kindern die gleiche Ausbildung verschafft, eine Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr. Es ist nicht im Interesse des Volkes, mit seinen Steuergeldern die Ausbildung für die Kinder der besseren Leute zu bezahlen, die eigenen Kinder aber in schlechter ausgestatteten Schulen mit weniger und schlechter ausgebildeten Lehrern zu schicken. So aber ist es heute. Auf die 7 % der Schüler, welche die Oberstufen der Gymnasien besuchen, entfallen in Niedersachsen 20 % der gesamten Aufwendungen für das Schulwesen. Und während für durchschnittlich 35,3 Schüler in den unteren Klassen der Volksschule ein Lehrer zur Verfügung steht, gibt es für diese Gymnasiasten durchschnittlich für 13,7 Schüler einen.

2. wird festgelegt, daß Privat- und Konfessionsschulen erhalten bleiben und mit Steuergeldern finanziert werden sollen. Die teuren, exklusiven Bildungsstätten für den Nachwuchs der bürgerlichen Klasse und der Einfluß der Pfaffen auf die Köpfe junger Menschen sollen weiter aus den Geldbeuteln des steuerzahlenden Volkes bezahlt werden.

3. wird festgelegt, daß der Staat durch die Schulämter eine lückenlose Kontrolle über die Schulen ausüben soll. Auswahl und Anstellung der Lehrer, Kontrolle ihres Verhaltens, Bestimmung der Schulleiter, des Unterrichtsplans, Kontrolle jeder einzelnen Unterrichtsstunde, all das behält sich die Behörde vor. Die Behörde aber ist gegen fortschrittliche Lehrer und sorgt dafür, daß sie den Mund nicht aufzumachen wagen, indem sie ihnen über Beamtengesetz und Schulaufsicht ihre politischen Rechte beschränkt. Wenn doch einmal Lehrer den Mund aufmachen und sagen, daß die Bundesrepublik ein Land ist, wo eine Handvoll Kapitalisten die Masse der Menschen ausbeuten, daß dies dringend geändert werden muß, daß sich dazu die Masse der Menschen erheben und die politische Macht übernehmen müssen, wenn sie das sagen, bekommen sie ein Disziplinarverfahren und fliegen aus der Schule.
Auch das ist keineswegs im Interesse des Volkes. Im Interesse des Volkes ist es, wenn die Bevölkerung unmittelbar selbst die Schulen kontrollieren, wenn sie in Versammlungen im Schulbezirk entscheiden kann, welchen Lehrer sie will und welchen sie nicht will; ob sie mit der Ausbildung ihrer Kinder zufrieden sind oder ob sie eine Änderung wünschen. Das Volk braucht keine Schulaufsichtsbeamten, welche die Schulen kontrollieren. Solche Schulaufsicht durch staatliche Beamte liegt im Interesse der Klasse, die in der Bundesrepublik die Macht hat: die Klasse der Kapitalisten.

4. wird festgelegt, wie man die Bestrebungen des Volkes nach Kontrolle über das Schulwesen in die Irre führen will. Die Lehrer, die Schüler, die Eltern sollen mitbestimmen über das, was in der Behörde schon längst beschlossen ist. Die Aktivsten unter den Eltern, die Aktivsten unter den Schülern sollen in Konferenzen und Mitbestimmungsgremien vergraben werden, wo sie nichts zu sagen haben, wo sie sich aber zugleich auch nicht auf die Masse des Volkes stützen können, sondern sogar von ihren Wählern abgeschnitten sind. Das ist die demokratische Garnierung, die für die Sozialdemokraten unerläßlich ist, weil es ihr Geschäft ist, im Kostüm der Fortschrittsmänner das Volk zu betrügen.

Was ist gegen das niedersächsische Schulgesetz zu sagen?
Alle, die es ablehnen, daß der Staat die Schulen und die Lehrer noch schärfer unter Kuratel stellt und die für eine einheitliche Schulausbildung für alle Kinder und Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr eintreten, müssen sich in den einzelnen Städten und Schulbezirken zusammentun zu einem Komitee, um den Kampf gegen dieses Gesetz zu organisieren.

Die Forderungen, die in diesem Kampf vertreten werden müssen, sind die folgenden:
- Einheitliche Ausbildung für alle Kinder und Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr. Keinen Pfennig für Privatschulen und für kirchliche Schulen aus Steuermitteln.
- Unterbindung aller administrativen Eingriffe des Staates in die Auswahl der Lehrer und die Festsetzung der Lehrpläne. Wahl der Lehrer und Entscheidung über Schulkonflikte durch Versammlungen aller Bewohner des Schulbezirks.

–W.M.–

RIEHL–SCHULE/GÖTTINGEN

Polizeipropaganda raus!

Am Donnerstag, dem 6.12., plante die Polizei an der Riehlschule für die zehnten Klassen einen Propagandavortrag mit Film zu halten, um die kurz vor dem Schulabschluß stehenden Schüler für den Polizeiberuf zu ködern. Als der Polizeivertreter merkte, daß sich einige Schüler auf den Werbevortrag gut vorbereitet hatten und die Forderung vertraten, die Polizei habe an der Schule mit ihrer Werbung nichts zu suchen, mußte er daraufhin zugeben: Die vielen Fragen sei er gar nicht gewöhnt, denn die Mittel- und Volksschüler seien normalerweise längst nicht so kritisch. Doch dies heißt nichts anderes, als daß die Polizei mit ihrer Werbung glaubt, die Mittel- und Volksschüler eher beschwatzen zu können.
Doch die Propagandaveranstaltung wurde ein großer Reinfall für die Polizei. Die Schüler der zehnten Klassen verurteilten ganz klar die Werbungsmache und man konnte uns durch diesen Vortrag die Polizei auch nicht schmackhafter machen. Der Polizeieinsatz an der Leibnizschule, das brutale Vorgehen gegen die Demonstranten, die gegen den Ausbau der Schwalbacherstraße demonstrierten, die Zerschlagung der jüngsten Demonstranten, die gegen den Ausbau der Schwalbacherstraße demonstrierten, die Zerschlagung der jüngsten Streiks bei Ford, dies alles sind Beispiele, die den volksfeindlichen Charakter der Polizei klar aufzeigen.

Als der Polizeivertreter von einigen Schülern zu einer Stellungnahme zu diesen Tatsachen aufgefordert wurde, wiegelte er die Diskussion ab, indem er von verkehrstechnischen Problemen sprach und seine Unwissenheit in den Vordergrund stellte. Als Krönung des ganzen wurde uns noch ein Film gezeigt, der uns weismachen sollte, die Polizei sei eine echte Berufsperspektive, denn wie es unter anderem in dem Film heißt, es "geht der Polizeibeamte nach Beendigung seines Dienstes befriedigt nach Hause". Kaum war der Film zu Ende, pfiffen und buhten die Schüler, nicht ein Schüler klatschte Beifall. Während der Veranstaltung wurde einigen Schülern klar, daß die Polizei ein Mittel der Kapitalisten und ihres Staates ist, die Arbeiterklasse und das Volk im Zaum zu halten.
Polizeipropaganda raus aus der Schule!

–S.–

Einwohner planen Schulboykott

Huchting (Bremen). Die neuen Entwürfe zur Lehrerausbildung und -besoldung sind nicht nur Angriffe auf die Lehrer, sondern noch viel mehr betroffen sind Eltern und Schüler. Denn die schlechte Ausbildung und Besoldung eines Grundschullehrers schlägt sich auf 35 Grundschulkinder nieder.
In Huchting haben sich Lehrer fast aller Schulen (vom Gymnasium bis
aller Schulen (vom Gymnasium bis
zur Sonderschule) dieses Stadtteils mit Eltern und Schülern zusammengeschlossen, um zu entscheiden, wie der Kampf gemeinsam zu führen ist. Für Ende Januar ist in Huchting eine Einwohnerversammlung geplant. Die Versammlung nicht nur der unmittelbar betroffenen Lehrer, Eltern und Schüler, sondern aller Menschen, die in diesem Stadtteil wohnen, ist der richtige Ort, an dem alle beraten und entscheiden können, was man will und wie man gegen den Staat diese Forderungen durchsetzen kann.
Als eine Kampfform wurde bereits ein Schulboykott vorgeschlagen. Deutlicher können es die Eltern diesem Staat auch nicht zeigen, daß sie sich seine Bildungspolitik nicht länger bieten lassen, als ihre Kinder in diese Schule nicht mehr zu schicken.

Wenn der Schulboykott eine wirk-
Wenn der Schulboykott eine wirk-
same Waffe sein soll, müssen ihn große Teile der Bevölkerung unterstützen. Deshalb werden die Lehrer, Eltern und Schüler in Huchting Informationsstände aufbauen (z. B. im Rolandcenter und bei Aldi) und zu der Einwohnerversammlung aufrufen.
Dazu werden sie die zusätzlichen Ferientage (10., 11. und 12.1.) nutzen, an denen der Staat ausgerechnet der Schule (!) den Ölhahn zudreht.

GEWERKSCHAFT ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT

Vorsitzender Frister für Notgemeinschaft

Tutzing/Starnberger See. Am 2. Januar 1974, dem Eröffnungstag der Bundestagung junger Lehrer und Erzieher in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), hielt der Bundesvorsitzende der GEW, Frister, eine Rede, die bei den ca. 60 Delegierten auf große Empörung stieß. Dabei versuchte er mehrere Dinge klarzumachen:

1. In der Frage der Besoldungsregelung müsse man warten bis zur nächsten Innenministerkonferenz. Wer Kampfmaßnahmen bis zu diesem Zeitpunkt anstrebt, schadet der Sache.
2. Die Rechte der Beschäftigten im öffentlichen Dienst werden ständig erweitert, das Grundrecht auf Meinungsfreiheit für Beamte sei durchgesetzt.
3. Die BRD sei ein Rechtsstaat mit weitgehenden Rechten für alle Bürger.
4. Der Ministerpräsidentenbeschluß (Berufsverbot für Kommunisten und Demokraten im öffentlichen Dienst) sei eine Ausnahme in dieser sonst demokratischen Gesellschaft. Es sei falsch, daß es ähnliche Maßnahmen wie das Berufsverbot gegen aktive Gewerkschafter, Betriebsräte und Vertrauensleute gab oder gibt.
5. Verfassungsschutz und Bundesgrenzschutz seien notwendig für den Erhalt der Demokratie.
6. Der Sozialbericht der Bundesregierung zeige, daß soziale Ungerechtigkeiten ständig verringert würden.
7. Das Stabilitätsgesetz sei ein Gesetz zur Gewährleistung der Vollbeschäftigung.
8. Unsere Gesellschaft sei eine Gesellschaft des Wohlstands und Überflusses, geordnet und freiheitlich, die allerdings noch von Egoismus und Rücksichtslosigkeit geprägt sei.

Die Kollegen selbst aber hatten bisher ganz andere Erfahrungen gemacht und zischten Frister aus. Zu eindeutig hatte er klargemacht, daß er in der Zeit der ökonomischen Krise und der Anwendung politischer Zwangsmaßnahmen und Disziplinierungsinstrumente sich gegen die Interessen der lohnabhängigen Bevölkerung insgesamt stellt und stattdessen die Partnerschaft mit dem Gegner predigt.
Die Mehrheit der Delegierten sah ihre Aufgabe aber darin, dem klar die Notwendigkeit des selbständigen Kampfes gegen die Verschlechterung der Situation an den Schulen und in der Lehrerausbildung entgegenzusetzen. Dies ist nur ein weiteres Beispiel dafür, daß die Gewerkschaftsführer, auch die sonst so wortradikalen (Frister: Das Beamten-Streikrecht fordert man nicht, das nimmt man sich, Zitat von einer früheren Tagung) in der Krise eindeutig auf die Seite des Gegners, der Kapitalisten und ihrer Regierung übergehen, daß die Kampfbereitschaft unter den Kollegen aber ständig wächst.
– Bericht eines Hamburger Genossen –

Schulsenator Apel (SPD):

WO ES NOCH NIE RECHTE GEGEBEN HAT, KANN MAN DOCH NICHT VON ENTRECHTUNG SPRECHEN

Hamburg. Auf seinem Werbefeldzug für die im Herbst anstehenden Bürgerschaftswahlen sprach der Schulsenator Apel (SPD) vor Eltern und Schülern in Altona.
Die Eltern beklagten sich, daß an den Schulen der Unterricht tagelang ausgefallen ist, in einem Fall 5 Tage hintereinander. Die Kinder würden zeitweilig nicht ausgebildet, sondern nur beschäftigt. Der Senator warf den Eltern vor, sie würden lügen. Aber die Eltern brachten Beweise. Einige meinten, Apel müsse doch Bescheid wissen, sie hätten ihm mehrfach geschrieben. Apel versuchte abzulenken, auf die Wahlbroschüre "Schulreform in Hamburg".
Die Eltern wandten sich daraufhin gegen das neue Schulverwaltungsgesetz, das von Apel durchgezogen wird. Es verstärkte die Entrechtung für Eltern, Lehrer und Schüler. Apel stellte dazu fest: **"Wo es noch nie Rechte gegeben hat, kann man doch nicht von Entrechtung sprechen."**

BADEN–WÜRTTEMBERG

Eltern gegen Vergrößerung der Klassen

In ganz Baden-Württemberg haben sich zu Beginn des Schuljahres Elterninitiativen gebildet. Ihr Ziel ist es, gegen die neuerliche Verschärfung der Ausbildung in Grund-, Haupt-, Sonder- und Realschulen vorzugehen. Anlaß dazu bildet der vom Kultusministerium herausgegebene "Organisationserlaß", der die Klassenstärken und diesen jeweils zustehenden Unterrichtsstunden für das Land Baden-Württemberg einheitlich festlegt. Die Kultusbürokratie selbst kennzeichnet ihr neuestes Werk als den Versuch, "den bestehenden Lehrermangel gerecht auf das Land zu verteilen". In der Praxis sah das dann so aus, daß allein in Mannheim zum Schuljahrsbeginn 46 Klassen aufgelöst und die Schüler auf die anderen Klassen der jeweiligen Stufe aufgeteilt wurden, weil sie laut Erlaß zu klein waren. Bis zu 44 Schüler können jetzt in einer Klasse zusammengepfercht werden, und auch diese Zahl kann jederzeit überschritten werden, wenn, so der Erlaß, nicht ausreichend Lehrer zur Verfügung stehen. Selbst die den großen Klassen zugesicherte erhöhte Zahl der Unterrichtsstunden wird schon heute irgendwo tatsächlich erteilt.

WIE HABEN DIE ELTERN DEN KAMPF GEGEN DEN ORGANISATIONSERLASS AUFGENOMMEN?

Daß der Erlaß die katastrophalen Zustände an den einzelnen Schulen keinen Deut verbessert hat, sondern im Gegenteil Klassenstärken erhöht und Unterrichtsstunden reduziert, haben die Eltern in Baden-Württemberg schnell gemerkt. Nachdem die gewählten Elternbeiräte selbst oft nur der verlängerte Arm des Rektors sind und den Erlaß zum Teil offen begrüßten, bildeten sich in vielen Städten eigenständige Elterngruppen, die den Kampf dagegen aufnahmen. Mit Resolutionen an Ämter und Parteien, Einladungen von Landtagsabgeordneten versuchten sie zu Beginn ihre Forderungen nach Abbau des Lehrermangels, ausreichenden Krankheitsvertretern und sofortiger Einstellung von Aushilfslehrern durchzusetzen. Es brachte ihnen zwar bisher das lautstarke Unterstützungsgeschrei aller bürgerlichen Parteien ein, aber bis heute hat sich in den Schulen nichts geändert. Deshalb gingen z. B. in Mannheim Eltern auf die Straße und sammelten innerhalb von 2 Tagen über 23 000 Unterschriften, die ihre Forderungen unterstützten.

WELCHE INTERESSEN VERFOLGT DER STAAT MIT SEINEN MASSNAHMEN?

Mit dem Organisationserlaß soll der Lehrermangel auf längere Zeit von der Schulbürokratie planmäßig erfaßt und organisiert werden. Das Kultusministerium richtet sich auf die Situation ein, daß sich die Lehrerzuweisung in den nächsten Jahren nicht verbessert, sondern verschlechtert. Der Organisationserlaß stellt einen Versuch des Kultusministers Hahn dar, den Bedarfsforderungen der Schulen, wie den Protesten der Eltern aus dem Wege zu gehen, indem er mit dem Hinweis auf die Gleichheit der Bildungsmisere sich allen Forderungen nach einer Verbesserung der Schulsituation zu entziehen versucht. Der Organisationserlaß stellt einen schweren Angriff auf die Ausbildungsbedingungen der breiten Massen dar. Alle Eltern werden derzeit gleichermaßen davon betroffen. Während ein Teil von ihnen versucht, durch zusätzliches Privatunterricht, Nachhilfestunden oder eigenes Unterrichten der Kinder am Nachmittag der Bildungsmisere entgegenzuarbeiten, trifft die volksfeindliche Bildungspolitik des Staates die Kinder der Arbeiterklasse am härtesten. Jährlich steigende Klassenstärken bedeutet nichts anderes als eine verschärfte Auslese und bedeutet gleichzeitig eine Dequalifizierung großer Teile der Massen, die keinen Lehrer aus ihrer Tasche bezahlen können. Aber auch alle zusätzlichen Maßnahmen der Eltern können vielleicht kurzfristig helfen, aber einen Ausweg aus der Verschlechterung der Ausbildungssituation zeigen sie nicht. Das Ziel und die Maßnahmen des kapitalistischen Staates, die Ausbildung der breiten Massen möglichst niedrig zu halten, müssen entschieden bekämpft werden, der Organisationserlaß muß vom Tisch!
Aber erst wenn das Ausbildungswesen in den Händen des Volkes liegt, erst dann wird eine umfassende und gleiche Ausbildung aller Schüler durchgesetzt werden können.

Kampf für das politische Mandat

URABSTIMMUNG SICHERT ERHALT DER VERFASSTEN STUDENTENSCHAFT

Kiel. Die große Mehrzahl der Studenten in Schleswig-Holstein hat sich in mehreren Urabstimmungen für die Erhaltung der Verfaßten Studentenschaft ausgesprochen. Das waren u. a. an der Uni Kiel rund 66 % aller Studenten; entsprechend an der Pädagogischen Hochschule Kiel 68 %, Fachhochschule Kiel 75 %, Fachhochschule Lübeck 71 %, Pädagogische Hochschule Flensburg 65 %. Wie gesagt, ging es um die Erhaltung der "Verfaßten Studentenschaft" (VS). VS heißt, daß die Studentenschaft einer Hochschule sich Organe wählt (z.B. das Studentenparlament, das den Allgemeinen Studentenausschuß wählt) und sie beauftragt, ihre Belange zu vertreten. Dies sind nicht nur soziale Belange, also etwa Zimmerbeschaffung, Mensaessen usw., sondern zunehmend in letzter Zeit politische Belange, seit die herrschende Klasse immer rigoroser gegen fortschrittliche Studenten vorgeht. VS heißt weiterhin, daß studentische Vollversammlungen diesen Organen Weisungen erteilen.

Da die Studenten sich in der Regel fortschrittliche Vertreter, an der Uni Kiel ein mehrheitlich kommunistisches Studentenparlament gewählt haben, versuchte die reaktionäre Landesregierung zunächst, die VS ganz abzuschaffen: im Entwurf für das jetzt geltende Landeshochschulgesetz (LHG) waren Vollversammlungen, Studentenparlamente und Allgemeine Studentenausschüsse für abgeschafft erklärt worden.

Auf Druck der Studenten, die ihre Forderungen nach Beibehaltung der VS 1972 und Anfang 1973 massenhaft stellten (Demonstrationen mit bis zu 11 000 Teilnehmern), kam in das Landeshochschulgesetz eine Klausel, in der es heißt, daß mindestens 50 % der Studenten in einer Urabstimmung für die VS stimmen müßten: ansonsten wäre sie aufgelöst. Diese Urabstimmungen fanden jetzt landesweit statt und die breite Zustimmung zur VS zeigte der Landesregierung, daß ihre Interessen nicht die der Studenten sind.

Obwohl dieses eindeutige "Ja" bereits ein Erfolg gegen die Landesregierung ist, steht die eigentliche Auseinandersetzung noch bevor. Denn das Landeshochschulgesetz sieht für die VS nur das sogenannte "hochschulpolitische Mandat" vor. Das heißt: die Organe der VS dürfen nur zu "hochschulpolitischen Fragen" Stellung nehmen. Sobald z. B. eine studentische Vollversammlung in einer Resolution den (hier jüngst gehabten) Polizeieinsatz an der Uni mit dem Polizeieinsatz beim Ford-Streik in Verbindung bringt (nämlich um aufzuzeigen, daß die zunehmende Anwendung von Gewalt durch die herrschende Klasse in allen gesellschaftlichen Bereichen stattfindet), so ist das nach dem neuen Gesetz illegal. Man darf von den zwei Seiten einer Medaille nur die eine nennen und muß die andere verschweigen.

Mit den jetzt durchgeführten Urabstimmungen und ihren positiven Ergebnissen hat also der Kampf um das allgemeinpolitische Mandat erst begonnen.



Bochum. Die Studenten der Ruhruniversität Bochum haben den Kampf für bessere Ausbildungsbedingungen und gegen politische Disziplinierung und Entrechtung aufgenommen. Das Bild zeigt den Polizeieinsatz an der Ruhruniversität gegen die für ihre Rechte eintretenden Studenten. Gegen den Polizeieinsatz demonstrierten Anfang Dezember [illegible] 000 Studenten in der Bochumer Innenstadt.

Studierverbot

DER JUSTIZ KOMMT ES AUF DIE GESINNUNG AN

Heidelberg. Am 17.12.73 fand vor dem Verwaltungsgericht in Karlsruhe ein Hochschulausschlußverfahren gegen drei kommunistische Studenten statt. Ihnen wurde vorgeworfen, sie hätten im vergangenen Winter an der Heidelberger Universität maßgeblich an den Kämpfen der Studenten gegen politische Unterdrückungen und den Abbau demokratischer Rechte teilgenommen. So hätten sie unter anderem auf einer verbotenen Veranstaltung geredet und an vorderster Front an der Besetzung des Rektorats der Universität mitgewirkt.

Das Verfahren, das gegen sie stattgefunden hat, ist ein Musterbeispiel für die Praktiken der Klassenjustiz, die sich bedenkenlos über ihre eigenen Spielregeln hinwegsetzt, wenn es darum geht, die bestehende Ordnung gegen ihre Gegner zu verteidigen.

Für den ersten Prozeßtag hatte das Gericht die Vorführung eines Films des ZDF angekündigt, der die Beteiligung der drei Studenten an einer Sprengung einer Sitzung des Großen Senats der Universität belegen sollte. Die Angeklagten waren nicht vorgeladen worden. Sie waren durch ihren Anwalt vertreten, der davon ausging, daß an diesem Tag lediglich die Begutachtung des Films zur Debatte stand, während die eigentliche Beweisaufnahme mit Zeugenvernehmung usw. zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden sollte. Dies war jedoch ein böser Trugschluß, wie sich zeigen sollte. Nach der Begutachtung des Films, der als Beweismittel völlig untauglich war, weil die Angeklagten noch nicht einmal im Bild zu sehen waren, eröffnete das Gericht die Verhandlung mit dem Plädoyer des Staatsanwalts. Das heißt, das Gericht strebte eine Aburteilung noch am selben Tag an, ohne daß auch nur der Schein eines Prozesses stattgefunden hatte. Der Verteidiger versuchte daraufhin mit Beweisanträgen die Unhaltbarkeit einzelner Anschuldigungen zu beweisen. Er beantragte die Vernehmung von Zeugen. Das Gericht schmetterte alle Anträge mit der lapidaren Begründung ab, es unterstelle die Ausführungen der Verteidigung als wahr, deshalb brauche man auch keine Zeugen zu vernehmen. Das sei jedoch unerheblich für die Beurteilung des Falles, da es auf die Gesinnung der Angeklagten ankomme, und die sei eindeutig. Nur ein Befangenheitsantrag gegen das Gericht konnte eine Aburteilung an diesem Tag noch verhindern.

Drei Tage später setzte das Gericht einen neuen Termin an. Der Befangenheitsantrag wurde abgelehnt, ebenso eine Beschwerde über die Machenschaften des Gerichts sowie ein Antrag auf Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit des Verfahrens. Zynischerweise forderte das Gericht den Verteidiger und einen der anwesenden Angeklagten auf, sich zum Schluß noch zu den erhobenen Vorwürfen zu äußern. Diese Unverschämtheit wurde zurückgewiesen, weil jedes weitere Wort in diesem Verfahren bedeutet hätte, ihm auch noch den Schein der Legitimität zu verleihen. Daraufhin wurde die Verhandlung geschlossen und schriftliche Verkündigung des Urteils angekündigt. Beantragt ist von der Staatsanwaltschaft zwei Jahre Ausschluß von allen Universitäten des Landes, und es besteht kein Zweifel, daß dieses korrupte Gericht diesem Antrag nachkommen wird.

Aus diesem Prozeß kann man lernen, daß alles Gerede über die Unabhängigkeit der Justiz blanker Hohn ist, daß die Verteidiger der bestehenden Ordnung vielmehr die wirklichen Verbrecher sind, die als Parasiten dem Volk im Nacken sitzen und es systematisch seiner Rechte berauben. Die Zeit wird jedoch kommen, da dieses Lumpenpack zum Teufel gejagt wird. Wo die Herrschenden meinen, sie hätten einen Sieg errungen, haben sie in Wirklichkeit einen weiteren Nagel zu ihrem Sarg fabriziert.

–F.T., Heidelberg–

Dortmund. Am 18.12. führten die Studenten der Universität, der Pädagogischen Hochschule und der Fachhochschule für Sozialarbeit einen Streik durch für bessere Ausbildungsbedingungen.

Mittags fanden Vollversammlungen statt, auf denen Vertreter der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der ÖTV, des Studentenwerks und des Kommunistischen Bundes Westdeutschland sprachen. Der Vertreter des KBW stellte die Verbindung zu den Kämpfen des Volkes her.

Der Kampf der Studenten für bessere Lebens- und Studienbedingungen ist gerecht!

STELLUNGNAHME DES KBW ZUM AUFRUF DES VERBANDES DEUTSCHER STUDENTENSCHAFTEN (VDS) UND DES STUDENTENVERBANDES DER INGENIEURSCHULEN (SVI)

Die westdeutsche Studentenschaft, vertreten durch ihre Organe VDS und SVI, hat beschlossen, gegen die ständige Verschlechterung ihrer Lage auf die Straße zu gehen. Am 24.1 1974 wollen Studenten aus ganz Westdeutschland zu einer Demonstration nach Bonn fahren, um für eine Ausbildungsförderung einzutreten, von der man leben kann, auch wenn man keine reichen Eltern hat, die das Studium finanzieren. Heute kann ein Student höchstens 420 Mark monatlich an Ausbildungsförderung bekommen. Von diesem Geld muß er leben, seine Zimmermiete bezahlen und seine Studienmaterialien kaufen. Aber überhaupt nur ein Bruchteil der Studenten bekommt überhaupt diesen Höchstbetrag. Je stärker die Inflation zunimmt und mit ihr die nominellen Löhne der Eltern steigen, umso größer wird die Zahl der Eltern, die monatlich mehr als 800 DM mit nach Hause bringen. Jeder Pfennig mehr aber, den die Eltern an wertloser werdendem Geld auf die Hand bekommen, wird ihren studierenden Kindern von der Förderung abgezogen.

Gleichzeitig mit der Verschärfung der materiellen Lage der Studenten greift der Staat zu einer immer kleinlicheren Kontrolle über die Inhalte des Studiums und erläßt immer gehässigere Prüfungsbestimmungen. Die Studenten sollen politisch unter Vormundschaft gestellt werden. Aber das gelingt immer weniger: Massenhaft rebellieren sie gegen die Maßnahmen des Staates an den Hochschulen. Es gibt in Westdeutschland keinen Kultusminister mehr, der freiwillig einen Fuß in eine "seiner" Universitäten setzen würde.

DIE FÄHIGKEIT DER KAPITALISTENKLASSE, IHREN FUNKTIONÄRSNACHWUCHS BEI DER STANGE ZU HALTEN, SCHWINDET

Wir **unterstützen** diesen Kampf der Studenten für eine ausreichende materielle Versorgung an der Hochschule. **Mit Aussicht auf Erfolg ist dieser Kampf aber nur zu führen, wenn die Studenten sich Klarheit über die Umstände verschaffen, die ständig weiter zur Verschlechterung ihrer Lage führen.** Der imperialistische Kapitalismus, zu dessen Funktionsträgern die Studenten an den Hochschulen ausgebildet werden, ist immer breiter auf solche Agenten der ökonomischen Ausbeutung, der politischen Herrschaft und der ideologischen Versklavung des Volkes angewiesen. Er kommt keineswegs damit aus, sie unmittelbar aus der bürgerlichen Klasse selbst zu rekrutieren. Gleichzeitig schwinden aber seine Möglichkeiten, die wachsende Zahl seiner Agenten durch materielle Privilegien und durch Sonderrechte bei der Stange zu halten. Es wächst bei den Studenten die Erkenntnis, daß eine menschenwürdige Ausbildung im Kapitalismus nicht möglich ist; vielmehr der Kapitalismus neben dem traditionellen und sich weiter verschärfenden Elend des Volksbildungswesens nur eine Ausbildung für Lakaiendienste im Solde der herrschenden Klasse zu bieten vermag. Erst die sozialistische Gesellschaft, die im **Interesse der großen** Mehrheit und durch die große Mehrheit der Menschen aufgebaut wird, kann diesen Zustand überwinden und die gesamte Ausbildung in den Dienst des Volkes stellen. Sie wird auch die Intellektuellen aus ihrer entwürdigenden Lage befreien, als Lakaien im Dienste einer historisch überlebten und verfaulenden Klasse arbeiten zu müssen. Für den Kampf um die sozialistische Gesellschaft sucht die Arbeiterklasse auch die Studenten zu gewinnen.

Aufgebaut werden kann die neue, die sozialistische Gesellschaft nur, wenn zuvor die bürgerliche Staatsmacht gestürzt und die politische Herrschaft der Arbeiterklasse errichtet wird. Um dieses nächste politische Ziel zu erreichen, kämpft die Arbeiterklasse darum, das ausgebeutete und unterdrückte Volk gegen die bürgerliche Staatsmacht zusammenzuschließen. An die fortschrittlichen Studenten richtet sie die Aufforderung, ihren **Kampf für eine ausreichende materielle Versorgung so zu führen, daß er Teil wird des allgemeinen Kampfes gegen den bürgerlichen Staat.**

DIE STUDENTEN MÜSSEN SICH MIT DEM GANZEN UNTERDRÜCKTEN UND AUSGEBEUTETEN VOLK GEGEN DEN BÜRGERLICHEN STAAT ZUSAMMENSCHLIESSEN

Wie können sie das tun? – **Indem sie ihre Forderung nach ausreichender materieller Versorgung der Studenten mit der Forderung an den Staat verbinden, daß es die Kapitalistenklasse sein soll, die dafür aufkommt.** Die Hochschulen sind eine Einrichtung der bürgerlichen Klasse und stehen in deren Dienst. Sie werden unterhalten aus Steuermitteln, welche der westdeutsche Staat hauptsächlich den Arbeitern, sowie den übrigen Lohnabhängigen und Werktätigen abpreßt. Seine Hauptinstrumente dabei sind die indirekten Steuern auf Konsumgüter, die Lohnsteuer und die Mehrwertsteuer. Die fortschrittlichen Studenten müssen die allgemein-demokratische Forderung nach Abschaffung dieser Steuern und völliger Umgestaltung des Steuerwesens **zum Bestandteil ihres Kampfes gegen den bürgerlichen Staat machen.** Sie tun das, indem sie für die folgenden Forderungen eintreten:

- **Abschaffung aller indirekten Steuern!**
- **Bestreitung der Ausgaben für die Hochschulen wie aller öffentlichen Ausgaben ausschließlich durch die progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft.**

Indem sie für diese demokratischen Forderungen eintreten und auf deren Grundlage ihre Aktionslosungen entwickeln, **treten sie allen Versuchen entgegen, das Bildungswesen in der kapitalistischen Gesellschaft als eine "Gemeinschaftsaufgabe" hinzustellen und die immer offenkundiger werdende Krise der Ausbildungseinrichtungen durch neue Steuern für die Werktätigen überwinden zu wollen.** Wir rufen die westdeutschen Studenten auf, diese Forderungen in ihren Aktionen und Demonstrationen aufzugreifen, ihrem Kampf damit eine eindeutige Stoßrichtung **gegen den bürgerlichen Staat** zu geben und ihn einzugliedern in den Kampf des ausgebeuteten und unterdrückten Volkes gegen diesen Staat.

Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes!
Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus!

–Ständiger Ausschuß des Zentralen Komitees des KBW–

Auf einer Ende Dezember durchgeführten Beratung haben Vertreter von 14 Studentenorganisationen, die mit dem KBW befreundet sind, dieser Stellungnahme zugestimmt. Sie haben beschlossen, auf dieser Grundlage zur Demonstration am 24.1.1974 in Bonn aufzurufen und die folgenden Forderungen zu unterstützen und zu propagieren:

Sofortige Anhebung des Ausbildungsförderungssatzes auf einen kostendeckenden Betrag! Mindestens 600 DM!
Sofortige Erhöhung der Elternfreibeträge! Mindestens 1 500 DM!
Volle Einbeziehung der ausländischen Studenten in die Ausbildungsförderung!
Weg mit dem Antistreik-Paragraphen im Bundesausbildungsförderungsgesetz!
Keine bürokratischen Schikanen! Keine Bespitzelung der geförderten Studenten! Einfaches Zuteilungsverfahren unter Kontrolle gewählter Vertreter der Studentenschaft!
Bestreitung der Ausgaben für die Hochschulen wie aller öffentlichen Ausgaben ausschließlich durch eine progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft! Abschaffung aller indirekten Steuern!

»Ich kaufe keine Bild-Zeitung mehr«

EIN GENOSSE BERICHTET ÜBER EIN GESPRÄCH MIT ARBEITERN IM BUS

Liebe Genossen, ich habe diese Korrespondenz schon vor einiger Zeit geschrieben, als ich in einer KB-Nord-Schrift las, daß der Genosse J.S. wohl langsam albern würde, wenn er das sinken der Auflagenziffern der Bildzeitung als Beispiel für die Linksentwicklung anführe.
Ich wollte einmal aufschreiben, was für ein Gespräch abends im Bus war, weil das genau zeigt, dass die Auflage der Bildzeitung nicht einfach fallen kann ohne irgendeinen Grund, einen Anlass oder so was. Und man sieht und hört deutlich, dass sich das Denken der Menschen verändert hat, da sie immer mehr erkennen, was Tatsache ist, und gerade deshalb keine BILD mehr kaufen.
Nun habt ihr erst mal diese Korrespondenz und müsst euch Gedanken machen, wie ihr sie in der KVZ unterbringt. Dass dies Problem noch nicht richtig gelöst ist, zeigt die letzte Nummer, wo die Chile-Korrespondenz der Braunschweiger Siemens Arbeiter einfach in der Ecke Seite 14 verschwindet. —ab—

"Ich kaufe keine BILD-Zeitung mehr",sagte der Kollege, der hinten in der Ecke auf der Bank des Schichtbusses saß zu seinem Nachbarn. Es ist Donnerstag, 23Uhr, der letzte Bus, der Lumpensammler, wie wir sagen. "Die denken doch, der Arbeiter ist blöde. Es gab mal eine Schlagzeile, die lautete: Ratwum, Ratawum, die Krachmaschine ist da. Ratwum habe ich jeden Tag im Werk. Jetzt ist Schluß, habe ich mir da gesagt und seitdem kaufe ich mir das Ding nicht mehr." Eine dicke Frau schiebt sich nach hinten, die Kollegin drängt mich bis zur letzten Bank, ohne daß ich selbst was tun muß. Noch ein ruck, ich liege fast einem anderen Kollegen auf dem Schoß, dann ist sie vorbei und sitzt hinten auf dem letzten freien Platz. Ein anderer Kollege antwortet:"Ich hab gestern die Geschichte über das Rabenbergmonster hier bei uns in Wolfsburg gelesen.Die spinnen wirklich. Aber das ist doch alles Mist, was willst du lesen, die letzte Gewerkschaftszeitung (gemeint ist die 'Metall' vom 13.11.) da ist das doch genau das geiche. Da haben sie ein Bild von einem, das soll wohl nen Arbeiter darstellen, bei dem wird die Schraube immer enger gedreht, und dann kommt die große, starke IG-Metall, und alles ist wieder in Ordnung." Der Bus hält wieder, noch einige steigen zu. Er ist jetzt so voll, daß nichts mehr auf den Boden fallen kann. Eng aneinandergequetscht stehen wir im Mief. "Setz dich doch bei mir auf den Schoß, Kleiner!" pflaumt mich die dicke Kollegin an. "Nee" sage ich, "das geht nicht, außerdem kann ich mich hier genausowenig bewegen wie bei einem auf dem Schoß." Die beiden Kollegen grinsen und unterhalten sich weiter: "Oder sieh dir die 'PRO' an, das ist doch genauso ein Mistblatt. wie die BILD-Zeitung." "Auf die Gewerkschaftszeitung schimpfen und BILD lesen, das haben wir gerne" mischt sich nun die dicke Kollegin ein. Wir sind schon am Rathaus und die ersten Kollegen steigen wieder aus. "Ich bin in der Gewerkschaft, aber das ist auch alles, und ich bleib dabei, auch die Metall ist 'ne Mistzeitung!" "Wenn du heute in der Gewerkschaft bist, hast du nichts zu sagen, die machen doch mit dir, was sie wollen." "Richtig wäre es, wenn man zum Beispiel die Mitglieder nach jedem ausgehandelten Ergebnis, über jede Forderung abstimmen ließe", mische ich mich jetzt auch ein. Die Kollegen nicken mit dem Kopf, einer antwortet, "aber wem sagst du das, richtig wäre das, das ist ganz klar."

"Die Gewerkschaften dürfen nicht zu mächtig werden, das ist meine Meinung, das ist genau das gleiche, wie wenn du nur eine Partei hast." "Na Kollege, so ist das aber doch auch wieder nicht. Du bist doch sicher auch Gewerkschaftsmitglied wie ich. Du, es geht doch darum, daß wir Mitglieder die Politik der Gewerkschaft bestimmen." "Na ja, wenn ich Gewerkschaft sage, dann meine ich den Loderer und den Vetter, die Führung, das ist ganz klar, die dürfen nicht zu mächtig werden. Was die uns manchmal vorsetzen, das geht auf keine Kuhhaut. Die Sache mit dem Bild, die ich vorhin erzählt habe, hast du doch sicher auch gesehen." Ich nicke. "Na siehst du, 125% für Akkordlöhner haben sie in Baden-Württemberg ausgehandelt, wir haben hier schon 134%, Humanisierung am Arbeitsplatz erzählen die, was soll das, die wollen uns doch nur für dumm verkaufen? " "Daß wir das merken, weiß der Loderer auch, jedes Jahr haben sie uns vor der Tarifrunde erzählt : fordert nicht soviel, dann steigen die Preise nicht, dann waren die Abschlüsse noch niedriger und die Preise sind uns immer mehr davon gerannt. Das haben viele Arbeiter gemerkt, und in den Streiks nach dem Urlaub haben sich die Kollegen das Geld geholt." "Hätten die uns damals nicht die 280 Mark gezahlt, dann wäre das sicher auch hier losgegangen." "Aber Kollege, du hast eben so schön davon geredet, daß wir selbstständig entscheiden müssen, was gemacht wird. Das hört sich alles schön an, doch wann sind schon mal Versammlungen, Mitgliederversammlungen bei der Gewerkschaft. Und wenn du da was sagen willst, dann sitzt da einer, der macht nur solche Versammliungen und der redet dich in Grund und Boden. . . ." "Kurt-Schuhmacher-Ring" krächzt es durch den Lautsprecher. "Ich muß jetzt raus, Kollege, na, morgen abend fährst du ja auch wieder mit!" "Machs gut", rufe ich ihm nach, "morgen müssen wir weiterreden".



Dieses Bild der Projektgruppe KUNST & POLITIK (Bielefeld) wurde nicht zu einer Ausstellung in der Bielefelder Kunsthalle zugelassen. Daraufhin zogen alle Künstler, die Arbeiten zu Chile zeigen wollten, ihre Bilder zurück und veranstalteten eine unzensierte Ausstellung. Das Bild ist bewußt nach einem bekannten Foto gemalt und bekommt durch die Größe (2,50 x 3,50 m) und die Farbe seine Wirkung. Chilespenden: Deutsche Bank, München 40, Nr.35/ 53062 Sonia Patric (AELA), Kennwort: CALCA

Was ist ein Kommunist

GEDICHT EINER GENOSSIN

Ich bin Lehrling, und schreibe von Zeit zu Zeit, auf Grund irgendwelcher Erfahrungen kurze Texte. Diese sind von der Form her zwar meistens unbrauchbar, und inhaltlich nur soviel, wie das, was ich sehe und denke. Dennoch bitte ich um die Veröffentlichung folgenden Textes, da ich hier eine bestimmte Gruppe ansprechen will, die von den wenigsten genau unter die Lupe genommen wird. Ich meine damit die 'kommunistischen Abenteurer'.

WAS IST EIN KOMMUNIST?
Bist du ein Kommunist?
der du den Klassenkampf zu einer Romantik machst, weil es in ist?
der du von niedlichen Arbeiterwohnungen mit verrauchten Dächern träumst, und von der blutigen Revolution, die für dich nicht mehr ist, als ein herrliches Spiel?

Bist du ein Kommunist?
der du lange Haare und Lumpen für progressiv hälst?
und für diesen Fortschritt den Textilkonzernen noch grösseren Profit bringst?

Bist du ein Kommunist?
der du die Internationale pfeifst,
und währenddessen deine Frau wie ein Hammelkottelet behandelst, und von Emanzipation der Frau sprichst?

Bist du ein Kommunist?
der du dich hinter Theorien versteckst und der Praxis fernbleibst?
Nein du bist kein Kommunist!
Ich will dir sagen, was ein Kommunist ist!
Der Arbeiter, der seine Stellung verliert, weil er für mehr Lohn gestreikt hat, um seine Familie zu ernähren!
Die Arbeiterin, die im Betrieb für den Kommunismus kämpft, weil sie weiss, dass sie ihre Gleichberechtigung nur erringen kann, wenn sie für die Freiheit aller Arbeiter kämpft!
Der Lehrling, der gefeuert wird, weil er auf den Rechten des Jugendarbeitsschutzes bestanden hat oder politische Arbeit im Betrieb geleistet hat!
Der Intellektuelle, der auf gut bezahlte Stellungen verzichtet, weil er in anderen Berufen den Kapitalismus besser bekämpfen kann!
Weisst du jetzt, was ein Kommunist ist?
Mit revolutionärem Gruss Karin N.

Allende und Corvalan auf der Bühne

SKETCH BEI CHILE–SOLIDARITÄTSVERANSTALTUNG IN KÖLN

Am 12.12. führte die Ortsgruppe Köln des KBW eine Solidaritätsveranstaltung mit dem kämpfenden chilenischen Volk durch. Nach Redebeiträgen, die den Kampf in Chile in die weltweiten Kämpfe der Völker gegen den Imperialismus einordneten und ein Bild von der gegenwärtigen Lage zeichneten, wurde der Film "Wenn das Volk erwacht" gezeigt. Die Veranstaltung fand in der voll besetzten Stadthalle in Köln-Mühlheim statt. Es waren ca. 500 Menschen gekommen. Insgesamt wurden über 600 DM gesammelt.
Wir hatten in Zusammenarbeit mit Schauspielern eine Art Theatereinlage vorbereitet, die gut ankam. Es handelte sich um zusammenmontierte Stücke aus Reden von Allende und Corvolan (revisionistische KP Chiles), die einer der Schauspielergenossen als Rede hielt. Diese Rede wurde von Zwischenrufen aus dem Saal kommentiert.

Die Bedingungen im Rußland von 1917 und im heutigen Chile sind sehr verschieden.
Wie damals Rußland, so steht heute Chile vor der Notwendigkeit, einen neuen Weg zum Aufbau des Sozialismus zu beschreiten, unseren revolutionären Weg, den pluralistischen Weg, den schon die Klassiker des Marxismus antizipiert haben, der niemals verwirklicht wurde. – Kurze Pausensekunde, dann:
"Warum wohl"?
Fällte Rußland 1917 die Entscheidung diesen einen möglichen Weg zum Aufbau des Sozialismus zu beschreiten, nämlich die Diktatur des Proletariats, so ist Chile heute die erste Nation der Welt, die dazu berufen ist, das zweite Modell des Übergangs zum Sozialismus zu entwickeln. Die Skeptiker und Unglückspropheten werden sagen, daß das nicht möglich ist. Sie werden sagen, daß ein Parlament, das den herrschenden Klassen so gut gedient hat, unfähig ist, zum Parlament des chilenischen Volkes zu werden.
"Und warum mußten sogar Sie gegen dieses bürgerliche Parlament regieren? "
Mit noch mehr Nachdruck sagen sie, daß die Streitkräfte und die Polizei, die bisher die Stütze der von uns zu überwindenden Ordnung waren, nicht bereit seien, für den entschlossenen Willen des Volkes einzutreten, daß der Sozialismus in unserem Land aufgebaut wird.
Sie vergessen das patriotische Bewußtsein –
"Das patriotische Bewußtsein einer bürgerlichen, zu großen Teilen in den USA ausgebildeten Armee? ? ? "
Sie vergessen das patriotische Bewußtsein unserer Streitkräfte und unserer Polizei, ihre Berufstradition –
"Die Berufstradition bürgerlicher Militärs kennen wir!"
"Fragen Sie die tausende Freunde aus den umliegenden Ländern, die deshalb hier bei uns im Exil sind."
Sie vergessen das patriotische Bewußtsein, ihre Berufstradition und ihre Loyalität gegenüber der Zivilgewalt!
Ich behaupte: Solange
"Wie lange? "
Solange die chilenischen Streitkräfte und die Polizei ihre Pflicht und Tradition der Nichteinmischung in das politische Geschehen treu bleiben, so lange werden sie die Stütze einer sozialen Ordnung sein, die dem Willen des Volkes entspricht, wie er im Rahmen der Verfassung zum Ausdruck kommt. In diesem Bereich liegen unsere Schwierigkeiten nicht. Die Streitkräfte nahmen am Kampf um die Macht nicht teil, und erkannten die Regierung offen an. Sie wahrten den ihnen eigenen Geist hoher Berufstreue, die Respektierung der Verfassung und der Gesetze.
"Und wer jagt in Eintracht mit faschistischen Schlägertrupps im Süden unseres Landes die Bauern von ihrem Land und mordet sie zu Hunderten? "
"Wer foltert die Matrosen in Valparaiso? "
"Wer terrorisiert die Arbeiter und ihre Organisationen unter dem Vorwand Waffen zu suchen? "
In diesem Bereich liegen unsere Schwierigkeiten nicht. Die Armee mischt sich gemäß der Verfassung nicht in politische Streitfragen ein. In den Militärs spiegelt sich die politische und klassenmäßige Vielfalt wieder, die für die chilenische Gesellschaft charakteristisch ist. Aber trotz aller Unterschiede sind die Militärs durch eine Reihe moralischer Werte geeint.
Freilich dürfen die Bedingungen, unter denen sich die Streitkräfte formierten, und besonders die Tatsache, daß ihre militärische Ausbildung in den letzten Jahrzehnten unter dem Einfluß des Pentagon stand, nicht außer acht gelassen werden. Doch das heißt keineswegs, daß man sie für treue Diener des Imperialismus und der herrschenden Klasse halten kann. Die Armee und die Marine wurden im Unabhängigkeitskampf geboren.
"Damals lösten die Großgrundbesitzer die Spanier bei der Unterdrückung des Volkes ab!!"
Zu berücksichtigen ist ferner, daß heute nicht eine einzige öffentliche Institution den sozialen Stürmen in der Welt, dem Schicksal der Millionen und Abermillionen im grauenhaften Elend lebenden Menschen gegenüber teilnahmslos bleibt.
Die Möglichkeit des waffenlosen Übergangs zum Sozialismus bleibt bestehen, denn nur eine verschwindende Minderheit, nur ein Teil der Opposition, Gruppen mit offen faschistischer Tendenz wollen den verfassungswidrigen Weg beschreiten. Die Sicherung der Fortsetzung des revolutionären Prozesses ist die große patriotische Aufgabe aller Chilenen. Wenn trotzdem die Reaktion den Weg des Aufruhrs beschreiten sollte, muß das Volk bereit sein –
"Mit den Waffen, die die Regierung ihm aus den Händen nahm? "
Muß das Volk bereit sein –
"Gegen die modernsten Waffen, die die Regierung den Militärs aus den USA kaufte!"
"Die sonst niemandem in Chile was geliefert haben."
Muß das Volk bereit sein, ihn rasch und entschieden zu unterdrücken!
An die Einschätzung der Armee darf man nicht dogmatisch herangehen, allerdings tun Umgestaltungen auch in den militärischen Institutionen not, doch kann man sie nicht aufzwingen, sie müssen von den Militärs selbst ausgehen, ihrer eigenen Überzeugung entspringen.
Das übrige werden die Zeit und das Leben zeigen!

– Redner tritt ab. –
– Kommentator tritt auf. –

Die Zeit und das Leben haben folgendes gezeigt: am 11. September putschte die Armee, besiegte das unbewaffnete und unvorbereitete Volk und stürzte es in verschärfte Ausbeutung und faschistische Unterdrückung.
Das hätte verhindert werden können: Im Südjemen hatten die Engländer nach ihrer Vertreibung durch die Befreiungsbewegung eine Armee mit reaktionärer Generalität zurückgelassen. Bevor rechte Kräfte sie zum Umsturz benutzen konnten, ging die revolutionäre Regierung an die Auflösung der Armee:
– wichtige Bastionen wurden mit verläßlichen Wachen besetzt;
– Volksmilizen wurden aufgebaut;
– alle Mannschaften der Armee wurden in den Volksmilizschulen vom revolutionären Programm überzeugt und traten in die Volksmilizen über.
Nach zwei Jahren gab es keine Armee mehr. Ihre Offiziere waren in den Nordjemen geflüchtet. Die Volksmilizen konnten bisher jeden Angriff aus dem Norden zurückschlagen.